

Michael Wilk

# Macht, Herrschaft, Emanzipation

## Aspekte anarchistischer Staatskritik

**Trotzdem\* Verlag 1999** (Das Buch wurde vor der Einstellung in das Internet auf Schreib- und Satzfehler überprüft und an die neue Schreibweise (Genderstern) angepasst. Fußnoten und Quellen wurden, soweit notwendig, korrigiert beziehungsweise ergänzt. Die Nummerierung der Fußnoten und die Seitenzahl weicht von der Druckfassung ab.)

Alle Rechte liegen beim Verfasser, Zitate/Auszüge: unter Hinweis auf die Quelle/Autor

ISBN der Druckfassung 3-931786-16-1

### Inhalt

Vorbemerkung des Autors

## I. Macht und Ohnmacht

1. Anspruch...
2. ...und Wirklichkeit
3. "Eigenmächtigkeit..."
4. Makrostruktur und Integration
5. Zeitsprung

## II. Emanzipation

1. Emanzipationsverständnis und Begriff, Aufklärung und Genese der Emanzipation
2. Marxismus und Emanzipation
3. Emanzipation im libertären Sinne

## III. Zur Bedingung emanzipativer Prozesse

1. Zirkulation und Abweichung
2. Mikro-/Makrostrukturen, Individualdynamik, "Erlernen sozial-kritischer Kompetenz"
3. Resignation, Ein-Punkt- und Massenbewegung...
4. Alltag und eigene Strukturen... Sabotage freiwilligen Gehorsams...

## IV. Sozial-ökonomische Bedingungen

1. Rückblick: Der Knebel der Standortsicherung...
2. Knebel Sozialpartnerschaft
3. Das Ende des sozialen Staates...?
4. Menetekel Globalisierung?
5. Konsequenzen und Intervenierungsansätze

## V. Das Beispiel eines sozial-ökologischen Konflikts: Flughafen Rhein-Main

1. Die Ausgangslage
2. Das Mediationsverfahren: Neue Befriedungsstrategien
3. "Beteiligung als Akzeptanzmanagement"

Literatur

Über den Autor/Vom Autor

"Zur positiven Freiheit gehört auch das Prinzip, dass es keine höhere Macht als dieses einzigartige individuelle Selbst gibt, dass der Mensch Mittelpunkt und Zweck seines Lebens ist und das Wachstum und die Realisierung der Individualität des Menschen ein Ziel ist, das niemals irgendwelchen Zwecken untergeordnet werden kann, die angeblich noch wertvoller sind. Diese Interpretation könnte auf ernsthafte Einwände stoßen. Heißt es nicht einem zügellosen Egoismus das Wort reden? (...) Würde es nicht zur Anarchie führen?" Erich Fromm<sup>1</sup>

## Vorbemerkung des Autors

"Trotz der immer wieder postulierten Maxime - dass jede Befreiungsstrategie, die Macht einsetzt, um Macht zu überwinden, dazu verurteilt ist, neue Machtbeziehungen an die Stelle der alten zu setzen - kommen wir als Libertäre mit der alleinigen (theoretischen) Ablehnung von Herrschaft und Macht nicht sehr viel weiter. Es ist das alte Dilemma der anarchistischen Idee, dass Macht im Zusammenhang mit Herrschaft negativ besetzt und zu Recht abgelehnt wird, dass aber sehr wohl Macht nötig erscheint, um gerade emanzipative Prozesse einzuleiten, abzusichern und voranzutreiben. Jedes Kräfteverhältnis, nicht nur das der Herrschaft, sondern auch das Bestreben, sich von ihr zu befreien, impliziert zwangsläufig eine Machtbeziehung. Der "Dualismus der Macht", als Macht und Gegenmacht, ist als Problem mit der doppelten Verneinung "Keine Macht - für Niemand" nicht aus der Welt zu schaffen, auch wenn sie auf das Richtige abzielt.

---

<sup>1</sup> Erich Fromm: Die Furcht vor der Freiheit, dtv München 1993, S. 191

Etwas klarer wird das Dilemma, zwischen Macht und Herrschaft unterscheiden zu müssen, wenn wir über Ohnmacht sprechen, die ja wohl niemandem als besonders erstrebenswert erscheint.

Macht lässt sich in diesem Zusammenhang als die "Fähigkeit, etwas zu tun" oder auch mit der Entwicklung eigener Stärke positiv definieren.

Das Entstehen einer souveränen Persönlichkeit, mit der Fähigkeit zur individuellen Entscheidung, ist untrennbar mit den Begriffen der Stärke und der Macht verknüpft. Es ist Selbstbetrug, zu glauben, wir könnten uns außerhalb des generell wirkenden Janus-Charakters der Macht stellen, sollten nicht Ohnmacht, Duldung und Passivität zu Tugenden erhoben werden. Wenn es also in diesem Zusammenhang um "die Qualität der emanzipativen Potenz" geht, ist ein Umgang mit "Macht" gemeint, der die Entwicklung von eigener Stärke und Selbstvertrauen fördert, ohne das Ziel zu verfolgen, über andere herrschen zu wollen. Die Aufgabe einer lebendigen anarchistischen Bewegung und Philosophie liegt darin, den unter Umständen gefährlich nahen Übergangspunkt vom "Einen zum Ändern" immer neu kritisch bestimmen zu müssen. Natürlich erfordert die gerade in einem "flexiblen" Staatssystem vorhandene Intention, gegenläufige Kräfte zu integrieren, ja gegebenenfalls an der Staatsmacht zu beteiligen, ein ethisch-anarchistisches Rückgrat, welches gegen derartige Ansinnen möglichst resistent macht. Die anarchistische Geschichte ist eine schier endlose Aneinanderreihung von Versuch und Irrtum, mit dem Dilemma der Macht zurechtzukommen, gerne eine "mächtige Bewegung" sein zu wollen, aber dies gleichzeitig als Paradoxon zu empfinden. Es geht also nicht darum, einem unvorsichtigeren Umgang mit der Macht das Wort zu reden, im Gegenteil: im Wissen um die Gefährlichkeit der Macht und die ihr immanente Möglichkeit, Herrschaft auszuüben, liegt die ständige Verpflichtung zur Genauigkeit."<sup>2</sup>

Dieses Buch versucht Aspekte von Macht und Herrschaft aus anarchistischer Sicht näher zu beleuchten. Es erhebt damit jedoch beileibe keinen Anspruch auf umfassende Antwort. Es stellt den Versuch dar, einen Beitrag in der Auseinandersetzung mit den gegenwärtigen "modernen" Formen von Herrschaft und staatlicher Macht beizusteuern und es befasst sich mit dem Problem eigener Macht. Es versucht Antworten und Ansätze aufzuzeigen, wie den Mechanismen moderner Herrschaftsstruktur zu begegnen ist. Emanzipatives Bestreben sieht sich mit einem Staatssystem konfrontiert, das Integration und Einbeziehung von Widerstand zu einem wesentlichen Herrschaftsmechanismus verfeinert hat. Als Beispiel für die Methode "Herrschaftssicherung durch Integration" wird speziell auf das Mediationsverfahren im Konflikt um den Ausbau des Frankfurter Flughafens eingegangen.

Die anarchistische Idee - das Streben nach einer "Gesellschaft ohne Herrschaft von Menschen über Menschen" - hat nichts von ihrer Aktualität eingebüßt. Das Wort Anarchie leitet sich vom griechischen "anarchia" ab und meint die Abwesenheit von Autorität und Regierung. Die Abwesenheit oder die Ablehnung von Herrschaft sagt jedoch noch wenig über die Denk- und Handlungsansätze aus, die für einen freiheitlichen Gesellschaftsentwurf stehen. Als Utopie verschrien, als unrealistisch

---

<sup>2</sup> Wolfgang Haug/Michael Wilk, Der Malstrom, Trotzdem Verlag Grafenau 1995,(Der Schluß des "Malstrom steht aus gutem Grund am Anfang dieses Buches, da dieses den Versuch darstellt, die angesprochenen Fragen aufzugreifen und Antworten zu finden.....)

abgetan und als staatsgefährdend verfolgt, ist libertäre Herrschaftskritik nie eine bequeme und einfache Sache gewesen.

Das Buch basiert auf Aufsätzen und Artikeln, die zum Teil im "Schwarzen Faden"<sup>3</sup> Verwendung fanden, die jedoch alle überarbeitet und um weitere Aspekte ergänzt wurden.

"Die Maus, einmal gefangen, ist in der Gewalt der Katze. Sie hat sie ergriffen, sie hält sie gepackt, sie wird sie töten. Aber sobald sie zu spielen beginnt, kommt etwas Neues dazu. Sie lässt sie los und erlaubt ihr ein Stück weiterzulaufen. Kaum hat die Maus ihr den Rücken gekehrt und läuft, ist sie nicht mehr in ihrer Gewalt. Wohl aber steht es in der Macht der Katze, sie sich zurückzuholen. Lässt sie sie ganz laufen, so hat sie sie auch aus ihrem Machtbereich entlassen. Bis zum Punkte aber, wo sie ihr sicher erreichbar ist, bleibt sie in ihrer Macht." Ellias Canetti<sup>4</sup>

## I. Macht und Ohnmacht

"Macht" ist ein vieldeutiger Begriff. Sie beschreibt das Verhältnis der Über- und Unterordnung zwischen Menschen, Gruppen und Organisationen. Max Webers Definition - Macht ist "die Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichwohl worauf diese Chance beruht" - beschreibt den autoritären Charakter der Macht. Sie kann somit ein Verhältnis von Herrschern und Beherrschten beschreiben.

Sie bedeutet Verfügungsgewalt über Menschen und Dinge. Macht kann die Fähigkeit bedeuten, den Geist und den Körper anderer, den eigenen Interessen entsprechend, zu unterwerfen. Macht wirkt hier vom Über- auf den Unterlegenen. Im Unterschied zur blanken Gewalt, deren sie sich zumindest in Grenzsituationen bedient, kann Macht auf Gehorsamkeit und Akzeptanz zählen.

Macht bedeutet jedoch auch "Fähigkeit" oder "Vermögen, etwas zu tun oder zu denken" im Sinne von "etwas mächtig sein". So wie Macht im ersteren ein Herrschaftsmoment darstellt, so wäre sie im Sinne der zweiten Definition die Grundlage und Voraussetzung eines jeden emanzipativen Ansatzes.

Macht bedeutet nicht nur die Beschreibung eines linearen Verhältnisses von Herrschern und Beherrschten. Obwohl Macht untrennbar mit Herrschaft verbunden scheint, und Herrschaft sich immer der Macht bedient, wirkt sie niemals nur "von oben nach unten". Jedes Kräfteverhältnis, nicht nur das einer Herrschaft, sondern

---

<sup>3</sup> Schwarzer Faden, Vierteljahresschrift für Lust und Freiheit, Trotzdem Verlag, seit 1980

<sup>4</sup> Elias Canetti, Masse und Macht, Fischer 1980, S. 313

auch das Bestreben, sich von ihr zu befreien, impliziert zwangsläufig eine Machtbeziehung. Macht steht also nicht einseitig auf Seiten der Herrschaft, sondern Macht steht ebenso auf Seiten der Freiheit.

(Staats-)Systeme, die ihre Herrschaft nicht nur auf offene Kontrolle und Gewalt gründen, sondern Menschen mit Befugnissen und Kompetenzen ausstatten und damit integrieren, lassen die Unterscheidung zwischen Macht und Gegenmacht immer schwieriger werden.

## **Anspruch...**

Macht, Herrschaft und Staat sind seit dem Entstehen der libertären Idee negativ besetzt und gelten als Inbegriffe dessen, was es zu bekämpfen gilt, um der Freiheit Raum zu geben.

Wie ein roter Faden durchzieht das Bemühen um Klärung dieser Begriffe, vordergründig einig in der Ablehnung autoritärer Struktur, die anarchistische Geschichte, um spätestens bei der praktischen Umsetzung an die durch die inneren Widersprüchlichkeit gesetzten Grenzen zu stoßen.

Spätestens deshalb, weil es eben nicht nur die äußeren Bedingungen und Widerstände sind, die emanzipative Ansätze scheitern lassen, sondern weil sich schon die Maxime von der prinzipiellen Verneinung der Macht als unklare anarchistische Mogelpackung entpuppt - solange sie ausschließlich als Attribut der Herrschaft gesehen und deshalb abgelehnt wird. Mit fast religiösem Enthusiasmus wird das Phänomen der Macht nur der Gegenseite zugeschrieben; dem idealen Anspruch nach hätten sich libertäre Widerständler\*innen quasi im Moment des emanzipativen Erfolgs der Einflussphäre der Macht durch Errichten eines Machtvakuum zu entziehen.

"Die Verneinung der Macht in der gesellschaftlichen Organisation ist das maßgebliche Wesensmerkmal der Anarchie, oder, um dieser verneinenden Erklärung die bejahende Form zu geben: der Anarchismus kämpft anstatt für irgendeine Form der Macht für die gesellschaftlich organisierte Selbstverfügung und Selbstentschließung der Menschen. Unter Macht ist jede Inanspruchnahme oder Einräumung von Hoheitsbefugnissen zu verstehen, durch die die Menschen in regierende und regierte Gruppen getrennt werden. [...] Die Macht des Staates ist aber gefährlicher wie jede andere Macht, weil sie mit dem Anspruch auftritt, Ausdruck des allgemeinen Willens zu sein und die von ihr der Arbeit abgenommenen Reichtümer dem allgemeinen Nutzen zuzuführen. In Wahrheit dienen diese Reichtümer ausschließlich der Erhaltung des Staates selbst, das heißt der Macht der Obrigkeit, die die Ohnmacht der Regierten braucht."<sup>5</sup> (Erich Mühsam)

Hört sich gut an, ist auch gut - nur hilft der Kniff, Macht per definitionem an die Herrschaftsstruktur anzukoppeln, auf Dauer nicht weiter. Spätestens, wenn es um die Absicherung emanzipativer Strukturen geht, kommt auch Mühsam ins Schleudern, so zum Beispiel, wenn es darum geht, die Forderung: "Alle Macht den Räten" mit dem Vorgenannten in Einklang zu bringen. "Vielleicht ist es nicht günstig, das Wort Macht in irgendeinem Zusammenhang anzuwenden. Doch ist

---

<sup>5</sup> Erich Mühsam, Befreiung der Gesellschaft vom Staat, Kramer Verlag, Berlin 1988, S. 30

diese Forderung ja gerade in der Bedeutung entstanden, dass jede Staatsmacht gebrochen werden soll, dass alle bestimmende und ausführende Gewalt von der Revolution, also von der revolutionären Klasse, von der Arbeiter- und der Bauernschaft, und von deren revolutionären Organen, den Räten, die wiederum die Gesamtheit der Werktätigen verkörpern, übernommen werden soll..."<sup>6</sup>

"Die Macht aller, ohne Unterschied an der Aufrichtung der staatenlosen kommunistischen Gesellschaft Schaffenden, und dies wäre eben die Rätewelt, ist natürlich keine Macht mehr, da niemand da ist über den sie geübt würde."<sup>7</sup>

Von der in unseren Breiten mehr als fraglichen revolutionären Potenz diverser Klassen einmal abgesehen (der von mir im Übrigen geschätzte Mühsam konnte diese Veränderungen schwerlich vorausahnen) gleicht die Argumentation einem Taschenspielertrick, der ganz banal darin besteht, zu behaupten, dass alle Probleme im Umgang mit Macht auf "unserer Seite" sich dadurch erledigen würden, dass alle etwaigen Gegner irgendwann einmal verschwunden seien. Wie auch immer dies geschehen solle. Aber Erich M. setzt noch eins drauf: "[...] Da die Losung "Alle Macht den Räten!" nur noch von autoritätsfeindlichen Sozialisten ausgegeben wird, ist die Sorge, hier solle die gestürzte alte Macht durch eine neue ersetzt werden, überflüssig. Doch wäre es, um jede verwirrende Deutung auszuschließen, geraten, die Anarchisten einigten sich auf die Losung "Alles Recht den Räten!"- oder auch "Alles den Räten, alles durch die Räte", oder was wiederum dasselbe ist: "Alles für alle durch alle!"<sup>8</sup>

Ja, so geht's ja denn doch nicht - letztlich einfach nur in die Beliebigkeit zu verfallen und zu behaupten, Libertäre seien ohnehin die besseren Menschen und damit würde sich das Problem mit der Macht erledigen, vorausgesetzt natürlich, sie befände sich in den Händen dieser.

Anders als Mühsam, der sich schwertut, Macht als ungebrochenes Element des autoritären Herrschens zu apostrophieren, findet sich zu anderen Zeiten und in anderem Zusammenhang ein durchaus pragmatischer Umgang mit der Macht (es geht dabei um die Pflichten der Mitglieder einer revolutionären Geheimgesellschaft): "Immer die Ausdehnung und Vermehrung der Macht der Gesellschaft mit dem jeden zur Verfügung stehenden Mittel im Auge zu behalten, eine auf dieser Überzeugung, die jeder beim Eintritt mitbringen muss, gegründete Pflicht: dass er der Sache der Weltrevolution, die von der Befreiung seines eigenen Landes untrennbar ist, nicht besser dienen kann, als wenn er mit allen Kräften zur Vergrößerung der Macht dieser Gesellschaft beiträgt."<sup>9</sup>(Bakunin) Bakunin, gleichwohl erklärter Gegner der Obrigkeit, unterschied deutlich zwischen Staatsmacht und dem, was für ihn revolutionäre Macht bedeutete. Zwei Jahre nach der Erstellung des obigen Textes, 1866, hielt er eine Rede, in der er sich von der kommunistischen Vorstellung einer Staatsmacht distanziert:

"Ich verabscheue den Kommunismus, weil er die Negation der Freiheit ist, und weil ich mir nichts Menschenwürdiges ohne Freiheit vorstellen kann. Ich bin deshalb nicht Kommunist, weil der Kommunismus alle Macht der Gesellschaft im Staat konzentriert und aufgehen lässt, weil er notwendig zur Zentralisation des Eigentums in den Händen des Staates führen muss, während ich die Abschaffung des Staates wünsche, die radikale Ausrottung des Autoritätsprinzips und der

<sup>6</sup> Ebd. S. 84

<sup>7</sup> Ebd. S. 84

<sup>8</sup> Ebd. S. 84

<sup>9</sup> Michail Bakunin, Staatlichkeit u. Anarchie, 1866, Ullstein Frankfurt, S. 35

Vormundschaft des Staates, die, unter dem Vorwand, die Menschen sittlich zu erziehen und zu zivilisieren, sie bis heute versklavt, unterdrückt, ausgebeutet und verdorben hat. Ich wünsche die Organisation der Gesellschaft und des kollektiven oder sozialen Eigentums von unten nach oben auf dem Weg über die freie Assoziation und nicht von oben nach unten mit Hilfe irgendeiner Autorität, wer immer sie sei... Genau in diesem Sinne bin ich Kollektivist und keinesfalls Kommunist."<sup>10</sup>

Offensichtlich unterschied Bakunin zwischen Staat und Herrschaft und Macht als etwas, das für oder auch gegen diese Struktur gerichtet sein kann. Letzteres verdeutlicht die Crux des Umgangs mit der Macht, einem Problem, dessen wir uns nicht durch Verleugnung entledigen können, sondern das uns zwingt, uns weiter mit den vielfältigen Qualitäten und Erscheinungsformen der Macht auseinanderzusetzen.

Es geht somit bei dieser Problematik keineswegs um eine von Schwierigkeiten und Realitäten losgelöste Sophisterei, die sich um ihrer selbst Willen mit dem manchmal auch einfach nur ungenau in der Literatur verwendeten Machtbegriff befasst, sondern um eine der Grundlagen gesellschaftlichen Agierens.

## **und Wirklichkeit...**

"Es liegt im Wesen der Macht, nicht nur ihre Erhaltung mit allen Mitteln zu verteidigen, sondern sich materiell und ideell immer stärker zu machen, ja, ihre Ausdehnung und Kräftigung als einzigen Inhalt allen ihren Handlungen zugrunde zu legen"<sup>11</sup> Erich Mühsam

Der Versuch, das Phänomen der Macht als etwas karzinogenes, aus sich heraus wachsendes und dabei seine Umgebung beeinflussendes, verzehrendes zu beschreiben, ist insofern hilfreich, als dass er die Wachsamkeit erhöht vor etwas, das Eigendynamik entfaltet, indem es nicht nur an bestehendes (psycho-soziale Gegebenheiten) anknüpft beziehungsweise aus ihnen erwächst, sondern auch die ihm innewohnenden Gesetzmäßigkeiten reproduziert, ja, neue Formen der Macht zu entwickeln und auszustreuen in der Lage ist.

Trotzdem führt es nicht weiter, das Phänomen "Macht" ausschließlich und fast mystisch als etwas zu beschreiben, das gefährlich und alles verschlingend auch Gegner\*innen in seinen Bann schlägt. Die reine Negierung ähnelt der Vermeidungshaltung der katholischen Priester in Bezug auf die Sexualität.

Es könnte natürlich behauptet werden, dass für Libertäre der Anspruch, "der Macht zu entsagen" immer dann am besten umgesetzt werden konnte, wenn die gesellschaftliche Position eine "ohnmächtige" war oder ist. Trotzdem wäre es zu negativ, festzustellen, dass diejenigen, die sich am konsequentesten der sozialen Interaktion enthalten, die seien, die am ehesten dem anarchistischen Ideal entsprächen. Letztlich geht es immer darum, zu agieren, ohne Herrschaft

---

<sup>10</sup> Michail Bakunin zit. n. Daniel Guerin, Anarchismus, ed. Suhrkamp, Frankfurt 1967, S. 25

<sup>11</sup> Erich Mühsam, Befreiung der Gesellschaft vom Staat, Kramer Verlag, Berlin 1988, S. 31

auszuüben, geschweige denn, zu institutionalisieren. Die Frage des Umgangs mit eigener Macht ist hierbei nur vordergründig von der Größe einer Organisation oder ihres gesellschaftlichen Einflusses abhängig. Prinzipiell erfordert schon die Ebene des gesellschaftlichen Agierens einzelner oder kleiner Gruppen einen sorgfältigen selbstkritischen Umgang mit der diesen jeweiligen Strukturen anhaftenden Potenz. Beschränkt sich der Faktor eigener Macht in den meisten Fällen auf die Rolle sogenannter "Gegenmacht", so erscheint die Problematik noch überschaubar. Sie erreicht jedoch eine andere Dimension, wenn sich die Rolle des gesellschaftlichen Agierens vom Revoltieren weg, hin zur Neugestaltung gesellschaftlicher Realität, wandelt. Die Schwierigkeiten im Umgang mit Macht traten in der anarchistischen Geschichte deshalb immer dann am deutlichsten zu Tage, wenn es gelungen war, libertäre Philosophie aus den Diskussions- und Widerstandszirkeln in breitere soziale Zusammenhänge wirken zu lassen, sprich: wirkliche gesellschaftliche Relevanz zu erreichen.

Zwei Beispiele anarchistischen Einflusses auf die Neugestaltung einer Gesellschaft, das der russischen nach der Oktoberrevolution und das des spanischen Bürgerkrieges 1936 bieten sich an und weisen dabei eine interessante Gemeinsamkeit auf: Im jeweiligen historischen Zusammenhang sahen sich Anarchist\*innen mit dem Problem konfrontiert, die emanzipative Struktur (oder das, was sie dafür hielten) nicht nur nach innen, sondern vor allem auch nach außen voranzutreiben beziehungsweise zu verteidigen. Die Angriffe von außen beschränkten sich dabei nicht auf die Verteidiger\*innen der alten staatliche Ordnung, sondern gingen vor allem auch von Anhänger\*innen autoritärer "revolutionärer" Kräfte aus. Diese wussten sich des "libertären Potentials" zu bedienen, solange es darum ging, die alte Herrschaftsstruktur zu attackieren - um dann im geeigneten Moment die neu errungene Macht gegen die ehemaligen Verbündeten zu richten. Die unzähligen Beispiele der Zerschlagung emanzipativer Bewegungen im Verlauf der russischen Revolution, die in den Gefängnissen der Bolschewiki Gefolterten und Ermordeten mahnen zur Vorsicht. Ebenso zeigt der Verlauf des spanischen Bürgerkrieges nicht nur das verzweifelte Ringen um die Behauptung gegen reaktionäre Diktatur und das Entstehen konkreter libertärer sozialer Struktur, sondern er erinnert an die Rolle der stalinistischen Kommunisten, die in George Orwells Parabel "Farm der Tiere" als machthungrige autoritäre Schweine dargestellt werden.

Die russische Revolution von 1917 war anfangs eine Massenbewegung, die alle charakteristischen Eigenschaften einer sozialen Revolution mit libertären Tendenzen aufwies. Insbesondere die Räte, die schon 1905 entstanden und die revolutionären Organe der Bewegung darstellten waren beispielhaft für die Organisierung "von unten nach oben."<sup>12</sup> Sie spielten 1917 die tragende Rolle bei der Übernahme der Fabriken und der sonstigen Infrastruktur. Das Ansehen der

---

<sup>12</sup> "Der Anarchist Volin gehörte zu der kleinen Gruppe, die, in enger Verbindung mit den Arbeitern und durch ihre Eingebung, die Idee hatte, den ersten Rat zu gründen. Sein Bericht stimmt mit dem Trotzkijs überein, der einige Monate später Präsident des Arbeiter- und Soldatenrats werden sollte und der ohne abwertende Intention im Jahre 1905 schrieb: "Die Aktivität des Rates bedeutet die Organisation der Anarchie. Seine Existenz und seine spätere Entwicklung bezeichnen eine Konsolidierung der Anarchie". Daniel Guerin, Anarchismus, Edition Suhrkamp, Frankfurt a. M. 1967 S. 83



Räte war so groß, dass der Oktoberaufstand nur in ihrem Namen und auf ihren Appell hin ausgelöst werden konnte. Aber trotz ihres Elans fehlte es ihnen an Homogenität, revolutionärer Erfahrung, ideologischer Vorbereitung. Sie waren deshalb eine leichte Beute für die politischen Parteien [...]"<sup>13</sup> Anfangs machten sich Lenin und die bolschewistische Partei die politischen Ziele der Räte, darunter vieler Anarchist\*innen, zu Eigen und hielten sich mit eigenem zentralistisch-autoritärem Führungsanspruch zurück. "Auf dem Kongress der Syndikate (Frühling 1918) beschrieb Lenin die Fabriken als "sich selbst regierende Kommunen der Erzeuger und Verbraucher".<sup>14</sup> Doch hielt die Sympathie für eine freiheitliche und selbstkontrollierte Struktur wie die der Räte nicht lange vor. Die schwierigen Umstände, der Krieg, die ausländische Intervention, der Mangel an Techniker\*innen und die extreme ökonomische Situation mussten als Begründung herhalten, die Macht der Räte zu beschneiden. Schon im Frühjahr 1918 wurden sie ihrer Befugnisse entkleidet. "Wie Arsinov beschreibt, gab es nur einen allgegenwärtigen Herrn: den Staat. Die Beziehungen der Arbeiter zu diesem neuen Dienstherrn wurden wieder dieselben, wie sie es zwischen Kapital und Arbeit gegeben halte. Das Lohnverhältnis wurde mit dem einzigen Unterschied wiederhergestellt, dass es von nun an den Charakter einer Pflicht dem Staat gegenüber annahm. Die Räte hatten nur noch eine nominelle Funktion. Sie wurden in Institutionen der Regierungsgewalt umgeformt. "Ihr müsst die Grundzellen des Staates werden," erklärte Lenin am 27. Juni 1918 auf dem Kongress der Fabrikräte."<sup>15</sup> Die autonomen ökonomischen Strukturen wurden zunehmend zentralisiert. Als die Betroffenen die Situation zu durchschauen begannen, war es weitgehend zu spät. Das Regime hatte die Zeit genutzt, um einen starken repressiven Apparat zu etablieren, der sich anschickte, jeden autonomen Widerstand zu ersticken. Die sich zwischen 1919 und 1921 vor allem in Moskau und Petrograd häufenden Streiks wurden rücksichtslos niedergeschlagen. Im März 1921 revoltierten die Arbeiter\*innen und Matrosen der Festung und des Marinestützpunkts Kronstadt im Anschluss an die Proteste von Petrograd. Etwa 16.000 Menschen kamen am 1 März zu einer Versammlung auf den zentralen Platz der Festung. "Sie protestierten [...] gegen die Willkür bestimmter Kommissare und betonten die Notwendigkeit größerer Selbstbestimmung für die organisierten Arbeitervereinigungen. Weiterhin forderten sie Versammlungsfreiheit für Gewerkschaften und Bauernorganisationen und die Entlassung aller Arbeiter und politischen Gefangenen aus sowjetischen Gefängnissen und Konzentrationslagern."<sup>16</sup> Dies war mehr, als die Führung der Bolschewisten ertragen konnte. Lenin und Trotzki erklärten alle, die sich gegen die Regierung stellten, zu Konterrevolutionär\*innen. Wer und was als "Revolutionär" zu gelten hatte, sollte fürderhin uneingeschränkt durch die Definitionsmacht der Bolschewisten geklärt werden. Trotzki übernahm persönlich die Verantwortung für die Niederwerfung der in der Festung verschanzten Aufständischen.<sup>17</sup> "Nach

---

<sup>13</sup> Daniel Guerin, Ebd., S.83

<sup>14</sup> Ebd., S. 86

<sup>15</sup> Ebd., S. 91

<sup>16</sup> Emma Goldman, Gelebtes Leben, Karin Kramer Verlag, Band 3, S.1005

<sup>17</sup> Am 7. März begann die Belagerung der Festung. Im letzten Appell der Belagerten, "Die Welt soll es wissen", heißt es: "Das Blut der Unschuldigen wird über das Haupt der Kommunisten kommen, über die rasenden, machtrunkenen Narren. Es lebe die Macht der Räte." D.Guerin, Ebenda,

zehntägiger Kanonade war der Widerstand gebrochen, die Aufständischen, ca. 10.000, waren niedergemetzelt worden." Die ganze Bedeutung der Liquidation Kronstadts enthüllte Lenin selbst drei Tage nach der Gräueltat. Auf dem zehnten Parteitag der Kommunistischen Partei in Moskau sang er ein begeistertes Lied auf die neue ökonomistische Politik. Freier Handel, Konzessionen an die Kapitalist\*innen, private Beschäftigung von Land- und Fabrikarbeiter\*innen, alles, was mehr als drei Jahre lang als schlimmste Konterrevolution verdammt und mit Gefängnis und sogar Tod bestraft worden war, schrieb Lenin nun auf das Banner der Diktatur. [...] Die naiven Matrosen von Kronstadt hatten die Parole der Revolution "Alle Macht den Räten" ernst genommen. Dies war ihr unverzeihliches Verbrechen. Dafür mussten sie sterben. Nun stand einer endgültigen, allumfassenden Machtergreifung nichts mehr im Wege."<sup>18</sup> Auch wenn Lenin in der folgenden Zeit die Anschuldigung, dass die Kronstädter Konterrevolutionär\*innen gewesen seien, zurücknahm, so wurde doch weiterhin Jagd auf Matrosen, Arbeiter\*innen und Soldat\*innen der geschlagenen Stadt gemacht. Anarchist\*innen hatten beim Kronstädter Aufstand nur eine randständige Rolle gespielt. Zwei Libertäre, die explizit vom revolutionären Komitee eingeladen worden waren, Jarcuk, der Gründer des Rates von Kronstadt und Volin, konnten nicht erscheinen - sie waren schon längst in den Gefängnissen der Bolschewiki gelandet. Hatten die autoritären Kommunist\*innen schon 1920 begonnen, mit der Bauern- und Partisanenarmee Machnos "aufzuräumen", die in der Ukraine libertäre Strukturen des Kampfes und der ökonomischen Organisierung aufgebaut hatten, so bedeutete Kronstadt<sup>19</sup> die endgültige Aufgabe jeder Hemmung, Andersdenkenden anders als mit Waffengewalt zu begegnen. Anarchist\*innen und andere freiheitliche Kräfte hatten ihre Macht in den Dienst der Guten Sache, die Beendigung des feudal-zaristischen Staates gestellt - sie hatten es jedoch nicht verstanden, ihre Macht gegen den Alleinherrschaftsanspruch der kommunistisch-bolschewistischen Kräfte zu behaupten.

Auch die Rolle der Libertären, der FAI (Federation Anarquista Iberica) und der CNT (Confederation National Trabajadero), der anarchistischen Gewerkschaftsbewegung im sogenannten Spanischen Bürgerkrieg, zeichnete sich durch soziale Macht und revolutionär-gesellschaftlichen Einfluss aus. Die über eine Million Mitglieder starke Gewerkschaft hatte 1936 nicht nur entscheidend dazu beigetragen, den Putsch der francotreuen Truppen niederzukämpfen,<sup>20</sup> sondern alsbald begonnen, sozialrevolutionäre Forderungen in die Tat umzusetzen. So galt es nicht nur, die erstaunlichen Erfolge im Bereich der Kollektivierung (Übernahme der Produktionsstätten, Dienstleistungsbereiche und Landgüter durch die Arbeiter\*innen selbst) in Katalonien und Aragonien voranzutreiben und gegen die

---

S.105

<sup>18</sup> Emma Goldman, Gelebtes Leben, Karin Kramer Verlag, Band 3, S. 1017

<sup>19</sup> Literaturempfehlung : Johannes Agnoli, Cajo Brcndel, Ida Mett, "Die revolutionären Aktionen der russischen Arbeiter und Bauern - Die Kommune von Kronstadt", Karin Kramer Verlag, Berlin

<sup>20</sup> Die putschenden reaktionären Truppenteile wurden in fast allen Landesteilen durch loyale, zur demokratisch-republikanischen Regierung stehende Truppen, sowie durch bewaffnete Arbeiterinnen niedergeschlagen. General Franco rückte im Verlauf über den Süden Spaniens nach Norden vor. Dieser Vormarsch, wurde durch offizielle Truppen, durch internationale Brigaden und vor allem auch durch Milizen der Anarchistinnen bekämpft.

lokale Reaktion durchzusetzen, es musste auch ein Beitrag zur Verteidigung der "bürgerlichen" Republik gegen die von Hitler und Mussolini unterstützten heranrückenden Truppen Francos geleistet werden. Gleichzeitig wurde es im Verlauf des Krieges notwendig, sich gegen den okkupierenden Einfluss der von Stalin unterstützten Kommunistischen Partei zu verteidigen, deren Führungsanspruch und politisches Dogma keine anarchistischen sozialen Experimente zuließ.

Im Verlaufe dieses nicht nur unter dem Aspekt "Machtausübung" wahrlich überfordernden mehrfrontigen Krieges kam es zu der (für libertäre Maßstäbe) "außerordentlichen Situation", dass Anarchist\*innen aus pragmatischen Gründen der Regierung beitraten.<sup>21</sup> Trotz der zuvor bestehenden prinzipiellen Ablehnung einer Regierung durch die Anarchist\*innen der CNT, die eine Regierungsbeteiligung absurd erscheinen ließ, besetzte die Gewerkschaft 1936 vier Ministerposten durch eine Frau und drei Männer.

Die umstrittene und heftig diskutierte Entscheidung und der allen Ansprüchen der anarchistischen Idee hohnsprechende Schritt wurden am 4. November 1936 vom offiziellen CNT-Organ wie folgt begründet: "Der Eintritt der CNT in die Zentralregierung ist eins der wichtigsten Ereignisse, die die Geschichte unseres Landes zu verzeichnen hat. Aus Prinzip und Überzeugung war die CNT seit jeher staatsfeindlich und die Gegnerin jeder Form von Regierung [...] Aber die Umstände [...] haben das Wesen der spanischen Regierung und des spanischen Staates verändert. Die Regierung, das Instrument, das die Staatsorgane lenkt, hat aufgehört, die Unterdrückungsgewalt gegen die Arbeiterklasse zu sein, wie auch der Staat nicht mehr das Gebilde ist, das die Gesellschaft in Klassen scheidet. Beide werden jetzt, mit dem Eintritt der CNT, das Volk noch weniger unterdrücken."<sup>22</sup> Der Schritt, aus der Notwendigkeit heraus die bürgerliche Republik Spaniens gegen die Francotruppen verteidigen zu müssen, war innerhalb der anarchistischen Bewegung nicht unumstritten.<sup>23</sup>

"Später schrieb Garcia Oliver, einst Terrorist und stolzer Zuchthausinsasse, dann Justizminister, in einem für seine Gesinnungsfreunde bestimmten Rechtfertigungsversuch: "Die internationale Bourgeoisie weigerte sich, uns die Waffen zu liefern, die wir brauchten [...] Wir mussten den Eindruck erwecken, dass nicht die revolutionären Komitees herrschten, sondern die legale Regierung; hätten wir das nicht getan, so hätten wir nichts bekommen. Wir mussten uns den

---

<sup>21</sup> "Neue militärische Rückschläge und vor allem die akute Bedrohung Madrids beschleunigten die Entscheidung. Am 20. Oktober (1936) erklärte der CNT-Hafenarbeiterführer Domingo Torres in einer Volks-frontversammlung in Valencia, die Anarchisten seien bereit, einer zentralen Kampfleitung, auch wenn sie sich "Regierung" nenne, beizutreten; es komme darauf an, den Krieg zu gewinnen. Am 22. Oktober deutete Solidaridad Obrera (Zeitung der CNT) an, daß Verhandlungen im Gange seien; der Regierung fehle die "Mitwirkung der proletarischen Kräfte" der CNT. (.....) Am 4. November bildete Largo Caballero die Regierung um; vier CNT-Vertreter wurden republikanische Minister: Juan Garcia Oliver (Justiz), Federica Montseny Mafie' (Gesundheit), Juan Lopez Sanchez (Handel) und Juan Peiró (Industrie)." PierreBroue, EmileTemine, Revolution und Krieg in Spanien, suhrkamp 1975, S. 255

<sup>22</sup> Ebd., S. 255

<sup>23</sup> Die Internationale Arbeiterassoziation, an die die CNT angeschlossen war, distanzierte sich von diesem Schritt und tadelte die Regierungsbeteiligung.

unerbittlichen Anforderungen des Augenblicks fügen, d.h. uns mit der Teilnahme an der Regierung abfinden."<sup>24</sup> Nach der Niederlage unterzog Abad de Santillan die Theorie der Regierungsbeteiligung einer bitteren Kritik: "Wir wussten, dass es nicht möglich war, in der Revolution den Sieg zu erringen, wenn man nicht zuvor im Krieg gesiegt hatte. Wir haben die Revolution geopfert, ohne zu begreifen, dass dies Opfer auch den Verzicht auf die eigentlichen Ziele des Krieges mit sich brachte."<sup>25</sup>

Genutzt hat die Aufgabe der libertären Prinzipien wenig: Der auf ausländische Unterstützung und Waffenlieferungen angewiesene spanische Widerstand gegen die von faschistischer Seite unterstützten Truppen Francos wurde im Wesentlichen nur von Stalin befürwortet. Dieser machte jedoch seine Hilfe von wesentlichen Faktoren abhängig: Erstens sollte die Hilfe der Sowjetunion vor allem den kommunistischen Kräften zur Stärkung verhelfen - und nicht anarchistischen oder linkskommunistischen Kräften.<sup>26</sup> Zweitens wollte Stalin in jedem Fall einen Sieg der sozialen Revolution in Spanien verhindern. Dieser hätte weitestgehend ohne die Kommunist\*innen stattgefunden und vielmehr libertäre Kräfte gestärkt. Zudem hätte die Enteignung englischen Kapitals zur Diskussion gestanden, was Stalin nicht zulassen wollte. England galt als mutmaßlicher Verbündeter in der sich anbahnenden Auseinandersetzung mit Hitler. Diese Gründe, in Verbindung mit der Abhängigkeit Spaniens von Waffenlieferungen, führten zu einem übermäßigen Einfluss der Stalinisten auf die Ereignisse. Die stalinistisch orientierten Kommunist\*innen Spaniens, die die Existenz einer die sozialen Bedingungen veränderten Revolution und deren Notwendigkeit leugneten, taten alles, um zentralistisch-autoritäre Strukturen zu etablieren. Im Mai 1937 versuchten "Ordnungskräfte" unter stalinistischem Kommando, Arbeiter\*innen zu entwaffnen. Vor allem Angehörige der POUM, aber auch Anarchist\*innen wurden Opfer der Verfolgungen durch die Stalinist\*innen. Die Anarchist\*innen, deren Milizen an der Front gegen die Francotruppen kämpften, schlugen, obwohl dies möglich gewesen wäre, mit Rücksicht auf die "Einheit der Antifaschisten" nicht zurück. Das Experiment einer sozialen Revolution und der gleichzeitige Kampf gegen die anrückenden Faschist\*innen wurden verloren. Eine "mächtige" anarchistische Bewegung wurde zwischen den Fronten zerrieben und verstrickte sich in den Widerspruch von Machtbehauptung und Herrschaftsverneinung.

Es geht mir bei diesem wohl extremsten Beispiel für das Abweichen vom Pfad der "anarchistischen Tugend", einer Regierungsbeteiligung durch Libertäre, nicht um die Bewertung dieses pragmatischen Schrittes als richtig oder falsch (eines Urteils, das immer wieder schnell und leichtfertig gefällt wird), sondern um den beispielhaften Konflikt zwischen hehrem Anspruch und überrollender Realität.

---

<sup>24</sup> PierreBroue, EmileTemine, Revolution und Krieg in Spanien, suhrkamp 1975, S. 256

<sup>25</sup> Ebd., S. 256

<sup>26</sup> George Orwell kämpfte als Internationalist bei der POUM (Partido Obrero de Unification Marxista), einer links-kommunistischen Partei die sich ursprünglich anTrotzkij angelehnt hatte und die Stalin heftig kritisierte. Sie entfernte sich im weiteren Verlauf auch von Trotzkij, auf den zu dieser Zeit weltweit von Stalin Jagd gemacht wurde. Die Poum wurde später von den stalinistischen Kommunisten Spaniens heftig verfolgt. G. Orwell schildert diese Abläufe als teilnehmender Beobachter in "Mein Katalonien".

Bestanden die Schwierigkeiten zu Zeiten der russischen und der spanischen Revolution zumindest teilweise auch darin, den eigenen Einfluss, die eigene gesellschaftliche Potenz vor dem Hintergrund starker eigener Macht und dem Problem, diese nicht der Organisierung staatlicher Hierarchie zur Verfügung zu stellen, so drückt uns diese Sorge heutzutage weniger.

Es gibt zur Zeit weltweit keine breite anarchistische Bewegung - auch die Bedeutung größerer, noch in Tausendern zählender Vereinigungen (zum Beispiel der nach Francos Tod "neugegründeten" CNT) ist, von vereinzelt Streiks abgesehen, eher schwach. Gelegentlich erspäht ein suchender Blick bei sozialen Bewegungen in Übersee einen lebendigen emanzipativen Anteil, der sich auch anarchistischer Wurzeln bedient.<sup>27</sup> Innereuropäisch und speziell in Deutschland beschränkten sich die Aktivitäten nach 1968 hauptsächlich auf die Mitwirkung innerhalb sozialer Bewegungen (Anti-AKW-, Ökologie-, Frauenbewegung, Häuserkampf und Wohnen, Bewegungen gegen atomare Aufrüstung) und auf das immer wiederkehrende Bemühen, eine "authentische" Form libertärer Organisierung zu etablieren. Zu verzeichnen ist ein relativer Einfluss innerhalb sozial-emanzipativer Ansätze, die sowohl anarchistisch beeinflusste Kunst, Musik und Theater als auch zum Beispiel Wohnprojekte umfassen, die sich ebenso libertäre Ansprüche bewahrt haben. Trotz großer Zähigkeit und Leidenschaft sind viele dieser Ansätze, auch aufgrund mangelnder Vernetzung, oft auf die Möglichkeiten der Einflussnahme auf die Ebene der persönlichen Umgebung reduziert. Trotz der momentanen, augenscheinlich organisatorischen Schwäche der Aktiven besteht bei vielen Menschen ein latentes Interesse an der Auseinandersetzung mit der anarchistischen Philosophie. Staatliche Autorität, Bevormundung und mangelnde Einflussmöglichkeit auf gesellschaftliche Entscheidungsprozesse erzeugen bei vielen, die noch nicht der Anpassung erlegen sind, Unwohlsein und Wut. Auch in einem System moderner Staatlichkeit, das durch Einbindung und soziale Sicherungssysteme weitreichende Identifizierungsebenen schafft, die Formen staatlicher Herrschaft als positiv und den Menschen zugewandt erscheinen lässt, gibt es Brüche des Funktionierens. Sei es die Durchsetzung von Großprojekten (Atomkraftwerken, Flughäfen etc.), seien es die Entgarantierung und das Ausdünnen sozialer Sicherungssysteme zugunsten der Profite, oder auch offen rassistische Ausgrenzung von Menschengruppen, all dies (und vieles mehr) ist geeignet, um die Aufmerksamkeit gegenüber staatlichem Agieren zu wecken. Diese Situationen, in denen Staat durchaus erkennbar autoritär und unmenschlich erscheint, sind geeignet, um Widerstand hervorzurufen - der, soll er nicht auf der Ebene reinen Unmuts verharren, eine eigene Potenz bis hin zur Gegenmacht entwickeln muss. Geblieben ist somit, sei es in den momentan eher seltenen Situationen größerer Einflussnahme oder im kleineren Bereich persönlichen Einflusses, das Problem der eigenen Macht, der Schwierigkeit, Fähigkeiten und Selbstvertrauen zu entwickeln, ohne dies auf Kosten anderer zu tun, sprich: Sich selbst mächtig zu sein, ohne zu herrschen. Wenn es also darum geht, nicht nur die Inhalte, sondern vor allem auch die Art und Weise unseres gesellschaftlichen Agierens an der Qualität der emanzipativen Potenz zu messen, stoßen wir notwendigerweise auf die Herausforderung, Macht und Herrschaft nicht

---

<sup>27</sup> Zum Beispiel in der sozialen Bewegung der Indigenas in Chiapas, die im Süden Mexicos für ihre Freiheit gegen die Oligarchie der Großgrundbesitzer als auch gegen die Zentral Regierung von Mexico kämpfen.

nur als synergistische Momente zu betrachten, sondern nach den gegenläufigen Elementen zu spüren, jenen Punkten, an denen staatliche Macht endet und eigene Stärke beginnt.

## **"Eigenmächtigkeit..."**

"Unter der Herrschaft eines repressiven Ganzen lässt Freiheit sich in ein mächtiges Herrschaftsinstrument verwandeln. Der Spielraum, in dem das Individuum seine Auswahl treffen kann, ist für die Bestimmung des Grades menschlicher Freiheit nicht entscheidend, sondern was gewählt werden kann und was vom Individuum gewählt wird."<sup>28</sup>Marcuse

Im Unterschied zur leicht zu identifizierenden "alten" pyramidal-zentralistischen Herrschaftsstruktur, "haben wir es bei der "modernen Form staatlicher Herrschaft" mit einem System von Machtzirkulation zu tun, die sich der Wahrnehmung eher entzieht, indem sie Konfrontation meidet und nicht auf, sondern durch die Menschen hindurchwirkt. Auch "durch uns" wirkt ein Staatssystem, das den gesamten sozialen Körper mit einem Funktionsgeflecht der Macht zu durchziehen sucht, das die Menschen integrativ okkupert, Identifizierungsebenen schafft und den gesellschaftlichen Mainstream als Autoregulativ nutzt, und sich so Zugang geschaffen hat zu den Prägungsebenen von Werten und Glücksgefühlen."<sup>29</sup> "Die Macht hat sich modernisiert in unseren Breiten. Sie hat ihre Plumpheit, Dreistigkeit, Rohheit, das Barbarische abgelegt. Eine Macht, die sich terroristisch gebärdet, mit Gewalt herumfuchtelte, trägt den Makel, hoffnungslos altmodisch zu sein, nicht auf dem Laufenden, nicht up to date. Auch hier gibt es ein Nord-Süd-Gefälle. Elegante Machtausübung ist ein Privileg der "Ersten Welt". Diktatur, Tyrannei, grelle Ausbeutung, die schäbigen Gestalten der Macht, bleiben den armen Ländern vorbehalten."<sup>30</sup>

"Unser" Herrschaftssystem hat sich gewandelt. Instanzen "harter" Überwachung wurden aufgegeben, wenn Mechanismen gegenseitiger Kontrolle die gleiche (oder bessere) gesellschaftliche Stabilität garantierten. Staatliche Herrschaft hat sich somit verfeinert, und bedient sich zur Aufrechterhaltung seiner Struktur weniger der Maßnahme der Unterdrückung, als vielmehr der Förderung der Akzeptanz<sup>31</sup> und des freiwilligen Gehorsams.

Autoregulation und Selbstkontrolle, als disziplinierende Mechanismen, sind jedoch nur möglich, wenn das System bereit ist, seine Bürger\*innen mit einem gewissen Maß an Fähigkeiten, Rechten und Kompetenzen auszustatten. Diese Befähigung ist ein Machtfaktor, der nicht stört, solange er systemerhaltend wirkt. Er ist wesentlich von den Ein- und Anbindungsmechanismen des Staates abhängig. Versagen diese

---

<sup>28</sup> Herbert Marcuse, Der eindimensionale Mensch, Luchterhand, Neuwied 1976, S. 27

<sup>29</sup> M. Wilk, Der Malstrom, Trotzdem Verlag, Grafenau 1995, S.90

<sup>30</sup> Marianne Gronemeyer, Die Macht der Bedürfnisse, rororo Reinbeck 1988, S. 30

<sup>31</sup> Siehe Kapitel "Das Mediationsverfahren: Neue Befriedigungsstrategien..."

Mechanismen, kann es zu Situationen kommen, in denen sich die Kompetenz und Befähigung antiautoritär und antistaatlich auswirken.

Diese Verhältnisse, die auch als Ergebnis vorangegangener sozialer Kämpfe und somit als Zugeständnisse gegenüber mehr oder weniger Unzufriedener gesehen werden können, müssen in ihrer Komplexität und auch Widersprüchlichkeit auf die Bedingungen weiterer emanzipativer Ansätze hin untersucht werden.

Es geht also darum, Macht in ihrer Funktion zu beleuchten, das synergistische Verhältnis von Macht und Herrschaft auf die ihm innewohnenden antagonistischen Anteile zu untersuchen.

Im Gegensatz zur "alten" Form staatlicher Organisation, deren Machtkonzeption zentralistisch ausgerichtet war, ist es unter den Bedingungen des "modernen" Staats schwerer geworden, zwischen den peripheren Verästelungen der "Systemmacht" und möglichen Ansätzen einer emanzipativen Struktur (Gegenmacht) zu unterscheiden.

Die Analyse der Macht kann sich immer weniger an den Unterdrückungsmechanismen oder linearen Herrschaftsbeziehungen allein orientieren. Sie als zirkulierend und alle gesellschaftlichen Bereiche erfassend zu begreifen, heißt, sich darauf einzustellen, breite Felder, sowohl potentiell emanzipativer wie auch staatlicher Ordnung dienlicher "Überschneidungen" vorzufinden.

Für die Unterdrückten innerhalb der klassischen Hierarchie ist der eigene Standpunkt spürbarer, und es stellt sich, wenn überhaupt, sehr schnell das Problem der Möglichkeit zur Wahl der Mittel des Widerstandes. Unter den integrierenden Bedingungen des modernen Staates steht an erster Stelle das Problem der Entwicklung eines Gespürs für den schwer wahrnehmbaren "privilegierten Freiheitsverlust". Dieser unterdrückt nicht mittels Gewalt, sondern er bietet an: Die Teilnahme am Konsens, die Möglichkeit sozialen Aufstiegs und sozialer Sicherheit. Die Anpassung ins Regelwerk und die Übernahme der Herrschaftskonzeption erfolgt auf dieser Grundlage freiwillig und automatisch.

Es mutet paradox an: War vorher, im klassischen System, die Vorgabe, die Zuweisung auf eine bestimmte gesellschaftliche Position Ausdruck der Unfreiheit (im Extrem der soziale Rang durch Geburt, bestimmtes Wissen einer bestimmten Kaste etc.), so ist nun die zumindest theoretisch vorhandene Möglichkeit, sozial "aufzusteigen" natürlich noch lange nicht Ausdruck einer echten Freiheit, deren Voraussetzung sein müsste, die inneren Gesetzmäßigkeiten des Systems verlassen zu können. Gilt noch die alte Maxime "Freiheit heißt - sich entscheiden zu können", oder steht die Hoffnung auf eine individuelle Karriere, und sei es die mit Ellenbogen und Schleimerei erkämpfte, für die trügerische "Freiheit", nur noch zwischen verschiedenen Spielarten derselben Sache wählen zu können.

Am simplen Beispiel eines schulischen Werdegangs wird klar, wie perfide die Situation ist: Erfordert das Erlangen des Abiturs nicht nur erhebliche Anpassung an restriktive Vorgaben und Lehrinhalte (nach Überwindung der, meist mehr als weniger bestehenden, Hürde der sozialen Vorselektion), so eröffnet es wiederum die Möglichkeit eines weiteren Erwerbs von Wissen und Fähigkeiten, die wiederum mit einem Übernahme- und Anpassungsprozess verbunden sind. Nach welchen Kriterien sind Wissen und Fähigkeiten zu beurteilen? Stellen sie eine Verbesserung der persönlichen Situation dar, im Sinne des Kriteriums, sich in verschiedene Richtungen entscheiden zu können, was ein kritisches emanzipatives Element zumindest nicht ausschließt, oder überwiegt das Moment der mit dem

Erwerb von (Herrschafts-)Wissen verbundenen Adaption an bestehende (Herrschafts-)Verhältnisse?

Nach wie vor gilt die Devise "Wissen ist Macht", und auch der "Janus-Charakter der Machtfunktion Wissen" in Bezug auf Herrschaftsverhältnisse besteht ungebrochen fort. Wissensmacht ist, durch die damit verbundene Übernahme von Inhalten und Werten, für diejenigen, die sie erwerben, gefährlich - trotzdem wäre die Forderung nach einer Abschaffung des Grundrechtes auf Bildung absurd, da die Fähigkeit zum Beispiel zu Lesen oder zu Schreiben nicht Bedingung, aber wichtiges Werkzeug innerhalb eines emanzipativen Prozesses sein kann. Es gibt unter diesen Voraussetzungen kein neutrales Niemandsland zwischen emanzipativen "Fähigkeiten" und "Fähigkeiten", die sich staatlich eingepasst hierarchisch verwerten lassen; die Gefahr des Missbrauches (im Sinne einer Herrschaftsfunktion) ist somit inhärent.

Es ist wie mit einem Messer: Es ist vielfältig zu gebrauchen, zum Schmieren einer Stulle, zum Schnitzen, als Waffe, zum Angriff oder zur Verteidigung oder auch zu gar nichts, wenn ich dies alles nicht weiß. Es ist eine brisante Sache - die Verfügung über ein Messer (oder eine Fähigkeit) stattet einen Menschen immer mit allen potentiellen Anwendungsmöglichkeiten aus. Die Gefährlichkeit erwächst aus dem jeweiligen Kontext. Es geht also darum, entscheiden zu können, welche Fähigkeiten und Mittel es sich lohnt zu erwerben (sollte auf ein Messer aufgrund der ihm innewohnenden Potenz verzichtet werden?), und welche Wirkung diese im jeweiligen gesellschaftlichen Zusammenhang haben.

Es ist untrennbares Ziel und gleichzeitiger Bestandteil eines emanzipativen (sprich Befreiungs-)Prozesses, sich sowohl seiner eigenen Einbindung in immer komplizierter werdende Machtkomplexe, als auch der uns innewohnenden Kraft bewusst zu werden und verantwortungsbewusst damit umzugehen. Der unter Umständen wichtige Verzicht auf den Einsatz eigener Macht, Stärke oder Fähigkeiten ist etwas anderes als die Verleugnung des Vorhandenseins eigener Macht, die zu der fatalen Illusion führt, wir stünden außerhalb einer (grundsätzlich bestehenden) Machtbeziehung.

"Die Macht ist nicht als ein massives und homogenes Phänomen der Herrschaft eines Individuums über andere, einer Gruppe über andere, einer Klasse über die andere aufzufassen, sondern man muss erkennen, dass die Macht - wenn man sie nicht aus zu großer Entfernung betrachtet - nicht etwas ist, das sich unter denjenigen aufteilt, die über sie verfügen und sie ausschließlich besitzen und denjenigen, die sie nicht haben und ihr ausgeliefert sind. Die Macht muss als etwas analysiert werden, das zirkuliert oder vielmehr als etwas, das nur in Art einer Kette funktioniert. Sie ist niemals hier oder dort lokalisiert, niemals in den Händen einiger weniger, sie wird niemals wie ein Gut oder wie Reichtum angeeignet. Die Macht funktioniert und wird ausgeübt über eine netzförmige Organisation. Und die Individuen zirkulieren nicht nur in ihren Maschen, sondern sie sind auch stets in einer Position, in der sie Macht ausüben; sie sind niemals die unbewegliche und bewusste Zielscheibe dieser Macht, sie sind stets die Verbindungselemente."<sup>32</sup> (Michel Foucault)

Die Aussage Foucaults lässt hoffen, definiert sie doch Macht als etwas Universelles, das jedem Individuum eigen ist, also nicht ausschließlich unterwerfend auf dieses einwirkt, sondern diesem ebenso die Möglichkeit der

---

<sup>32</sup> Michel Foucault, Dispositive der Macht, Merve, Berlin 1978, S. 82



Selbstbehauptung gibt. Doch gebremstes Frohlocken: Die mögliche Selbstbehauptung setzt das Vorhandensein einer, zumindest partiell wirkenden, "Distanz" zwischen Individuum und einer Machtfunktion voraus. Die Begriffe Emanzipation, Verselbständigung oder Befreiung beschreiben alle einen Prozess der Loslösung von - beziehungsweise der Schaffung dieser Distanz zwischen - Individuum und dem jeweiligen "Status quo ante". Die Crux besteht jedoch darin, eben nicht von einem "natürlichen" Abstand zwischen Machtsystem und individuellem Menschen ausgehen zu können. "Das Individuum ist also nicht das gegenüber der Macht; es ist, wie ich glaube, eine seiner ersten Wirkungen. Das Individuum ist eine Wirkung der Macht und gleichzeitig [...] ihr verbindendes Element."<sup>33</sup>

Es gehört in diesem Sinne zum Wesen eines jeden Herrschaftssystems, das so konstituierte Individuum und seine ihm eigene Machtverfassung möglichst in Deckungsgleiche zu den Herrschafts- und Machtfunktionen des Staates zu halten. Auf der anderen Seite existierte und existiert kein Staatssystem, das in sich widerspruchsfrei und damit auch in völliger Starrheit verharrt. Die Fähigkeit, Irritationen innerhalb des Systems zuzulassen und durch Reintegration produktiv zu nutzen, ist Wesensmerkmal moderner Herrschaftsstruktur. Ein gewisser Grad an Abweichung ist nicht störend, sondern sogar gewünscht. Der Ansatzpunkt eines emanzipativen Prozesses bemisst sich in diesem Sinne sogar weniger am Grad der Abweichung, sondern vielmehr an der Resistenz gegenüber den Kräften der Reintegration. Die Dauer und Vertiefung eines emanzipativen Prozesses beinhaltet also die Beibehaltung einer Distanz gegenüber der vorher wirksamen Machtstruktur und erhält damit die Chance fortgesetzten, "eigenmächtigen" Denkens und Handelns.

## **Makrostruktur und Integration**

Eigen(mächtig)es Denken und Handeln - nur noch bei Anhänger\*innen von Systemen mit starrer linearer Hierarchie lösen diese Begriffe Angst und Schrecken aus, stehen für Gehorsamsverweigerung und staatsgefährdende Insubordination. Der moderne, aufgeklärte Mensch denkt in der Regel anders - nicht Untertanengeist ist gefragt, sondern Selbstbewusstsein und Selbstständigkeit.

Nicht, dass die "alten" Qualitäten der Herrschaftssicherung, seien es zum Beispiel Gehorsam und Anpassung, ihren Wert verloren hätten, aber weg vom rein passiven Ausführen einer Anweisung, wird nun ein erweitertes aktives Agieren in eigenem Verantwortungsbereich erwartet. So klingt die Forderung nach "Flexibilität und kreativem Umgang bei Problembewältigung" nicht nur freundlicher, sondern bezeichnet tatsächlich das Bestreben, die "alten" Tugenden um die einer "Eigenverantwortlichkeit" zu erweitern, die im ökonomischen Bereich eine höhere Effektivität und im psychosozialen eine stärkere Anbindung zur Folge hat.

Wenn heutzutage immer mehr Begrifflichkeiten aus (ehemals) linkem Kontext in jedem besseren Handbuch für Firmenmanagement zu finden sind, so steht dies weniger für das Durchsetzungsvermögen diverser systemkritischer Ansprüche, sondern vielmehr für die Fähigkeit eines Systems, Abweichungen in bare Münze und oder auch sozialhygienisch zu utilisieren.

---

<sup>33</sup> Ebd., S.83

Die Ansätze einer außerparlamentarischen Organisation nach 1968 und die folgende Bürgerinitiativenbewegung haben, bei allen besten Absichten, dem System in diesem Sinne einen nützlichen Dienst erwiesen. Sie haben, von einem richtigen Ansatz herkommend, nämlich der Interessensdelegation und dem Ziel, der parlamentarischen Verwaltung der Menschen eine andere Ebene entgegenstellen zu wollen, längst ihren Schrecken für diejenigen verloren, die in ihnen die Keimzelle der Anarchie sahen.

Noch 1975 war das anders. Die Bewegung gegen den Bau des Atomreaktors bei Wyhl ließ die FAZ erschauern: "Hier wird so wenig wie möglich sortiert und reglementiert. Bei den oft leidenschaftlichen Meinungsverschiedenheiten sucht man lediglich das unvermeidliche Maß an Übereinstimmungen. Das geschieht vielfach mit erstaunlicher Disziplin. Dennoch haftet diesen Bürgerinitiativen etwas Anarchistisches an. Nicht zufällig entziehen sie sich vollständig den Parteien [...]"<sup>34</sup> Bestrebungen, sich den Zwangsvorgaben der Regierungsvertreter eigeninitiativ entgegenzustellen, Bau und andere Pläne nicht einfach "strahlende" Realität werden zu lassen, löste bei uns Begeisterung - bei anderen die Vision eines zerbröselnden Rechtsstaates aus: "ein Alptraum des Bundeskriminalamts-Präsidenten Herold, weil dies nach seiner Ansicht das Ziel aller 'Staatsfeinde' ist: der "bewusste Aufbau von Gegenmacht gegenüber diesem Staat oder die Leugnung des staatlichen Gewaltmonopols", weshalb bereits der Versuch von "Gegenmachtsymbolen" zu unterbinden sei. Wyhl - wie auch immer es dort ausgehen mag - ist zu einem solchen 'Gegenmachtsymbol' geworden..."<sup>35</sup>

Die Staatsvertreter\*innen reagierten vorerst klassisch: Im Februar 1975 erfolgte die Räumung des von 20.000 Menschen besetzten Baugeländes mittels eines massiven Polizeieinsatzes. Viele Verhaftungen und Strafverfahren folgten. Trotz der Versuche, den breiten Widerstand mit den üblichen Mitteln zu kriminalisieren, gelang es jedoch nicht, die Bewegung zur Aufgabe zu zwingen.

Das Atomkraftwerk Wyhl wurde nicht gebaut, der Widerstand gegen das Projekt wurde zum Meilenstein der Bürgerinitiativenbewegung, zum vielzitierten Beispiel erfolgreichen Vorgehens gegen selbstherrliche Staatsmacht, zudem noch beispielhaft verkörpert in der Person des Ministerpräsidenten Filbinger, eines früheren NS-Militärrichters (ein Tatbestand, der uns leider damals noch nicht bekannt war).

So sehr auf unserer Seite die Begeisterung für die Möglichkeit, die scheinbare Omnipotenz des Staates zumindest partiell zu knacken, zu der Illusion führte, dass mit dem Widerstand gegen das Atomprogramm ein entscheidender Hebel gegen eine uns autokratisch erscheinende Herrschaftsmaschinerie gefunden sei, so sehr hinterließen die Ereignisse auf Seiten der Politiker\*innen die unangenehme Erfahrung einer neuen Art von Konfrontation. Neu deshalb, weil sich anders als 1968 nicht nur "wild gewordene Bürgerkinder", sondern die Bürger\*innen (und Bäuerinnen)selbst zu Träger\*innen des Widerstands wurden (und zum Beispiel den Bauplatz besetzten oder ein Hüttendorf errichteten). Der Dissens gegenüber dem System war über eine leicht zu isolierende radikale Minderheit hinausgewachsen, hatte eine Form angenommen, die den Rahmen einer üblichen Bürgerpetition deutlich sprengte, ja sie verließ sogar den tugendhaften Rechtsweg und ging zur

---

<sup>34</sup> FAZ 14.6.75, zit. nach Sebastian Cobler, Die Gefahr geht vom Menschen aus, Rotbuch Verlag, Berlin 1976, S.23

<sup>35</sup> Ebenda, S. 23

direkten Aktion über.<sup>36</sup> Eine bittere Angelegenheit in einer Situation, in der die staatlichen Organe eher auf die Unterstützung ihrer Bürger\*innen angewiesen waren, galt es doch die gerade im Verlauf der siebziger Jahre angewachsen "Bedrohung durch terroristische Gruppen" durch "Mithilfe der Bevölkerung" in den Griff zu bekommen.

Die erfolgende massive Aufrüstung am Thema "Innere Sicherheit", die Verschärfung der Strafgesetze und der Prozessordnung sowie die materielle und personelle Verstärkung der Polizei waren nur der primäre Reflex der staatlichen Institutionen auf die vielfältigen Gefahren, denen sich der Rechtsstaat ausgeliefert sah. Diese erste, schnelle Antwort der Obrigkeit wurde damals mit der Bedrohung der Rechtsordnung begründet, die von "terroristischen Organisationen" (namentlich der RAF und dem 2. Juni) ausginge. Die Zuspitzung der Ereignisse, die Verschärfung einer militant-militärischen Gangart in der Auseinandersetzung zwischen Staatsorganen und bewaffnet kämpfenden Gruppen waren vordergründiger Anlass für jenes staatliche Vorgehen, das in den "Deutschen Herbst 77" mündete und Deutschland mit einem beispiellos repressiven Klima belegte. Es ging jedoch um mehr als den Versuch, die relativ kleine Guerilla zu zerschlagen; die Angst der bundesdeutschen Repräsentant\*innen beschränkte sich nicht auf die (zu dieser Zeit zunehmend in die Isolation geratenden) Aktionen der RAF (erinnert sei an die grauenhafte Selektion der jüdischen Passagiere durch ein gemischtes palästinensisch-deutsches Kommando in Entebbe 1976 und das Desaster der Entführung der Lufthansamaschine Landshut 1977 nach Mogadischu), sondern sie fürchteten breiteren Unmut: "Die Angriffe auf die Ordnung", so der damalige Präsident des Bundesverfassungsgerichtes Ernst Benda, "haben in den terroristischen Aktivitäten nur einen besonders dramatischen Ausdruck gefunden. Das Gesamtbild ist durchaus ernster. Es wird auch im Falle einer vollständigen Zerschlagung solcher Tätigkeiten der kriminellen Vereinigungen weiter Anlass zu Besorgnis und Wachsamkeit geben [...] Die Gefahr [geht] von gesellschaftlichen Gruppen mit verfassungsfeindlicher Zielsetzung aus, und die trifft mit einer sich langsam verbreitenden Verfassungsverdrossenheit in der Bevölkerung zusammen, die sich bei den Älteren in Gleichgültigkeit ausdrückt, bei vielen jüngeren Menschen als Skepsis, offene Ablehnung oder romantische Hinwendung zu den Idealen anderer Gesellschaftssysteme erscheint."<sup>37</sup>

Dass es weniger um die Ablehnung einer abstrakten Verfassung ging, sondern (am Beispiel der Atomkraftwerke) um existenzielle Ängste, wie auch um die mangelnde Möglichkeit auf staatliche Entscheidungen, die sich eher an den Bedürfnissen der Industriemagnaten als an denen der Bevölkerung orientierten, Einfluss nehmen zu können, kümmerte wenig. Ein von der CDU am 4.7.1975 vorgelegtes "Offensiv-Konzept" beschrieb gar Schreckliches: "Die Aufnahmebereitschaft für die von den Anarchisten vertretenen

---

<sup>36</sup> Eine Erfahrung, die sich in der AKW-Bewegung fortsetzen sollte. Die Auseinandersetzungen um Brockdorf, Gronde und auch Malville in Frankreich, sowie um Gorleben, waren von dem vordergründigen Ziel geprägt, den Bauplatz wieder zur Wiese zu machen. Die eigentliche Brisanz der Auseinandersetzung lag hierbei weniger in der militanten Austragung des Konflikts mit einer militärisch reagierenden Staatsmacht, die Schwerverletzte und mindestens einen Toten brachte, sondern in der Entstehung einer sozialen Bewegung, die sich unabhängig von den etablierten Parteien entwickelte.

<sup>37</sup> E. Benda. Der Rechtsstaat in der Krise, Stuttg.72 zit. n. Cobler, S. 24

gesellschaftspolitischen Utopien wurde gefördert durch [...] [den] Verlust von Orientierungswerten; [durch] einen fortschreitenden Autoritätsverlust des Staates aufgrund einer falsch verstandenen Liberalisierung; [durch] die gezielt propagierten Zweifel familiärer, nachbarschaftlicher und religiöser Bindungen [...] es geht nicht an, dass in Jahrhunderten gewachsene Werte und kulturelle Leistungen leichthin in Frage gestellt werden; [dass] jungen Menschen in Schulen und Hochschulen ein Weltbild vermittelt wird, das den einzelnen Menschen und von ihm geschaffene kulturelle Werte nichts und die angebliche Kraft der Gesellschaft und deren Evolution alles sein lässt; [...] es ist eine vorrangige Aufgabe [des Staates als ordnender Kraft], dass die grundlegenden Prinzipien unserer staatlichen Ordnung nicht zur Disposition gestellt werden."<sup>38</sup>

Noch genauer brachte es der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt auf den Punkt, als er formulierte, was damals wie heute am meisten von den Damen und Herren auf den Regierungsbänken gefürchtet wird: "Gefährlicher, ja existenzbedrohender wäre es, wenn der Rechtsstaat die Solidarität und die Selbstidentifikation seiner Bürger verlöre."<sup>39</sup>

## Zeitsprung

Gut zwanzig Jahre später finden wir uns in einer Situation, in der (um beim Beispiel der Atomenergie zu bleiben) sich zwar die weitaus größere Mehrheit der Bevölkerung gegen Atomkraftwerke ausspricht, mehrere Großprojekte am Widerstand gescheitert sind, aber nichtsdestotrotz zig Atommeiler munter vor sich hin blubbern. Das Ausstiegsprogramm der SPD und der Grünen ist offensichtlich kaum das Papier wert, auf dem es geschrieben wurde. Der beispiellose und vorausgeahnte Anpassungsprozess der Grünen an die Erfordernisse realer Regierungsbeteiligung entfernt sich immer weiter von der ursprünglichen Forderung nach sofortiger Abschaltung aller Atomanlagen.<sup>40</sup> Die Energieunternehmen und die ihr gewogene SPD bestimmen mehr als zuvor den Kurs, der alle Optionen offen hält. Die in Ansätzen wieder erstarkte Anti-Atom-Bewegung steht nun vor dem Problem, Widerstand gegen Atommülltransporte, die von einem grünen Minister veranlasst und verantwortet werden müssen, zu

---

<sup>38</sup> Offensiv-Konzept der CDU, Bonn, 4- 7-1975, S- 14, zit. nach Cobler, S. 120

<sup>39</sup> Rechtspolitischer-Kongreß der SPD, zitiert nach Bundestag, 12.6. 1975, S- 12435, Zit.n.S.Cobler), S.120

<sup>40</sup> Anfang 1999 spricht sich der amtierende Umwelt-Atomminister einerseits für die Beendigung der Wiederaufbereitung in Frankreich und England aus, entwickelt andererseits Pläne für weitere Zwischenlagermöglichkeiten an den AKW's selbst, ohne jedoch konkrete Abschaltpläne für die jeweiligen Atommeiler zu verfügen. Vom Ergebnis her wäre damit zwar richtigerweise die Wiederaufbereitung gestoppt, nicht jedoch der Weiterbetrieb der Atommüll produzierenden Anlagen. Im Gegenteil- durch die Einrichtung der Zwischenlager an den jeweiligen AKW's wird die Möglichkeit des Weiterbetriebs auf Jahre (oder sogar Jahrzehnte) verlängert. Gleichzeitig bleibt die Problematik der Endlager und der anfallenden Atommülltransporte bestehen und muss in der Verantwortung des jetzt Grünen Umweltministers organisiert werden.

organisieren. Ein Problem, das sich lösen lässt, wenn es auch für viele, die nach wie vor auf die grün-parlamentarische Unterstützung hoffen, schwer fällt, sich von dieser Ebene politischer Hoffnung zu distanzieren. Nach den immer deutlicher zu Tage tretenden Adaptierungsprozessen der Grünen wird jedoch immer mehr Menschen klar, dass die Widerstandsperspektive im außerparlamentarischen Bereich und in der eigenen Verantwortung liegt und nicht auf der Ebene der Interessendelegation auf eine Partei. Unter emanzipatorischen Gesichtspunkten lässt sich der "grünen Enttäuschung" sogar Positives abgewinnen: Sie ist in diesem Sinne tatsächlich das "Ende einer Täuschung". Es bleibt zu hoffen, dass die Sorge Helmut Schmidts bezüglich der Selbstidentifikation der Bürger\*innen mit diesem Staat ihre Gültigkeit, gar neue Aktualität erlangt. Es sei uns gewünscht, dass mehr Menschen als ein Häuflein Unentwegter sich um Kontinuität bemühen und mahnend an den sich jährenden Katastrophentag von Tschernobyl erinnern und dass die massenhaften Proteste in Gorleben kein Einzelereignis bleiben.

Es geht hierbei natürlich um den wichtigen Inhalt lebensgefährlicher Technologie und die Nichtakzeptanz verantwortungslosen staatlichen Umgangs - genauso wichtig ist jedoch, wie bei jeder sozialen Bewegung, der Aspekt der gemeinsamen Erfahrung eigener Stärke und die Möglichkeit, soziales Handeln und Kommunikation eigenverantwortlich zu erlernen. Gut wäre es, den Befürchtungen Helmut Schmidts zu neuer Relevanz zu verhelfen, deren reziproker Wert die Grundlage für die Hoffnung auf eine weiterreichende emanzipative Bewegung darstellte. Es wäre jedoch kaum sinnvoll, einfach da weitermachen zu wollen, wo der Widerstand in Wyhl erfolgreich war, oder da anzuknüpfen, wo die Auseinandersetzungen wie in Brokdorf oder auch an der Startbahn West immer mehr vom Militanten zum fast Militärischen mutierten. Es geht vielmehr darum, sowohl die Entwicklung und den Umgang des Staates mit Bürgerinitiativen als auch die eigene Veränderung innerhalb der sozialen Bewegung, in Bezug auf Anpassungsdynamik einerseits und auf emanzipatorische Prozesse andererseits, kritisch zu würdigen. Die Geschichte der Anti-AKW-Initiativen steht nicht nur exemplarisch für die Möglichkeit der Kriminalisierung, sondern ebenso für die weitaus wirksamere Integration einer sozialen Bewegung.

Die Kriminalisierung der militanten Anteile der sozialen Bewegungen waren (und sind), wie gesagt, nur der erste Reflex auf die Abweichung von der Regel und dem populärer werdenden zivilen Ungehorsam. Als weitaus wirksamer zeigte sich die im Laufe der Jahre erwiesene Offenheit gegenüber den systemkritischen Ansätzen in einer zunehmend differenzierteren Form, wie auch die Instrumente offener Repression zunehmend differenzierter eingesetzt wurden. So wie sich bemüht wurde, die Fehler der Anfangszeit zu vermeiden und zum Beispiel nicht mehr auf alle einzuschlagen oder alle zu verhaften, sondern nur noch die als militant bezeichneten, so wurde sich darum bemüht, nicht mehr die Inhalte und die Form in ihrer Gesamtheit zu verteufeln ("Alles Spinner, dann gehen die Lichter aus"). Ein Prozess, der Zeit und eine gewisse Flexibilität erforderte und der der SPD, deren "linker Flügel" bis in die Reihen diverser Bewegungen reichte, leichter fiel als der CDU. Wohlgemerkt ging (und geht) es nicht darum, alle Inhalte und Ziele der diversen Bewegungen zu reintegrieren - nur das sozusagen halbwegs Verdauliche fand Aufnahme in die Diskussionsrunden und Parteitagspalaver. Die Gründung und

voranschreitende Etablierung der Grünen und deren wachsende Popularität<sup>41</sup> veranlassten die SPD zwangsläufig dazu, einige der vor allem ökologisch orientierten Punkte in das eigene Programm aufzunehmen. Eine forcierte Bündnispolitik mit den Grünen - deren etablierungswütiger Flügel sich gegen die Illusionist\*innen, die geglaubt hatten, emanzipative Politik parlamentarisch praktizieren zu können, durchgesetzt hatte - trug ein Übriges dazu bei, die ursprünglichen Forderungen auf ein "schluckbares" Maß schrumpfen zu lassen. Die aufbereiteten Inhalte und Formen wurden dem System einverleibt, und quasi im Verdauungsprozess dem Staatsorganismus wieder zugeführt. "Die Absorption progressiver Vorhaben findet statt, indem diese so abgeschliffen werden, dass sie die herrschende Ordnung nicht bedrohen, während sie zugleich in dem Ausmaß verwirklicht werden, welches Kritik am Staat nicht aufkommen lässt.[...]Präziser gefasst bedeutet "Absorption", dass ursprünglich transzendierende Einstellungen und Handlungen auf eine Weise in die herrschende Ordnung integriert werden, welche die dominierenden Interessen nicht in Frage stellt."<sup>42</sup>

Die SPD, die Altmeisterin in der Kunst der "Absorption", hat ihre klassische Funktion längst mit den Grünen geteilt, deren Schwierigkeit momentan hauptsächlich darin zu liegen scheint, ihre eigene, durch fortschreitende Etablierung und Anpassung schwindende, Integrationskraft zu bewahren.

Da nach diesen Ausführungen leicht der Eindruck entstehen könnte, alle Anderen seien für Integrationsprozesse verantwortlich, nur die Träger\*innen der ursprünglichen Bewegung nicht, muss an dieser Stelle bemerkt werden, dass zu jeder Herrschafts- und Machtkonstellation (und um die geht es nach wie vor) natürlich mindestens zwei gehören. So auch hier - die, die integrieren und die, die es zulassen, integriert zu werden.

Festzuhalten bleibt trotzdem, dass nach dem mühsamen Entstehen einer (zum Beispiel ökologischen) Bewegung, die ein erhebliches Maß an Distanz gegenüber staatlicher Politik voraussetzte, die bei allen Beteiligten viel Mut erforderte, den Protest in reale Widerstandsformen umzusetzen, es neben den inneren Prozessen des Zerfalls, es die "Teile-und-Herrsche-Politik" und die Elastizität sowie die Integrationskraft des Staates war, die zur Schrumpfung der Bewegung führte.

Das System geht gleichsam gestärkt aus der Auseinandersetzung hervor - bereichert um die ihm nützlichen Inhalte der Protestbewegung und auch bereichert um die integrationsfähigen Menschen, deren erwiesenermaßen kreativeres Potenzial in die gemeinsame "Wir-Ebene" der "Volksgemeinschaft" eingebracht und damit gewinnbringend vermarktet werden kann.

## II. Emanzipation

---

<sup>41</sup> Durchaus im Sinne einer "Mode-Beliebtheit", die mit der ÖKO-Welle in den Mainstream der siebziger und achtziger Jahre schwappte. Dies ist nicht nur negativ gemeint. Die Frage bleibt jedoch, in wie weit modisches Öko-Bewußtsein tiefer gehende und dauerhafte Verhaltensänderungen geprägt hat, die über reines Müll-Trennungs-Prozedere hinausreichen?

<sup>42</sup> T.Mathiesen. Die lautlose Disziplinierung, AJZ Bielefeld 1985, S. 42/43

## **Emanzipationsverständnis und -begriff, Aufklärung und Genese der Emanzipation<sup>43</sup>**

Gegenmacht reproduziert im Allgemeinen die Spielregeln der Macht. Sie verändert so bestenfalls die äußere Struktur und die quantitative Verteilung der Macht innerhalb eines Herrschaftskonzepts, verändert aber nicht, respektive selten, die Beschaffenheit und die Wirkmechanismen des Herrschaftskonzeptes selbst. Die offene Attacke gegen etablierte Macht und Herrschaft reproduziert meist die Methodik dieser, sodass sich meist auch in der Revolte nur die bekannte Verkehrsform widerspiegelt. Nur die Regelverletzung, die nicht nur auf die Schaffung einer neuen Machtverteilung im Herrschaftskonzept abzielt, sondern auf die Infragestellung des Regelwerks an sich, steht für den eigentlich emanzipativen Schritt.

Emanzipation: "Freilassung, Befreiung aus einem Zustand der Abhängigkeit; Verselbständigung, ..."

Erst seit der Mitte des 19. Jahrhunderts wandelte sich Emanzipation im Wortsinn von seiner rein rechtlichen Bedeutung (im Sinne des Römischen Rechtes) der "Freilassung des Kindes, oder auch des Sklaven aus der Macht des Herrn", hin zu einem politischen Begriff. Diese Entwicklung steht im Kontext des sozial-ökonomischen Wandels, der mit der Forderung nach Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit die Maxime einer Entlassung aus der Abhängigkeit um die der "bürgerlichen" Begrifflichkeit einer "egalitären Ebene" erweiterte.

Ein gutes und deutliches Beispiel dieser gewandelten und erweiterten Begrifflichkeit bietet die 1840 erschienene Allgemeine Enzyklopädie der Wissenschaften und Künste (Hg. Erich, J.S./Gruber, J.G.):

Der Verfasser des Artikels zählt zu den neuen politischen Emanzipationsproblemen nicht nur die "politische Gleichstellung aller derer, die in einem solchen Abhängigkeitsverhältnisse zu Ändern standen oder stehen, dessen fortwährende Dauer nicht in der Natur der Sache oder der Vernunft selbst begründet ist."<sup>44</sup> Sondern er erweitert den Wortbegriff auf eine gesellschaftliche Ebene: "...übrigens wird dieser politische Begriff nach dem herrschenden Sprachgebrauch insofern noch weiter ausgedehnt, als man ihn von der Aufhebung nicht bloß persönlicher, sondern auch sachlicher Abhängigkeitsverhältnisse oder Hemmungen aller Art braucht (z. B. wenn man von der Emanzipation der Ehe, des Ackerbaues, der Industrie und des Handels, von der Emanzipation der Kirche und Universität aus der Bevormundung der Staatsgewalt, der Emanzipation der Schule aus der Bevormundung der Kirche etc. redet)."<sup>45</sup> Schon damals wird das Phänomen einer sich gegenseitig beeinflussenden gesellschaftlichen Dynamik umrissen, die über einen isolierten, einzelnen Akt von Befreiung hinausgeht: "Zu bemerken ist auch noch, dass, eben diesem Sprachgebrauch gemäß, die Emanzipation in diesem erweiterten Sinne nicht wie ursprünglich eine einzelne Handlung, mit der die Freilassung oder Gleichstellung abgemacht wäre, sondern eine Reihenfolge

---

<sup>43</sup> Der Begriff Emanzipation findet in diesem Buch häufig Verwendung. Der speziell im libertären Kontext verwandte Begriff bedarf besonderer Würdigung und Erklärung.

<sup>44</sup> n. Martin Greiffenhagen, Emanzipation, Hoffmann u. Campe, 1973, S.8

<sup>45</sup>Ebd.

zusammenhängender Bestrebungen, oder mit einem Worte, einen politischen Lebensprozess zu bedeuten pflegt, der erst nach und nach sich entwickelt, so dass der einleitende Emanzipationsakt eben nur der Anfang (der erste Akt des Schauspiels) ist."<sup>46</sup>

Die Beschreibung des Emanzipationsbegriffes bezieht sich schon damals schließlich auch auf jene Bedeutung, die das Wort in den Rang eines philosophisch-politischen Maßstabs erhebt, der als Richtwert universelle Anwendung finden muss. Sie spricht von "einer noch weiteren Ausdehnung, nämlich des philosophischen und welthistorischen Begriffes der Emanzipation, welcher sich mit Notwendigkeit ergibt, wenn man den Emanzipationsgrundgedanken nicht bloß auf das staatsbürgerliche, sondern auf das menschliche Leben überhaupt bezieht und anwendet." Auf diese Weise zeigt das Lexikon, was für die Gegenwart nicht minder als im Jahre 1840 gilt: "Dass die Emanzipationsfragen unserer Zeit verstehen nichts Geringeres ist, als unsere Zeit selbst begreifen, und dass diese sich auch auf das ganze Leben anwenden lässt, welches, von dem höchsten Standpunkte aus betrachtet, als ein universeller Emanzipationsprozess erscheint, von dessen Verlaufe alle politischen, religiösen etc. Emanzipationsprobleme nur einzelne Bestandteile oder Phasen sind, die nur von jenem Zentralpunkte aus richtig zu beurteilt und gewürdigt werden können."<sup>47</sup>

Die inhaltliche Veränderung des Emanzipationsbegriffes beschreibt einen Umschlag vom konservativen, rein immanenten Verständnis hin zum fortschrittlichen, letztendlich die Gesellschaftsverhältnisse partiell infragestellenden Verständnis.

Die philosophisch-politische Neufassung und Erweiterung des Begriffes bedeutet nicht das Verschwinden seines "alten" Inhaltes. Die historische Definition einer Entlassung des Sohnes (oder des Sklaven) in die "Freiheit" als nicht nur individueller, sondern vor allem auch passiver Akt der Befreiung im Sinne von Freilassung, hob konsequenterweise nicht die Unfreiheit des Systems auf, stellte es nicht in Frage. Emanzipation im konservativen Sinne bedeutete damit die Erhebung in den Herrenstand, einen Positionswechsel innerhalb eines eben auf Hierarchien beruhenden Systems. Eine Sichtweise der Dinge, die heute ihre Entsprechung oft genug dann findet, wenn der Ruf nach Gleichberechtigung ertönt, ohne dass das gesellschaftliche Gesamtkonstrukt in Frage gestellt wird. Die Forderung nach Gleichstellung vormals "Minderprivilegierter" wirkt in diesen Sinne unter Umständen und fatalerweise ähnlich konservativ, wie die Demokratisierung gesellschaftlicher Teilbereiche, die zum besseren Funktionieren des gesamten Herrschaftsgefüges beitragen. "Es kommt nur darauf an, dass der am Rande oder am Boden befindliche Einzelne beziehungsweise Gruppen sich zur herrschenden gesellschaftlichen Decke strecken: Die Frauen sollen zum Beispiel gleiche Entlohnung erfahren und die gleiche Karrierechance besitzen; die Arbeiterkinder gleichermaßen wie die Kinder anderer Gruppen in den Sparten der höheren Bildung repräsentiert sein, die sozial Schwachen die gleiche Behandlung im Gesundheitswesen erfahren. Kein Zweifel - nur blinde Totalitätspolitiker verkennen dies: Alle solchen Angleichungen in einer Gesellschaft stellen Fortschritte dar, aber eben Fortschritte im herrschenden Muster, die in keiner Weise über geglückte beziehungsweise missglückte Emanzipation Auskunft zu

---

<sup>46</sup>Ebd.

<sup>47</sup>Ebd., S. 9



geben vermögen und in den angegebenen Beispielen bestenfalls auf Tendenzen zum Ausgleich der Watterung, der Entfremdung, der Verbiegung und Ausbeutung zwischen den Gruppen hinweisen."<sup>48</sup>

Der Ursprung des "neuen" Emanzipationsverständnisses entwickelt sich mit der Aufklärung, dem Versuch, auf radikale Weise den durch Tradition, religiöse Bindung und absolutistische Autorität gesetzten Grenzen analytisch-verändernd zu begegnen. Die Infragestellung des Gegebenen, der Abbruch alter überkommener Denkgebäude, vor allem aber auch eine veränderte sozial-ökonomische Situation, verlangte nach einer philosophischen Neuordnung mittels neuer Denksysteme.

Die emanzipativen Strukturen der Aufklärung gründen sich nicht zuletzt auf die schon von Descartes weiterentwickelten erkenntnistheoretischen Schritte. Wissenschaftliche Erkenntnisse der Mathematik, der Biologie, Anatomie und Physiologie finden Eingang in die Philosophie, finden sich in der Auseinandersetzung mit Metaphysik, Ethik und Theologie, im Bemühen, methodisch ableitbar einen Zugang zur Welt zu finden.<sup>49</sup>

Verfeinert wird eine Philosophie, die Zweifel zu einem zentralen Punkt der Auseinandersetzung erhebt; die die Fähigkeit, in Frage zu stellen, als Kern menschlichen Daseins definiert.<sup>50</sup> "Wenn ich auch an allem zweifeln kann, so doch nicht daran, dass ich zweifle: Ich zweifle (denke), also bin ich."<sup>51</sup>

Nicht nur die Erkenntnistheorie Descartes befruchtet, ebenso trägt dessen Prämisse - "Nichts in der Welt ist gleichmäßiger unter den Menschen verteilt als der gesund

---

<sup>48</sup> W.-D. Narr, ist Emanzipation strukturell möglich? Bemerkungen zur kostenlosen Inflation eines Werts, in Emanzipation, Greifenhagen, 1973, S.198

<sup>49</sup> "Die Regulae ad directionem ingenii (ca. 1630) sollten drei Teile mit je zwölf Regeln umfassen, wovon nur die erste Hälfte zur Ausführung kam. (...) Alle Wissenschaften hängen zusammen und bilden die Einheit des Wissens unter der Leitung der menschlichen Vernunft. Von ihr hängt alle Erkenntnis ab. Will man nicht über Dinge streiten, ohne sie wirklich zu kennen, muss man Leistungsfähigkeit und Reichweite des Erkenntnis Vermögens untersuchen. Der Ansatz ist also erkenntnistheoretisch. Zur sicheren Wahrheit gelangen wir durch Intuition und Deduktion. (...) Die Wissenschaft konstruiert im Geist die Natur, deren Kenntnis uns die Sinne vermitteln. Alles ist letztlich Zahl (Pythagoras), der Mathematiker konstruiert die Welt." Ernst R. Sandvoss, Descartes, Geschichte der Philosophie, Band II, DTV Wissenschaft 1989

<sup>50</sup> Ernst Sandvoss ü. Descartes, Geschichte der Philosophie, Band 2, dtv 1989, S. 190. "Dazu wird es indessen nicht nötig sein, dass ich allen die Falschheit nachweise; dies könnte ich vielleicht niemals erreichen. Da ja schon die Vernunft anrät, bei nicht ganz gewissen und zweifelsfreien Ansichten uns ebenso sorgfältig der Zustimmung zu enthalten wie bei solchen, die ganz sicher falsch sind, so reicht es für ihre Verwerfung insgesamt aus, wenn ich in einer jeden irgendeinen Anlass zum Zwei fein finde. Auch braucht man sie darum nicht einzeln durchzugehen; das wäre eine end-lose Arbeit. Da ja bei der Untergrabung der Fundamente alles, was da-rauf gebaut ist, von selbst zusammenstürzt, werde ich unmittelbar die Prinzipien selbst angreifen auf die sich alles stützte, was ich früher für wahr hielt." Descartes, Meditationes de prima philosophia. Erste Meditatio 2.

<sup>51</sup> Descartes, n. Sandvoss, Geschichte der Philosophie, Band 2, dtv 1989, S. 191

Verstand"<sup>52</sup> - dazu bei, die emanzipative Gleichheitsforderung des aufklärerischen Denkens zu begründen.<sup>53</sup> Das Wissen um die Vernunft des Menschen und um die egalitäre Verteilung über alle Standes- und Klassenunterschiede hinweg legt einerseits die Fundamente für die Definition von Menschenwürde und Menschenrecht und für die folgenden Auseinandersetzungen um freies Denken, Kritik und Toleranz, andererseits werden die Fundamente eines Fortschrittsglaubens gelegt, der die durch menschliche Vernunft ermöglichte Beherrschung der Natur apostrophiert und damit eine Dynamik entfaltet, die eben an diese "Beherrschung" gebunden zu sein scheint. Die sozial-ökonomische Entsprechung findet sich im Aufstieg und der Bemächtigung des Staates durch das Bürgertum. "Wissen war Macht zunächst der Natur gegenüber. Technisches Wissen aber ist, wie sich zeigen sollte, unter bestimmten Umständen sozialer Emanzipation förderlich. Das Bürgertum hat seine E. wesentlich durch technisches Wissen zuwege gebracht. Der Tatsachensinn hat in Naturwissenschaft, Technik, und Wirtschaftswissenschaft über die alte Philosophie triumphiert."<sup>54</sup>

Die Französische Revolution und die Unabhängigkeitsbewegung der USA prägten die zweite Hälfte des 18. Jahrhunderts auf politischer Ebene; die Entdeckungen und Erfindungen (Dampfmaschine 1765, mechanischer Webstuhl 1785, hydraulische Presse 1795, Drehbank 1800) veränderten nachhaltig die wirtschaftlichen und die sozialen Strukturen.

Die Ambivalenz und Gefahr des emanzipativen, "aufgeklärten" Denkmodells wird sichtbar: "Emanzipation von Naturzwängen und die dadurch ermöglichte Herrschaft des Menschen über die Natur führte zugleich zu Herrschaftsverhältnissen innerhalb menschlicher Sozietät und innerhalb der menschlichen Person selbst. Beherrschung anderer und Selbstbeherrschung werden Formen der Herrschaft, welche einander gegenseitig bedingen und hervorbringen."<sup>55</sup> Der Aufklärung gelang so der Sturz des Feudalismus, keineswegs aber die grundsätzliche Infragestellung der Staatsmacht. Vielmehr errichtete das Bürgertum seine spezifische Machtstruktur, die sich emanzipativ errungen im fortschrittlichen Habitus präsentierte und deshalb vorerst schwerer angreifbar und gefährlicher etablierte.

Der wissenschaftliche und technische Fortschritt und die massive Dynamik der sozio-ökonomischen Veränderung wirkte sich nachhaltig auf die Philosophie des 18. und des frühen 19. Jahrhunderts aus, wie auch diese wiederum Moral, Ethik und das Denken über den gesellschaftlichen Wandel beeinflussten. Die Erkenntnisse und Theorien Darwins, der mit seiner Schrift "Die Entstehung der Arten durch natürliche Auslese" 1859 die Selektion und Auslese von Tier- und Pflanzenarten im Überlebenskampf beschrieb, wurde ideologisch weitergebildet für viele zur Rechtfertigungslehre, die in der Folge auch kapitalistische Ausbeutung als natürliches Recht des Stärkeren zu rechtfertigen suchte. Die Natur oder auch noch gottgegebene Ordnung des Reichtums und der Armut, wie Robert Maltus (1766-1834) und David Ricardo (1772-1832) die neuen sozialen Probleme in der Folge der industriellen Revolution zu beschreiben suchten, kontrastierten mit dem positivistischen Fortschrittsglauben, der auf eine - mit fortschreitender

<sup>52</sup> Descartes, Methode des richtigen Vernunftgebrauchs, 1. Abschnitt I. Satz

<sup>53</sup> Vergl. Greiffenhagen, S. 12

<sup>54</sup> M.Horkheimer/Th.Adorno, Dialektik der Aufklärung, Amsterdam 1947, S. 14, n. Greiffenhagen, S. 14

<sup>55</sup> Greiffenhagen S.15

Entwicklung ebenso weiterentwickelte - religiöse, geistige und gesellschaftliche Neuordnung setzte. Reformistisch gesinnte, wie Saint-Simon (1760-1825), der auf dem allgemeinen Fortschrittsglauben Condorcets (1743-1794) aufbaute und der einerseits Industriellen und Wissenschaftler\*innen die Führung des Staates anvertrauen wollte, andererseits jedoch an der Verbesserung der Lage der Arbeiter\*innen interessiert war, und Revolutionäre wie Proudhon<sup>56</sup> (1809-1865), der mit seinem bekannten "Eigentum ist Diebstahl" an die schier unumstößliche Maxime des Rechtes auf Besitz rührte und der die Philosophie der Arbeit begründete, beeinflussten die Diskurse. Die Vernunft, der Fortschritt der Wissenschaften und der mit ihnen verbundene ökonomische Wandel sollten künftig die "positive Gesellschaft" schaffen, August Comte (1798-1857) kann als der herausragendster Vertreter des Positivismus und Begründer der Soziologie gesehen werden, der davon ausging, dass "der ökonomische Wandel auch einen Wandel des Individuums fordert, das den Egoismus überwinden und den Altruismus pflegen muss."<sup>57</sup> Die Knüpfung des Emanzipationsgedankens an den wissenschaftlichen und ökonomischen Fortschritt ist evident und prägt fürderhin entscheidend die theoretischen und philosophischen Auseinandersetzungen. Der ökonomische Fortschritt wird zum Motor des sozialen Wandels erklärt.

## **Marxismus und Emanzipation**

Auch Marx fand im ökonomischen Bereich, in der Entwicklung der Produktivkräfte, den entscheidenden Faktor für die Veränderung der menschlichen Gesellschaft. Kommt ihm und Friedrich Engels der Verdienst zu, eine umfassende Analyse und Beschreibung kapitalistischer Produktions- und Verwertungsmechanismen vollzogen zu haben, so begingen sie doch den Fehler, soziale und emanzipative gesellschaftliche Entwicklung einseitig zur Folge der ökonomischen Prozesse zu erklären und damit von diesen abhängig zu machen. Der gesellschaftliche Progress erscheint schematisch und linear, der historische Materialismus der Marxist\*innen prophezeit, gekoppelt an den ökonomischen Fortschritt, langfristig automatisch auch den Kommunismus als Idealform gesellschaftlichen Seins. Ist dieser Zustand erreicht, erledigen sich alle anderen Probleme von selbst. Persönliche sowie soziale Emanzipation werden bestenfalls zu nachrangigen Ebenen gesellschaftlicher Prozesse degradiert, werden zu "Nebenwidersprüchen". Das Verhältnis Männer-Frauen, Familie, Patriarchat und Rassismus, Sexualität und selbst der Staat als Unterdrückungsapparat erledigen sich thematisch in dem Moment der Machtergreifung und der Aneignung der Produktionsmittel durch das Proletariat.<sup>58</sup>

---

<sup>56</sup> An dieser Stelle muss bemerkt werden, dass Proudhon, der wie kaum ein anderer als einer der Urdenker anarchistischer Theorie gilt, mit seinen emanzipativen Ideen nicht die Rolle der Frauen mit einschließt. Hier glänzt der Klassiker mit patriarchalen Wertvorstellungen wie sie schlimmer kaum sein könnten.

<sup>57</sup> Comtes positivistische Formel lautet: "Liebe als Prinzip, Ordnung als Fundament, Fortschritt als Ziel" n. Sandvoss, S.311

<sup>58</sup> "Indem die kapitalistische Produktionsweise mehr und mehr die große Mehrzahl der Bevölkerung in Proletarier verwandelt, schafft sie die Macht, die diese Umwälzung, bei Strafe des Untergangs, zu vollziehen genötigt ist.

Die im marxistischen Sinne primär ökonomisch regulierte Entwicklung der Geschichte bis hin zum Kapitalismus, die Entstehung des Proletariats, die revolutionäre Aneignung der Produktionsmittel und die Verstaatlichung, führen der inneren Logik zufolge zu einer Aufhebung des Staates an sich. "Das bedeutet für den historischen Materialismus der Marxist\*innen, dass der ökonomische Fortschritt im Kapitalismus langfristig gesehen auch zugleich den Kommunismus und damit die individuelle, politische und soziale Emanzipation hervorbringe. Aus diesem ökonomistischen Fortschrittsglauben folgt die oft kritisierte Schlussfolgerung, dass besondere Emanzipationsansprüche, wie etwa die der Frauen, zurückgestellt werden sollen, um alle Kräfte 'gebündelt' auf die Herbeiführung des Kommunismus zu richten, da sich im Sozialismus/Kommunismus alles andere von selbst erledige."<sup>59</sup>

Die Folgen dieser Perspektive, die die notwendige emanzipative Auseinandersetzung mit allen anderen gesellschaftlichen Strukturen vernachlässigt, sind fatal: Die ökonomistisch reduzierte Sichtweise und die im Wesentlichen auf das Postulat der revolutionären Aneignung der Produktionsmittel eingeeengte politische Strategie verhindert nicht nur eine kritische Auseinandersetzung mit Macht und Staat per se, da sie nur den bürgerlichen Staat als Unterdrückungsinstrument beschreibt, nicht jedoch den "proletarisch

---

Indem sie mehr und mehr auf Verwandlung der großen vergesellschafteten Produktionsmittel in Staatseigentum drängt, zeigt sie selbst den Weg an zur Vollziehung der Umwälzung. Das Proletariat ergreift die Staatsgewalt und verwandelt die Produktionsmittel zunächst in Staatseigentum. Aber damit hebt es sich selbst als Proletariat, damit hebt es alle Klassenunterschiede und Klassengegensätze auf und damit auch den Staat als Staat. Die bisherige, sich in Klassengegensätzen bewegende Gesellschaft hatte den Staat nötig, d.h. eine Organisation der jedesmaligen ausbeutenden Klasse zur Aufrechterhaltung ihrer äußern Produktionsbedingungen, also namentlich zur gewaltsamen Niederhaltung der ausgebeuteten Klasse in den durch die bestehende Produktionsweise gegebenen Bedingungen der Unterdrückung (Sklaverei, Leibeigenschaft oder Hörigkeit, Lohnarbeit). Der Staat war der offizielle Repräsentant der ganzen Gesellschaft, ihre Zusammenfassung in einer sichtbaren Körperschaft, aber er war dies nur, insofern er der Staat derjenigen Klasse war, welche selbst für ihre Zeit die ganze Gesellschaft vertrat: im Altertum Staat der sklavenhaltenden Staatsbürger, im Mittelalter des Feudaladels, in unsrer Zeit der Bourgeoisie. Indem er endlich tatsächlich Repräsentant der ganzen Gesellschaft wird, macht er sich selbst überflüssig. Sobald es keine Gesellschaftsklasse mehr in der Unterdrückung zu halten gibt, sobald mit der Klassenherrschaft und dem in der bisherigen Anarchie der Produktion begründeten Kampf ums Einzeldasein auch die daraus entspringenden Kollisionen und Exzesse beseitigt sind, gibt es nichts mehr zu reprimieren, das eine besondere Repressionsgewalt, einen Staat, nötig machte. Der erste Akt, worin der Staat wirklich als Repräsentant der ganzen Gesellschaft auftritt - die Besitzergreifung der Produktionsmittel im Namen der Gesellschaft -, ist zugleich sein letzter selbständiger Akt als Staat. Das Eingreifen einer Staatsgewalt in gesellschaftliche Verhältnisse wird auf einem Gebiete nach dem ändern überflüssig...."(Friedrich Engels, Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, Marx-Engels Studienausgabe, Fischer, S. 176)

<sup>59</sup> Rolf Cantzen, Weniger Staat-mehr Gesellschaft, Trotzdem Verlag. 1997, S.42

postrevolutionären" (da ja der immanenten Logik zufolge niemand mehr zu unterdrücken bleibt). Schlimmer noch, sie erhebt Anspruch auf die Eroberung staatlicher Macht. Die sich selbst erneuernde Struktur und Dynamik der Macht und der Herrschaftsform Staat wird nicht erfasst - sondern als notwendiges Mittel zum Zweck geheiligt. Staatliche Macht wird letztendlich nicht grundsätzlich und allumfassend in Frage gestellt. Die Gefahr einer Verselbständigung staatlicher Aneignungsprozesse und die mögliche Errichtung neuer unmenschlicher autoritärer Systeme hat sich hierbei als nicht minder gefährlich erwiesen als auch die theoretische Abhängigkeit allen sozialen Fortschritts von der hemmungslosen Prämisse der Ökonomie, die bereit ist, ökologische Aspekte und zwischenmenschliche Beziehungsebenen der Logik von Fünf-Jahres-Plänen unterzuordnen. "Die Emanzipation der Menschen in allen gesellschaftlichen Bereichen wird von diesem Fortschritt abhängig gemacht, beziehungsweise auf die ökonomische Emanzipation und auf materiellen Wohlstand reduziert."<sup>60</sup>

Auch wenn der frühe Marx noch durchaus Raum für so unrentable Dinge wie die "Berechtigung des Genusses"<sup>61</sup> oder der Leidenschaft hat und er ebenso "Alle Emanzipation ist Zurückführung der menschlichen Welt, der Verhältnisse auf den Menschen selbst"<sup>62</sup> postuliert, so erhebt er doch die "Herrschaft des Proletariats" schon ebenso frühzeitig zur alles entscheidenden Maxime.<sup>63</sup>

Die Eroberung des bürgerlichen Staates durch das Proletariat hebt jedoch nicht das Problem der Herrschaft auf, wie von Marx apostuliert, sondern transformiert es, wenn überhaupt, in eine andere Form der Herrschaft. Beschreibt Marx in der Auseinandersetzung mit dem bürgerlichen Staat noch, dass Emanzipation nicht mit (oder durch den) Staat, sondern nur in der menschlichen Emanzipation vom Staat zu erwarten ist<sup>64</sup>, so stellt die revolutionäre Übernahme des Staates für ihn, im dialektisch-materialistischen Kontext, einen Schritt nach vorne dar. Das von Marx postulierte: "Wir müssen uns selbst emanzipieren, ehe wir andere emanzipieren können"<sup>65</sup> tritt gleichsam zurück ins Glied der revolutionären proletarischen Organisation.

---

<sup>60</sup> Ebenda

<sup>61</sup> Marx, Frühschriften, n. Gerd Bergfleth, Kritik der Emanzipation. Konkursbuch Nr I, 1978, S.18

<sup>62</sup> Marx, Zur Judenfrage, Fischer 1972, Marx-Engels Studienausgabe. S.53

<sup>63</sup> "Sind im Laufe der Entwicklung die Klassenunterschiede verschwunden und ist alle Produktion in den Händen der assoziierten Individuen konzentriert, so verliert die öffentliche Gewalt den politischen Charakter. Die politische Gewalt im eigentlichen Sinne ist die organisierte Gewalt einer Klasse zur Unterdrückung einer andern. Wenn das Proletariat im Kampfe gegen die Bourgeoisie sich notwendig zur Klasse vereint, durch eine Revolution sich zur herrschenden Klasse macht und als herrschende Klasse gewaltsam die alten Produktionsverhältnisse aufliebt, so hebt es mit diesen Produktionsverhältnissen die Existenzbedingungen des Klassengegensatzes, die Klassen überhaupt und damit seine eigene Herrschaft als Klasse auf."

Marx/ Engels, Das Kommunistische Manifest, 1848 )Marx/Engels, Manifest der kommunistischen Partei, VMB Frankfurt 1970. S. 68

<sup>64</sup> „An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist." Ebenda

<sup>65</sup> Vgl. Karl Marx, Zur Judenfrage, Fischer 1972, Marx-Engels Studienausgabe, S. 32

Marx kritisiert zu Recht die politische Emanzipation der französischen Revolution, die eine abstrakte Aufspaltung des Menschen in Bourgeois und Citoyen vornimmt, in den Privatmenschen der bürgerlichen Gesellschaft mit seinen Privatinteressen und in den/die Staatsbürger\*in, der/die das Gemeinwohl berücksichtigt. "Die politische Emanzipation ist die Reduktion des Menschen, einerseits auf das Mitglied der Bürgerlichen Gesellschaft, auf das egoistische unabhängige Individuum, andererseits auf den Staatsbürger auf die moralische Person."<sup>66</sup> Eine Revolution, die das Gemeinwohl apostrophiert, aber letztlich nur den Bourgeois und dessen Privateigentum befreit, versteht unter "Freiheit" vor allem "die Freiheit gegen die anderen". Eine Begrifflichkeit, die bis heute Bestand hat und so Teil der Grundlage gegenseitiger Isolation und Entsolidarisierung ist. "Sie lässt jeden Menschen im andern Menschen nicht die Verwirklichung, sondern vielmehr die Schranke seiner Freiheit finden."<sup>67</sup> Die egoistische Aufspaltung der Gesellschaft, der Kampf aller gegen alle, veranlasst Marx zu seiner Definition menschlicher Emanzipation, die den Verdienst trägt, die aufgespaltenen Individuen wieder "zu vergesellschaften".<sup>68</sup> Das an dieser Stelle erhellende, radikale Emanzipationskonzept Marxscher Prägung erfährt jedoch eine wesentliche Trübung durch die ihm eigene ökonomistische Verseuchung; durch die, im Zusammenhang mit dem Begriff der Entfremdung abgeleitete Überhöhung des Wertes der Arbeit, der Produktivkraft und des Besitzes.<sup>69</sup> Die Orthodoxie des ökonomistischen Ansatzes erhebt die "Arbeit" auf die Ebene eines alles bestimmenden Wertes. Es geht mir nicht darum, die Wichtigkeit der "Arbeit" als anthropologische Größe in Abrede zu stellen, aber sie zur alleinigen Konstante menschlichen Daseins zu erklären heißt, sie über die ihr eigene Wertigkeit hinaus zu zementieren, statt sie in Frage zu stellen. Ein Emanzipationsgedanke, der die Leistung vollbringt, Arbeit analytisch zu gewichten, aber dem es nicht gelingt, sich über die Grenzen eines "Arbeitsmodells" hinaus zu wagen, droht, sich in das

---

<sup>66</sup> Ebenda, S.53

<sup>67</sup> Marx, Frühschriften, n. Gerd Bergfleth, Kritik der Emanzipation, Konkursbuch Nr I, Verlag Gehrke und Poertner Tübingen, 1978, S. 15

<sup>68</sup> "Erst wenn der wirkliche individuelle Mensch den abstrakten Staatsbürger in sich zurücknimmt und als individueller Mensch in seinem empirischen Leben, in seiner individuellen Arbeit, in seinen individuellen Verhältnissen, Gattungswesen geworden ist, erst wenn der Mensch seine forces propres, als gesellschaftliche Kräfte erkannt und organisiert hat und daher die gesellschaftliche Kraft nicht mehr in der Gestalt der politischen Kraft von sich trennt, erst dann ist die menschliche Emanzipation vollbracht."(Marx, Zur Judenfrage, Fischer 1972, Marx-Engels Studienausgabe, S. 53)

<sup>69</sup> "Die soziale Macht, d.h. die vervielfachte Produktionskraft, die durch das in der Teilung der Arbeit bedingte Zusammenwirken der verschiedenen Individuen entsteht, erscheint diesen Individuen, weil das Zusammenwirken selbst nicht freiwillig, sondern naturwüchsig ist, nicht als ihre eigene, vereinte Macht, sondern als eine fremde, außer ihnen stehende Gewalt, von der sie nicht wissen woher und wohin, die sie also nicht mehr beherrschen können, die im Gegenteil nun eine eigentümliche, vom Wollen und Laufen der Menschen unabhängige, ja dies Wollen und Laufen erst dirigierende Reihenfolge von Phasen und Entwicklungsstufen durchläuft. Diese "Entfremdung" um den Philosophen verständlich zu bleiben..." (Marx/Engels, "Feuerbach", Fischer 1972, S.98)

Gegenteil dessen zu verkehren, was er vorgibt zu tun: Die Freiheit des Menschen anzustreben.

"Wenn die Arbeit nicht durch diese Transgression (Überschreitung) erhellt wird, wird sie zum totalitären Popanz. Das Denken, das alles auf Arbeit reduziert, reproduziert einen Arbeitsterror, den der Kapitalismus sich nicht besser wünschen könnte. So wird der Marxismus bei seinem Geschäft der Entlarvung zum Komplizen der Kapitalherrschaft. Soweit die Arbeit das Grundprinzip des Kapitalismus darstellt, wird er sogar zu einem erzkapitalistischen Unternehmen. Die Systeme, die sich auf den Kapitalisten Marx berufen, haben denn auch nichts eiliger gehabt, als seine asketische Arbeitsmoral zu übernehmen. Dass gerade ein Deutscher diesen Arbeitskult geheiligt hat, entbehrt freilich nicht einer makabren Komik, denn gerade die Deutschen haben ja keinen anderen Lebensinhalt als die Wirtschaftsreligion, weshalb sie verdientermaßen in ganz Europa gehasst werden."<sup>70</sup> Die "Übererfüllung des Plansolls" und die Ernennung zum "Held der Arbeit" in der DDR verstehen sich nicht nur aus ihrer Konkurrenz zum kapitalistischen System, sondern aus einer eigenen "marxistischen" Moral und Wertigkeit, die sich an diesem Punkt nur unwesentlich vom Primat der Arbeit im Gegenwartsdeutschland unterscheidet.

Um nicht falsch verstanden zu werden, die Macht ökonomischer Verhältnisse als prägender Faktor gesellschaftlicher Verhältnisse soll hier nicht in Abrede gestellt werden - was jedoch angezweifelt werden muss ist der absolute, fast religiöse und allgegenwärtige Einfluss der Ökonomie als ausschließliche Ursache menschlichen Seins, sowie die von Marx fatalerweise daraus gezogene Folgerung, die jede Verbesserung der gesellschaftlichen Verhältnisse aus der ökonomischen Ebene abzuleiten versucht. Die falsche Marxsche Kausalität führt zu einer katastrophalen Fehleinschätzung gesellschaftlicher "emanzipativer Dynamik", die eben darin gipfelt, zu behaupten, die Aufhebung des Privateigentums und die Verstaatlichung der Produktionsmittel führten automatisch zum gesellschaftlichen Glück aller, zum Ende der "Entfremdung" per se.<sup>71</sup>

"Der Kapitalismus soll, nach Marx, zum letzten solchen Umsturz führen, zur Überwindung der Klassenverhältnisse schlechthin. Der Stand der Technik gestatte gleiche Freiheit für jedermann. Die sich verschärfenden Wirtschaftskrisen, die steigende Misere der Arbeiter erzeugen ihre Solidarität im Kampf um jenen neuen Zustand, mit dem, nach allem Elend, die wahre Geschichte der Menschheit beginnen wird. Durch solche Verkündigung wurde die Marxsche Analyse der Gesellschaft, die von ihm die von ihm als Wissenschaft bezeichnete Kritik politischer Ökonomie, zur neuen, anti-religiösen Religion."<sup>72</sup>

So sehr die Verfügungsmacht über die Produktionsmittel Kriterium des sozialökonomischen Zustands einer Gesellschaft ist und bleibt, so wenig kann die zentrale, alleinige Antwort auf Ausbeutung und Entfremdung darin bestehen,

---

<sup>70</sup> Gerd Bergfleth, Konkursbuch, 1978, Kritik der Emanzipation, S. 18

<sup>71</sup> "...während mit der Aufhebung der Basis, des Privateigentums, milder kommunistischen Regelung der Produktion und der darin liegenden Vernichtung der Fremdheit, mit der sich die Menschen zu ihrem eigenen Produkt verhalten, die Macht des Verhältnisses von Nachfrage und Zufuhr sich in Nichts auflöst, und die Menschen den Austausch, die Produktion, die Weise ihres gegenseitigen Verhaltens wieder in ihre Gewaltbekommen."(Marx/Engels, "Feuerbach", Fischer 1972, S. 100)

<sup>72</sup>Max Horkheimer, Sozialphilosophische Studien, Fischer 1972, S. 128

lediglich die Verstaatlichung dieser Produktionsmittel zu fordern. "Verstaatlichung" hebt eben nicht den Interessenwiderspruch zwischen Produzent\*innen und Besitzer\*innen auf, auch dann nicht, wenn der "neue" Staat ein "vom Proletariat erobertes" sein sollte. Die Geschichte bleibt uns Beispiele für einen solchen positiven Aneignungsprozess schuldig. Sei es, weil die Aneignung des Staatsapparates in direkter Linie zur Etablierung einer neuen Führungsschicht führte, die nichts weniger im Sinn hatte, als ihre neue Position, legitimiert durch den Führungsanspruch der Partei, gegen andere zu verteidigen; sei es, weil die zentralistische Führung des "neuen" Staates am "besten wusste, was gut für die Massen sei", und die kapitalistische Form der Ausbeutung durch die eines "sozialistischen" Staatssystems ersetzte. Die zweifelhafte Logik, dass ein durchs "Proletariat" erobertes Staat mit (verstaatlichten) Ländereien und Fabriken besser und menschlicher umzugehen verstünde, weil nun der Interessenwiderspruch von Besitzer\*innen und Produzent\*innen aufgehoben sei, entpuppte sich als Trugschluss. "Die Aufhebung der Entfremdung zwischen Individuum und Staat hat sich so ausgewirkt, dass der Staat das Individuum geschluckt hat. Der Staat hat die Gesellschaft mit Partei, Bürokratie und Militär so durchgesetzt, dass für das Individuum kein Schlupfloch bleibt. Vor dem Staat gibt es keine Flucht als nur zu ihm, zu ihm aber heißt: zum Gulag."<sup>73</sup>

Marx' Verdienst, mit der Analyse kapitalistischer Ökonomie einen wertvollen Beitrag zum Verständnis von Macht und Herrschaft geleistet zu haben, soll nicht geschmälert werden. Kritisch zu werten sind jedoch die strukturell herrschaftserhaltenden Schlüsse, die er aus seiner Lehre entwickelt und die im Verlauf der Geschichte auch zur Rechtfertigung diverser "notwendiger", autoritärer "Übergangsstadien" erhalten mussten.

"Das Vertrauen in sie (die Marxsche "Religion", d.A.) ist jetzt nicht weniger erschüttert als der Theismus, der einst dem Leben keinen realistischen, sondern transzendenten Sinn verlieh. Nicht nur hat die Prophezeiung vom steigenden Elend sich als falsch erwiesen; insbesondere die vom Reich der Freiheit wie die Lehre insgesamt sind kompromittiert. In den Ländern, die den Marxismus zur offiziellen Doktrin erklärten, funktionierte er, wie einst in ganz Europa das Christentum: als Rationalisierung der Herrschaft, als Instrument von Innen- und Außenpolitik."<sup>74</sup>

Die Protektion des autoritären Musters, das sich für die "Eroberung des Staates" und die Errichtung einer, wenn auch proletarischen, Herrschaft ausspricht, forciert und verteidigt Hierarchie, ermöglicht so die spätere Etablierung autoritär-sozialistischer Staatsmodelle, die in ihrer extremsten Form von Struktur und Hierarchie her faschistoide Züge aufweisen.<sup>75</sup> Zwar wäre es unrichtig, die Herrschaftsstruktur und die Wirkmechanismen des Stalinismus direkt aus der Marxistischen Lehre abzuleiten, aber im genannten Sinne wird - und zwar eben nicht nur durch unterlassene Auseinandersetzung, sondern durch Forcierung der autoritären Struktur - der Etablierung einer zentralistisch-diktatorischen Struktur Vorschub geleistet.

---

<sup>73</sup> Gerd Bergfleth, Konkursbuch, 1978, Kritik der Emanzipation S. 19 (Gulag: Straflager der UDSSR)

<sup>74</sup> Max Horkheimer, Sozialphilosophische Studien, Fischer 1972, S. 128

<sup>75</sup> Ich benutze bewusst faschistoid und nicht faschistisch, um eine Gleichsetzung zu vermeiden.



## **Emanzipation im libertären Sinne**

Emanzipationsmodelle, die das Individuum aus den Zwängen der privatkapitalistischen Gesellschaftsstruktur zu befreien suchen, verkehren sich ins Gegenteil, wenn das Subjekt der Auseinandersetzung, der vereinzelt Mensch, zwar ins "Klassengesellschaftlich-soziale zurückgeführt", aber im nächsten Schritt in den Götzendienst der Arbeit und des Fortschritts und in die Zwangkollektivität des "revolutionären Staates" gepresst wird. Die bürgerliche Scheinindividualität, die zur Vereinzelung und zur Konkurrenz aller gegen alle führt, entspricht genauso wenig dem Ideal emanzipativer Begrifflichkeit wie die Glorifizierung der Masse, die den oder die Einzelne dazu verdammt, den Wert ihrer Existenz nur aus der persönlichen Nützlichkeit gegenüber der Gesellschaft abzuleiten. Zumal in autoritären "Revolutionsmodellen" oft genug Gesellschaft und Staat eine Gleichsetzung erfahren, die nichts weniger will als die Infragestellung des neuen Staates, der sich so als "Autoritäres Kontinuum" aus der "alten" in die "neue" Gesellschaft fortpflanzt. Das Denken, Fühlen und Handeln der Menschen, das diese "Kontinuität der Autorität" transportiert und somit etwaige revolutionäre Zustände in neue Diktaturen zu verwandeln vermag, erfährt durch hierarchische Handlungskonzepte niemals die notwendigen Brüche.

Es geht darum, nicht nur "die Emanzipation von ...", sondern ebenso die "Emanzipation zu ..." einer herrschaftskritischen Wertung zu unterziehen.

Emanzipative Prozesse im libertären Sinne zeichnen sich gerade durch Infragestellungen aus, die nicht nur eine Umstrukturierung von Herrschaft beabsichtigen, sondern die in der Lage sind, das Wesen der Herrschaftsstrukturen selbst anzuzweifeln. Dieser oft schwierige Schritt des Zweifels bedarf eines über den Ist-Zustand der Gesellschaft hinausreichenden Maßstabs, der die Menschen in die Lage versetzt, sich gedanklich über die Ebenen und Grenzen der vorgefundenen Gegebenheiten hinwegzusetzen.

Klarer wird die Schwierigkeit, emanzipative Prozesse zu definieren, wenn es darum geht, nicht nur die Auseinandersetzung mit dem Ist-Zustand zu beschreiben, sondern vielmehr eine Zielbestimmung vorzunehmen, die quasi eine gedankliche Vorwegnahme des angestrebten gesellschaftlich-sozialen Zustands beschreibt. Die Frage: "Nicht nur wogegen, sondern wofür setzen wir uns ein?" ist explosiv, wenn sie echte Grenzüberschreitung meint, und nicht ein "Weitermarschieren auf altem Weg, unter lediglicher Auswechslung des Kapellmeisters oder der Melodie". Dieses "Denken einer Utopie", die ja, zumindest laut Lexikon, als "unerfüllbar, unwirklich und wirklichkeitsfremd" definiert ist, ist elementarer Bestandteil eines emanzipativen Prozesses, da er letztlich die faktische Bedingung für die mögliche, vorerst gedankliche, Überschreitung der realen Gegebenheiten darstellt. Die Diskriminierung eines Ziels als utopisch, von wem auch immer, sollte misstrauisch machen, die damit verbundene "Schere im Kopf" kommt einem selbst auferlegten Denkverbot gleich, das eine Auseinandersetzung mit Gegebenem immer wieder auf die alten Werte und Maßstäbe, auf die alten Lösungswege zurückwirft. Hiermit ist nicht gemeint, dass nicht auch die berühmt berüchtigten "immanenten Lösungen" wichtige und richtige Schritte in einem emanzipativen Prozess sein könnten. Aber schon die Urteilsfähigkeit, sie als immanent und nicht den eigentlichen gesellschaftlichen Rahmen in Frage stellend zu erkennen, setzt die Kenntnis einer

weiteren Dimension voraus. Die gedankliche Reichweite bemisst sich am "Undenkbaren" und nicht am Existierenden. Dass natürlich die Spannweite menschlichen Denkens nicht das "Undenkbare" einschließt, aber immerhin an dieses grenzt, lässt hoffen, zumal die Grenzen nicht statisch, sondern durchaus ausdehnbar erscheinen. Oder, etwas weniger paradox: die Angst vor Utopien forciert gedankliche Einengung, reduziert die Dimension des Denkens auf Bekanntes, steht letztlich für rigide Engstirnigkeit.

Wie schwierig es ist, die Dimension des gesellschaftlichen Ist-Zustandes zu verlassen und de facto grenzüberschreitend utopische Ziele zu formulieren, zeigen antagonistisch zur herrschenden Ordnung abgeleitete Forderungen, die scheinbar Gegensätzliches beschreiben, ohne jedoch letztlich die bekannte Struktur und Funktionsregularien des Systems zu verlassen. Am Beispiel des Begriffs der Selbstbestimmung wird deutlich, wie schnell auch "Utopisches" und "Revolutionäres" von der Flexibilität der Herrschaftsstruktur eingeholt und neu verfügbar gemacht wird.

Der Begriff der "Selbstbestimmung" dient nicht nur in der Auseinandersetzung mit den klassisch hierarchischen, "fremdbestimmten" Regularien von Herrschaft zur Zielbestimmung unserer emanzipativen Ansätze. Auch unter den veränderten Herrschaftsbedingungen eines modernen Staates wird er, meist wenig hinterfragt, als eines der Idealziele emanzipativer Bewegung definiert.

"Das Ideal einer vollständigen menschlichen Emanzipation richtet sich gegen jegliche Fremdbestimmung und strebt Lebensumstände an, in denen sich die Menschen selbst bestimmen. Dazu sind sie aber nur in der Lage, wenn sie ihre Lebensumstände auch kontrollieren können, sie müssen die politischen Entscheidungen und Institutionen beeinflussen, korrigieren und verändern können, mit denen sie leben. Dies gilt auch für den Arbeitsbereich, für die Dinge, die produziert werden und ebenso für den "privaten" Bereich."<sup>76</sup> Hieran ist vieles, gerade im Kontext des Vorgenannten, richtig. So positiv der Begriff der Selbstbestimmung in der Abgrenzung zur Fremdbestimmung wirkt, entbindet er nicht von kritischer und genauer Betrachtung, die sich vor allem aus der Wesensnähe von Selbstbestimmung und Selbstbeherrschung ergibt. Die Infragestellung und die Kritik an den Rahmenbedingungen von Macht und Herrschaft müssen sich ebenso auf die innere Struktur des jeweiligen Menschen erstrecken. Selbstbestimmung steht deshalb, bei kritischer Betrachtung, durchaus ambivalent der Fremdbestimmung gegenüber, steht so nicht nur für die angestrebte souveräne Entscheidungspotenz, sondern ebenso für eine Ebene von Selbstkontrolle, Selbstbeherrschung und freiwilligem Gehorsam, die unter dem Aspekt emanzipativer Kriterien, nicht nur als ein der Entmündigung gegenläufiges Moment angesehen werden kann.

Selbstbestimmung vermag so, im Zusammenhang mit "modernen" Herrschaftsstrukturen, die weniger plump hierarchisch als vielmehr "demokratisch-flächig" und scheinbar egalitär zirkulierend funktionieren und dadurch auf subtilere Weise entmündigen, als inneres Pendant und Fortsetzung der von außen einwirkenden Mechanismen wirken.

---

<sup>76</sup> Rolf Cantzen, Weniger Staat - mehr Gesellschaft, Trotzdem Verlag 1997, S.

Die Systeme flächiger Herrschaftsstruktur, die weniger hierarchisch auf, sondern durch den Menschen hindurch wirken, entmündigen durch Integration und durch einbindende "Teilkompetenz". Hervorstechendes Merkmal dieser Systeme ist also nicht, wie in der Ordnung klassischer Hierarchie, die Fremdbestimmung, sondern die Herstellung von gemeinsamen Interessensebenen, die jeder und jedem das Gefühl zu vermitteln suchen, Teil eines gemeinsamen Ganzen zu sein. Innerhalb eines Staates, der seinen Bürger\*innen nicht mehr vordergründig autoritär entgegentritt, sondern sie zu "mündigen" Bürger\*innen erklärt, um sie zu kooperativen Teilen des Machtsystems zu formen, wird der Begriff der "Selbstbestimmung" zur positiv besetzten Größe. In dieser integrativen und permissiven Herrschaftsform wird dadurch die vormals revolutionäre Maxime der Selbstbestimmung zur fast kuriosen Forderung, da sie nicht mehr konträr, sondern "im Sinne" einer Herrschaftsstruktur steht, die sich ja gerade auch "Selbstbestimmung" als Wesensmerkmal auf die Fahnen geschrieben hat. Der Begriff der Selbstbestimmung ist deshalb immer in seiner Ambivalenz als emanzipatives Element "souveräner" Entscheidung und anpassendem Selbstkontrollmechanismus zu werten, die sich aus dem Kontext der herrschenden Wirkmechanismen ergibt. Das Beispiel der "Selbstbestimmung" zeigt deutlich das besonders innerhalb "moderner" permissiver Herrschaftsformen hervortretende Moment bei der Umsetzung emanzipativer Schritte – alles, was der Entwicklung des einzelnen Menschen dient, kann in seiner Ambivalenz zur Stützung des Systems benutzt werden. Diese Problematik erstreckt sich natürlicherweise auf alle emanzipativen Ansätze und ergibt sich grundsätzlich aus der Dynamik und dem Wesen der Emanzipation selbst. Emanzipation, die sich aus einem Bezugssystem von Macht und Herrschaft heraus entwickelt, gebiert eine schrittweise oder fließende, mehr oder weniger veränderte eigene Dynamik und Wertigkeit gegen oder mit dem alten System, ist aber nie davor sicher, auf diesem Weg steckenzubleiben und so - auch bei ursprünglich weit gesteckten Zielen - nur zum besseren Funktionieren des alten Systems beizutragen. Emanzipation beschreibt letztlich den Aneignungsvorgang von gesellschaftlicher Macht. Ob diese abweichend von den jeweiligen Herrschaftsmechanismen weiter emanzipativ wirksam oder zum Teil eines gesellschaftlich-staatlichen Funktionierens wird, ist nicht nur von der Integrationskraft des Systems abhängig. In der Konfrontation emanzipativer Prozesse mit moderner Staatlichkeit wird das Wissen um die Flexibilität des Systems und dessen Bedarf an gesellschaftlicher Auffrischung durch reintegrierte Abweichung zum entscheidenden Auseinandersetzungspunkt. Emanzipation in unserem Verständnis strebt eine Form der Mündigkeit und Selbstständigkeit an, die immer wieder aufs Neue die gesetzten Grenzen anzweifelt, die letztlich in der Auseinandersetzung, Überprüfung, und auch in der Überschreitung des "Gegebenen" ihre eigenen Maßstäbe zu entwickeln vermag. Sie beschreibt in diesem Sinne einen dynamischen Prozess des Lernens, des Entwickelns eigener Stärke und Widerstände, der nicht in der banal selbstaufgewertenden Position endet, sondern der in der Lage ist, auch gerade diesen Prozess der Aufwertung (der unter Umständen andere entwertet) in Frage zu stellen.

Emanzipation unter anarchistischer Vorstellung steht für den Versuch der Annäherung an eine herrschaftsfreie Gesellschaft. Dieser Prozess ist abhängig von den jeweiligen gesellschaftlichen Bedingungen und somit nicht linear und starr, sondern auch mit dem Wesen von "Versuch und Irrtum" behaftet. Nicht zuletzt die

immer wieder neu entstehende Schwierigkeit, mit eigener, während emanzipativer Schritte entstehender Macht und Stärke umzugehen, macht das Bemühen um herrschaftsfreien Umgang und das Streben nach einer Gesellschaft ohne Staat zu einer nicht endenden Auseinandersetzung.

Ideen, Konzepte, Handlungen, Kognitionen, Gefühle entstehen nicht im luftleeren Raum - sie entstehen zwangsläufig aus und innerhalb der gewachsenen alten Macht und Herrschaftskonzeption. Emanzipation bedeutet die Überwindung der jeweiligen Konzepte über den Status idem hinaus. Emanzipation ist also ausgehend vom Subjekt beziehungsweise dem oder der Träger\*in der jeweiligen Situation und von der jeweiligen Dynamik aus zu werten. Dynamik steht hierbei nicht nur für die jeweilige Qualität der Grenzüberschreitung, sondern ebenso für die Geschwindigkeit des Prozesses. Emanzipative Dynamik entsteht also immer auf der Grundlage des Status quo ante, führt jedoch in den Bereich neuer Erfahrungen und Wechselwirkungen hinein. Emanzipation ist somit jeweils abhängig von Person und Zeit, von Ausgangssituation und Rahmenbedingungen zu beurteilen - inklusive der Tatsache, dass der oder die Betrachter\*in in der Bewertung des entsprechenden Emanzipationsprozesses ebenso Gefangene\*r seiner oder ihrer Rahmenbedingungen ist. Emanzipation als Auseinandersetzung mit oder Überwindung von Macht und Herrschaftsbedingungen und -mechanismen ist primär ein individueller Prozess, womit nicht gesagt sein soll, dass dieser losgelöst von Gruppen und "Bewegungen" als eine auf die einzelne Persönlichkeit reduzierte Entwicklung betrachtet werden sollte. Vielmehr ergibt sich aus dem Vorgenannten, dass Akte der Befreiung von Herrschaft und Erfahrung von Freiheit von der Umgebungssituation zwingend abhängig sind. Ebenen individueller Emanzipation sind natürlich ohne die Umgebung einer ("politischen") Gruppe oder Organisation möglich, können aber durch eine solche gefördert und dynamisiert, ebenso jedoch auch völlig ausgebremst und zurückgeworfen werden. Von der "Emanzipation", geschweige denn der Befreiung einer Gruppe zu sprechen ist damit solange unsinnig, solange nicht die individuelle Erfahrung von Emanzipation auch innerhalb einer Gruppendynamik spürbar wird. Oder, schärfer formuliert: Befreiung muss auch heißen, sich von der Gruppe befreien zu können.

### **III. Zur Bedingung Emanzipativer Prozesse**

"Aber er hat ja nichts an!" sagte endlich ein kleines Kind. "Herrgott, hört des Unschuldigen Stimme!" sagte der Vater; und der eine zischelte dem anderen zu, was das Kind gesagt hatte. "Aber er hat ja gar nichts an!" rief zuletzt das ganze Volk..." Des Kaisers neue Kleider, Märchen von Andersen

### **Zirkulation und Abweichung**

Die Erkenntnis, dass Macht in ihrer Wirkung innerhalb unserer Gesellschaft nicht linear, nicht nur vertikal und hierarchisch verläuft, sondern auch horizontal

wirksam ist, eben im Foucault'schen Sinne "die Menschen in ihren Maschen zirkulieren lässt", zeigt nicht nur den Anachronismus der ausschließlich repressionsorientierten Herrschaftsanalytik auf, sondern weist auch jedem Menschen ein bestimmtes Quantum an Macht zu. Gemeint ist eben nicht das ausschließlich passive Unterworfen- und Ausgeliefertsein unter anonyme Machtprozesse, sondern das aktive und produktive Funktionieren innerhalb derselben. Die damit verbundene Aufwertung vom "Objekt" innerhalb der eingesetzten Herrschaftsstrategien hin zum Subjekt der gesellschaftlichen Prozesse lässt nicht nur das Gegenwartsindividuum seine "Unschuld" als reines Opfer der Verhältnisse verlieren, sondern postuliert somit eben auch die Möglichkeit der aktiven Einflussnahme.

Auch wenn diese "Einflussnahme" sich meist auf die Reproduktion von Herrschaftsverhalten und Weitergabe von Herrschaftswissen beschränkt, ist ihr Ursprung nicht ein durch Entmündigung gleichsam vollnivelliertes, schier entpersonalisiertes Wesen, sondern ein Mensch, dessen Fähigkeiten, Ressourcen und Bedürfnisse auch in der Lage sind, das Regelwerk systematischer normativer Erfüllung zu verlassen.

Dies ist gewünscht und dienlich (siehe Teil I). Abweichung von der Regel ist das "Salz in der Suppe" einer modernen Herrschaftsstruktur, ist die Grundlage dafür, sich auf neue (zum Beispiel ökonomische) Bedingungen einstellen und reagieren zu können. Unbeweglichkeit und Starrheit haben sich gegenüber flexiblem Umgang mit Irritationen als die untauglicheren Mittel erwiesen. Es gilt somit, nicht nur den Fortbestand der Ordnung zu garantieren, sondern auch die kreative Potenz der Abweichung für sich zu sichern.

Unter welchen Umständen sich die Aktivitäten konform (im Regelfall) und unter welchen sie sich dissonant verhalten, ist von vielen Faktoren abhängig; es ist jedoch stets Ergebnis eines spezifischen Prozesses, sowohl einer objekthaften Ein- und Zuordnung, einer Funktionszuweisung durch das System, als auch der spezifischen Reaktion des Individuums als subjektive/r Trägerin von Bedürfnissen und Fähigkeiten, auch wenn diese wiederum interaktiv von außen erzeugt oder geweckt wurden.

Die "Bemächtigung" des Menschen durch das System ist also durchaus in doppelter Weise zu verstehen: Einerseits im repressiv anpassenden, andererseits im ausstattenden, produktiven Sinne.

"Die Diversifizierung und Verallgemeinerung von Macht in die Gesellschaft hinein heißt aber nicht, dass sie sich zufällig verteilt. Vielmehr bilden sich auch beständige Asymmetrien heraus, die sich zu Dominanzen verdichten. Denn Macht wird nach Norbert Elias (N.Elias, Etablierte und Außenseiter, FfM, 1986) dann zur Dominanz, wenn sich viele Machtquellen vernetzen und damit ein Anspruch auf soziale Unterscheidung und Überlegenheit durchgesetzt wird. Die Kohäsion, der Zusammenhalt der in diesem Netzwerk Privilegierten, lässt sie möglichst alle Zugänge zu den Ressourcen für die Außenstehenden verschließen, was eben nicht unbedingt primär mittels persönlichem, bewusstem und absichtlichem Ausschluss geschieht, sondern vor allem auch durch Strukturen, die eine stabile Asymmetrie in der Verteilung von sozialen Positionen, das heißt von politischem und kulturellem Einfluss gewährleisten. Diese Ungleichheit äußert sich sowohl in dem unterschiedlichen Zugang zu Ressourcen als auch in der unterschiedlichen Repräsentanz und Partizipation in der Gesellschaft, was sich über ungleiche Chancen im Bildungssystem, im Gesundheitswesen, auf dem Wohnungsmarkt und

über soziale Beziehungen vermittelt, die bestimmte Gruppen von Menschen tendenziell ausschließen."<sup>77</sup>

Die Verteilung der Macht, die zwar niemanden auslöst, aber deshalb noch lange nicht egalitär verläuft, schafft Unterschiedlichkeiten, die sich dann zu Herrschaftsverhältnissen stabilisieren, wenn ein Wechsel der Positionen nicht mehr möglich ist - oder direkt verhindert wird. Herrschaft ist in diesem Sinne, trotz der Fähigkeit, flexibel und integrativ zu wirken, als eine Form der Macht zu betrachten, die von der Tendenz her zu kristallisieren bestrebt ist. Herrschaft hat somit das Bestreben, Machtbeziehungen einzufrieren - im Gegensatz zu emanzipativer (Gegen-)Macht, die das Bestreben hat, zu fluktuieren und kristalline Strukturen zu liquidieren sucht.

"Wenn einem Individuum oder einer gesellschaftlichen Gruppe gelingt, ein Feld von Machtbeziehungen zu blockieren, sie unbeweglich und starr zu machen und - mit Mitteln, die sowohl ökonomisch als auch politisch oder militärisch sein können - jede Umkehrbarkeit der Bewegung zu verhindern, dann steht man vor dem, was man einen Herrschaftszustand nennen kann."<sup>78</sup>

Die Mobilisierung persönlicher Ressourcen zur Auflösung verfestigter Machtverhältnisse setzt ein persönliches Interesse an einem solchen Prozess voraus. Was lapidar klingt, ist elementare Grundbedingung eines jeden noch so partiellen emanzipativen Ansatzes. Warum sollte jemand einen gewohnten Regelkreis verlassen, wenn dieser weitestgehend in der Lage ist, die Bedürfnisse (die ja zum großen Teil innerhalb des Regelwerks erzeugt werden) zu befriedigen. Gerade die Möglichkeiten der Teilnahme an der Macht, und an den Privilegien einer Mitteleuropäischen "Konsum-Kultur", lassen die meisten Menschen eher ihr Heil in der Anpassung an die Erfordernisse des Mainstreams suchen und nicht in der Abkehr, im Ausscheren in kritischer Distanz, geschweige denn in der Revolte. Jedes Herrschaftssystem ist also gut beraten, innerhalb seines Einflussbereiches nur solche Bedürfnisse zuzulassen, zu deren Befriedigung es in der Lage ist - ja, perfider noch - Bedürfnisse zu erwecken, zu deren Befriedigung es unabdingbar erscheint, die "Spielregeln" des Systems exakt einzuhalten.

Ein System, das Bedürfnisse weckt und gleichzeitig den Individuen die Ressourcen und die Macht in die Hand gibt, in scheinbar freier Selbstbestimmung zur Befriedigung dieser Bedürfnisse agieren zu können, bindet nicht nur den betreffenden Menschen ein, sondern verleiht ihm oder ihr überdies noch das Gefühl selbstbestimmten Handelns und Denkens ("Jeder ist seines Glückes Schmied").

"Wir können wahre und falsche Bedürfnisse unterscheiden. Falsch sind diejenigen, die dem Individuum durch partikuläre gesellschaftliche Mächte, die an seiner Unterdrückung interessiert sind, auferlegt werden: diejenigen Bedürfnisse, die harte Arbeit, Aggressivität, Elend und Ungerechtigkeit verewigen. Ihre Befriedigung mag für das Individuum höchst erfreulich sein, aber dieses Glück ist kein Zustand, der aufrechterhalten und geschützt werden muss, wenn es dazu dient, die Entwicklung derjenigen Fähigkeit (seine eigene und die anderer) zu hemmen,

---

<sup>77</sup> Birgit Rommelspacher, Dominanzkultur, Orlanda, 1995, S. ? ( Anmerkung des Verfassers: B. Rommelspacher unterscheidet begrifflich Herrschaft von Dominanz, indem sie Herrschaft als auf Repression gegründetes-Dominanz jedoch, als auf Zustimmung und internalisierte Normen gestütztes Verhältnis definiert. Ich verwende weiter die Bezeichnung "klassische" und "moderne" Herrschaftsmechanismen, im gleichen Sinne.)

<sup>78</sup> M. Foucault, Freiheit und Selbstsorge, Materialis MP 30, 1985, S. 11

die Krankheit des Ganzen zu erkennen und die Chancen zu ergreifen, diese Krankheit zu heilen. Das Ergebnis ist dann Euphorie im Unglück." (H. Marcuse)<sup>79</sup> Es wäre ein Irrtum, anzunehmen, dass zum Beispiel in zentral-europäischen Systemen neben den "falschen" Bedürfnissen nicht auch richtige (Grundbedürfnisse) befriedigt würden. Die Differenzierungshöhe liegt jedoch in der Regel beim System - der einzelne Mensch hat kaum die Möglichkeit, aus der Zirkulation und Eingebundenheit hervorzutreten und zwischen künstlichen und Grundbedürfnissen zu unterscheiden. Auch kann die Befriedigung der Grundbedürfnisse (hier) als ein Privileg betrachtet werden, welches an den Grenzen der EU endet und das entsprechend gegen Außenstehende verteidigt wird, obwohl es gerade die Universalität ist, die Grundbedürfnisse definiert und die Befriedigung derselben allen Menschen zugestehen muss (sei es die Stillung von Hunger oder Wohnraum, um nur zwei zu nennen). Das Wecken von Bedürfnissen und die Möglichkeiten ihrer Befriedigung sind Regulative der Einbindung und Ausgrenzung, schaffen Privilegien und das Bestreben, diese zu erhalten, sind aber ebenso im Umkehrschluss möglicher Ausgangspunkt des Aufbegehrens gegen diejenigen, die die Befriedigung versagen. "Bedürfnisse sind auch aus der Perspektive der Macht zwiespältig, ihrer Ausbreitung und Vervollkommnung förderlich, aber gleichzeitig eine gefährliche Keimzelle der Rebellion gegen Unterdrückung. Die Macht muss das waghalsige Kunststück riskieren, die Begehrlichkeit gleichzeitig zu reizen und mit äußerster Wachsamkeit im Zaum zu halten."<sup>80</sup> Bedürfnisse können sich somit in ihrer Ambivalenz sowohl herrschaftsstabilisierend als auch gefährdend auswirken, können unter bestimmten Umständen zum Ausgangspunkt eines emanzipativen Prozesses werden. Auf die oder den Einzelne\*n bezogen, ist die erste Bedingung für Abweichung im Sinne einer Loslösung von der Regel oder Norm das Entstehen einer inneren Divergenz - zwischen einer "subjektiven Ich-Instanz" und einem System, das nicht in der Lage oder willens ist, Bedürfnisse innerhalb seines Regelwerks der "objektiven Normierung" zu befriedigen. Bezüglich eines "Privilegien-Systems" hat jedoch ein etwaiges Aufbrechen an der Oberfläche von ansonsten tiefgreifenden Übereinstimmungen noch keine moralische oder ethische Qualität, die sich von der der Norm wesentlich unterscheidet. Unmut in der Bevölkerung über sozial-ökonomische Verschärfungen ist in diesem Sinne beileibe kein Grund, automatisch in "sozial-revolutionäres Frohlocken" auszubrechen. Verärgerung über die potentielle Gefährdung der Privilegien schafft möglicherweise eine gewisse Divergenz, die sich jedoch als emanzipierendes Moment oft schnell erschöpft, namentlich dann, wenn die Infragestellung der restlichen Privilegien droht. Konkret heißt dies, dass zum Beispiel der Arbeitskampf innerhalb Deutschlands immer auch Besitzstandswahrung bedeutet, die in nationalen Werten "denkt" und sich im schlimmsten Fall einen Dreck darum schert, dass die für sich in Anspruch genommene Befriedigung der Bedürfnisse, auf den internationalen Rahmen übertragen, völlig andere Konsequenzen erfordern könnte. Die emanzipative Potenz einer "inneren Abweichung" beziehungsweise "Interessensdivergenz" gegenüber dem System ist immer von der jeweiligen Position des Subjektes

<sup>79</sup> H. Marcuse, Der eindimensionale Mensch, Neuwied/Berlin, 1968, S.25, zit. n. M. Gronemeyer, Die Macht der Bedürfnisse, Rowohlt Reinbeck 1988, S.22

<sup>80</sup> M. Gronemeyer, Ebd.

innerhalb einer Herrschaftsbeziehung abhängig. Interessensdivergenz hat innerhalb einer Privilegiengesellschaft wie der unseren eine andere Bedeutung und Auswirkung als in Systemen "klassischer Hierarchie".

Jede Phase eines emanzipativen Prozesses - sei es die erste, die der partiellen Distanz gegenüber dem System, oder die zweite, die eine graduelle Verselbstständigung und Eigendynamik charakterisiert - bestimmt sich zu jeder Zeit aus der Wechselbeziehung der persönlichen Position des Subjekts (Geschlecht, Hautfarbe, Klasse etc.), der daraus erwachsenden Motivation (mentale Verfassung, Mut, Angst, etc.) und den objektiven Bedingungen des (Herrschafts-)Systems, seiner Flexibilität und Integrationsfähigkeit ebenso wie die Möglichkeit der Ausgrenzung, des Verschlusses und der Zerstörung.

Die Beurteilung gesellschaftlicher Zustände in Bezug auf die Möglichkeit emanzipativer Prozesse bedarf also, soll sie sich auf die vorab beschriebene Feststellung beziehen, nicht nur der Klärung aktueller Herrschaftsmethodik und der entsprechenden quantitativen und qualitativen Verteilung von Macht (einschließlich der Gegenmacht), sondern vor allem auch die Bedeutung einer Resistenz gegenüber Integrationsmechanismen.

### **Mikro-/Makrostrukturen, Individualdynamik, "Erlernen sozial-kritischer Kompetenz"**

Es stellt sich die Frage, wie sowohl im individuellen als auch im kollektiven Bereich Bedingungen gefördert werden können, die etwaige Ansätze emanzipativer Dynamik fördern, stabilisieren und gegen etwaige integrative Momente resistent machen? Die Antwort hierauf ist nicht nur in einer analytisch-kritischen Haltung gegenüber den Makrostrukturen des Systems und den ihr eigenen reintegrierenden Mechanismen zu suchen. Am Beispiel des Flughafenausbaus Frankfurt wird zwar auch in diesem (Kon-)Text beschrieben, wie notwendig es ist, zum Beispiel "modernem" Konflikt- und Akzeptanzmanagement zu begegnen. Aber die Auseinandersetzung im makrostrukturellen Bereich (zum Beispiel die Konfliktebene zwischen Bürgerinitiativen und Landesregierung) ist auf Dauer nur dann effizient, wenn die Binnenstruktur der Gruppen und auch das Verhalten einzelner Menschen herrschaftskritisch und emanzipationsfördernd ausgerichtet ist. Dient im Falle einer sozialen Bewegung staatliches Konfliktmanagement und parlamentarische Integrationskraft (Bsp. Ökologiebewegung/Grüne) zur Rückführung der entsprechenden Abweichung in die Steuerbarkeit, so sind es im Falle der einzelnen (oder der vereinzelt) Persönlichkeit meist individualpsychologische Hemmnisse, die die Entstehung einer dauerhaften, emanzipativen Abweichung verhindern.

Der erste Schritt stellt sich hierbei als der schwierigste dar: Wir leben in einem System, das den Menschen über die Einbindung in den sozialen Mainstream Halt, Sicherheit und soziale Gemeinsamkeit schafft, und das im Umkehrschluss Angst und Unsicherheit erzeugt, sobald die staatlichen sozialen Sicherungen zu versagen drohen. Am Beispiel der aktuellen Situation, die wesentlich durch ökonomische Verschärfung bestimmt wird, in deren Folge staatliche Sicherungssysteme



ausgedünnt werden beziehungsweise zu dekompensieren drohen, zeigt sich deshalb im Allgemeinen nicht etwa die Entstehung breiten Unmuts, geschweige denn das Entstehen einer breiten sozialkritischen Bewegung. Vielmehr werden die Ängste individuell verarbeitet, die Schuld am Versagen wird weniger beim System als vielmehr bei sich selbst gesucht. Oder, schlimmer noch, die Angst, selbst aus der Mitte der Gesellschaft an den Rand gedrängt zu werden, erzeugt jene üblen Abwehrreaktionen auf andere, die als Minderheiten zu Störenfriedern des sozialen Friedens erklärt werden. Fremde, Sozialhilfeempfangende, Wohnungslose und Menschen mit Behinderung werden weniger denn je als Menschen wahrgenommen, denen solidarisch zu begegnen ist, sondern sie dienen zunehmend als Ventil der Wut für diejenigen, die nicht gelernt haben, sich emanzipativ gegen die eigentlichen Ursachen der Misere zustellen.

Wenn eine Abweichung gesellschaftlicher Realität in Bezug auf die Wünsche, Bedürfnisse und Ansprüche von Menschen nicht dazu führt, dass diese sich kritisch gegenüber dieser Realität zu verhalten, sondern Überanpassung zur Folge hat, kommt es schon im Ansatz zum Scheitern eines emanzipativen Prozesses. Nicht viel anders verhält es sich, wenn die Problemlösung an andere delegiert wird und diese stellvertretend die Verantwortung gesellschaftlichen Agierens übernehmen. Psycho-dynamisch und unter dem Kriterium, dass emanzipative Schritte Teil eines Lern- und Erfahrungsprozesses sind, ist es in diesem Sinne sekundär, ob die Delegation eigener Interessen an einen "starken Mann" oder an eine Gruppe oder Partei erfolgt - in allen Fällen wird eine eigenverantwortliche Handlung vermieden.<sup>81</sup> Eine weitere Möglichkeit, die Herausforderung eigener Lernprozesse und einer selbstbestimmten Auseinandersetzung zu umgehen, ist die Flucht ins Metaphysisch-esoterische, die dazu führt, dass nicht nur die Bedürfnis- und Anspruchsebenen verändert werden, sondern ebenso der Blick auf gesellschaftliche Realität mit religiösem Schleier verdunkelt wird (klar ist, dass diese Beispiele weder Anspruch auf Vollständigkeit haben und dass Mischformen möglich sind: zum Beispiel: Der in die scheinbare "Sicherheitsstruktur" einer Sekte Flüchtende verkleistert sich esoterisch das Gehirn und huldigt gleichzeitig auch dem entsprechenden Guru). In allen Fällen geht es um die Vermeidung eigener Auseinandersetzung, zeigt sich ein Zurückweichen vor der Möglichkeit einer Erfahrung von Freiheit (Freiheit zu spüren). Alle angesprochenen Ausweichmanöver, die Abwehrreaktion, der Ruf nach dem "starken Mann", die Interessensdelegation und die Flucht ins Esoterische, sind in diesem Sinne

---

<sup>81</sup> Die auf diesen Zusammenhang bezogene, von uns ausgehende Warnung vor der Gründung einer Partei und dem Beschreiten des parlamentarischen Weges, hat am Beispiel der Grünen eine Bestätigung gefunden, die dazu führte dass inzwischen fast alle, die noch an den parlamentarischen Arm einer sozialen Bewegung glaubten, die Partei wieder verlassen haben. Adaptierungsprozesse an die Erfordernisse der machtpolitisch ausgerichteten Realpolitik haben in wenigen Jahren aus einer Partei, die ihre Wurzeln in einer Oppositionellen Protestbewegung hatte, eine handzahme Stütze der SPD gemacht. Ein Ende des Anpassungsprozesses ist noch nicht absehbar. Leider hat die Partei nicht nur aktive Parteimitglieder innerhalb ihrer Organisation verwurstet, sondern sie erfüllt ihren Zweck als Hoffnungsträger für die Wählerschaft noch immer. Auch wenn Klarsichtigere allmählich dahinterkommen, daß die Grünen schon längst in die Reihe der "Übel" eingegangen sind - wenn auch für manche als "kleinstes"...

Ausdruck regressiven Verhaltens. Die "Furcht vor der Freiheit"<sup>82</sup> einerseits und das Bedürfnis, sich in bekannte (aber letztlich entmündigende) Sicherheitsstrukturen zu begeben (sprich zu regredieren) andererseits hat in Konfliktsituationen sowohl seine Massen- als auch seine individualpsychologische Komponente. Die Angst, gerade in einer Situation der Isolation, Entwurzelung oder drohenden Verelendung erste Schritte in unbekanntes Terrain machen zu müssen, ist eine Hemmschwelle ersten Grades - die kaum überwindbar erscheint, wenn nicht eine sozial stützende Komponente zur Verfügung steht.

Libertäres gesellschaftliches Agieren, das das Ziel verfolgt, emanzipative Wirkung zu erzielen, kommt nicht umhin, die geschilderten Phänomene als Herausforderung zu begreifen. Die kritische Beleuchtung eigener Strategie zeigt oft erhebliche Mängel im Bereich des sensiblen Umgangs mit dem Gegenüber. Die eigenen Angebote in der Auseinandersetzung mit anderen überschreiten meist kaum die Ebenen der Problemwahrnehmung, das heißt, die Information oder Aktion verweist auf ein gesellschaftliches Problem, ohne jedoch mehr als die Qualitätsmarge des Appells zu überschreiten. Nachvollziehbare praktische Handlungsansätze und Angebote, die auf nicht überforderndem Niveau einen Einstieg in eine konkrete Erfahrungsebene bieten könnten, fehlen oft.

Auch wenn die Problemerkennung und der Bezug zur eigenen Person der erste Schritt in der Dynamik eines Auseinandersetzungsprozesses ist, so zeigt sich schon in der meist negativ abgrenzenden Definition (Anti-AKW, antirassistisch,...) ein Mangel in unserem Vorgehen. Eine negativ bestimmte "Agitation", oft gekoppelt an Angst und Unsicherheit vor einem bestimmten gesellschaftlichen Problem, ist weitaus weniger motivierend als eine auch an positiv ausgerichtete Ziele angelehnte Argumentation. Bekannterweise ist das Agieren auf der Angstebene, zum Beispiel der Bedrohung durch Atomkraftwerke, weniger wirkungsvoll, als wenn nachvollziehbare Alternativen in die Auseinandersetzung eingebracht werden. Dieses Phänomen gilt jedoch nicht nur für die Umweltproblematik, sondern generell. Das psychologisch wirksame Moment der positiven Motivation lässt sich politisch mit der Problematik des "Freiheit von..." und dem weiterführenden "Freiheit zu..." benennen. Die Benennung einer Utopie, womit nicht billige gesellschaftliche Problemlösungsrezepte gemeint sind, besitzt nicht nur eine angstmindernde Komponente, sondern setzt ebenso moralisch-ethische Maßstäbe, die in ihrer Radikalität einer möglichen späteren Reintegration zuwiderlaufen können. Konkret heißt dies am Beispiel rassistischer Flüchtlingspolitik, dass unsere Argumentation sich nicht nur in der Darstellung des Problems erschöpft, sondern eine Auseinandersetzung forciert wird, deren Anspruch sich nicht mit Einwanderungsgesetzen zufrieden gibt, wie sie von grünen Politiker\*innen gefordert werden.<sup>83</sup> Diesen entgegen ist eine Auseinandersetzung zu fordern, die sich am Wert des Menschen per se, jenseits seines Geschlechts, seiner Arbeitskraft, Nationalität und Hautfarbe, orientiert.

Ebenso wichtig wie die Nennung positiv motivierender Utopie ist das Angebot einer Hilfestellung auf der Ebene des eigenen Agierens. Die Überwindung der vorab beschriebenen Angst, "selbst einen Schritt in Richtung einer Veränderung zu

---

<sup>82</sup> Erich Fromm, "Die Furcht vor Freiheit", dtv 1990, Titel

<sup>83</sup> Cohn-Bendit (früherer Libertärer, dann adaptiert zum Grünen Europa Abgeordneten) forderte schon 1991 die Etablierung einer Einwanderungsbehörde, die Bedarfszahlen zusammen mit den Arbeitsämtern festlegt.

tun", ist stark von der Existenz eines stützenden sozialen Netzwerkes beeinflusst. Der Vereinzelung entgegenwirkende Strukturen sind wichtige Komponenten in der emanzipativen Dynamik. Auf der Makroebene sozialer Auseinandersetzungen gilt das Vorhandensein eines breit gefächerten Geflechtes sozialer "Gegenstruktur" als ideal. Eine Infrastruktur, die ganze Stadtteile und Viertel mit einem Netz an Cafés, Kneipen, Läden und Nachbarschaftshilfen durchzieht, und die sich noch einen sozialpolitischen Impetus bewahrt hat, ist heute selten geworden. Breite soziale Bewegungen entstehen meist unter Einbeziehung vorhandener Infrastruktur. Wo eine solche nicht oder kaum noch existiert gilt es, Ansätze dafür zu schaffen, oder alte Ansprüche neu zu beleben. Selbstverwaltete Betriebe und Zentren unterliegen bekanntermaßen ebenso wie soziale Bewegungen spezifischen Intergrations- und Anpassungsmechanismen, die dazu geführt haben, dass eine Vielzahl "alternativer Projekte" auch nur noch die Ebenen des banalen Massenkonsums befriedigen und jeden weiteren Anspruch verloren haben. Glücklicherweise die Kommune oder Region, die noch Projekte aufweist, die flankierend neuen Auseinandersetzungen zur Seite stehen und die ein Klima erzeugen, in dem Diskussion über und Widerstand gegen unmenschliche Verhältnisse begünstigt werden. Die Wichtigkeit einer solchen Struktur in Bezug auf die alltägliche Lebenssituation der Menschen, die Kommunikation, das Gefühl von Eingebundenheit, ist kaum zu überschätzen. Was für die Region und für Stadtteile gilt - dass eine bestimmte soziale Infrastruktur Auseinandersetzung, Kommunikation und Austausch begünstigen und angstfördernder Isolation entgegenwirken kann - gilt auch im Kleinen. Gemeint ist die Möglichkeit des Kontaktes zu anderen Menschen, die in der Phase der Entstehung emanzipativer Prozesse Hilfestellung leisten können und die als Sicherheitskomponente zumindest ansatzweise angstmindernd wirken können. Es geht also um die Notwendigkeit, nicht nur ein gesellschaftliches Problem anzusprechen, sondern tunlichst im gleichen Moment die Möglichkeit eines persönlichen Kontaktes zu vermitteln. Was sich so banal anhört, ist evident: Nachvollziehbarerweise ist es ein gewaltiger Unterschied, ob jemand nur mit einem aufklärerischen Appell konfrontiert und dann allein gelassen wird, oder ob das Angebot der persönlichen Kontaktaufnahme eine Rückkopplungsmöglichkeit und damit eine wesentlich günstigere Ausgangsbedingung für die Einleitung eines Emanzipationsprozesses schafft. Dafür ist Offenheit und Ernsthaftigkeit denen gegenüber notwendig, die sich durch uns angesprochen fühlen oder uns ansprechen, weil sie Partner und Kooperation in einer Auseinandersetzung suchen. Eine Offenheit, die sich schlecht mit einer oft zu Tage tretenden Arroganz auf unserer Seite verträgt; einer Haltung, die auch Folge eigener Unsicherheit und eines uns aufwertenden Abgrenzungsbedürfnisses ist. Solche Abgrenzungstendenzen sind zwar verständlich und teilweise auch notwendig, um den Zusammenhalt einer Struktur sicherzustellen, aber wir müssen auch in der Lage sein, diese in Frage zu stellen, zu öffnen und Aufnahmebereitschaft zu zeigen, sonst sind unsere Strukturen starr, abweisend und in Bezug auf Emanzipationsprozesse kontraproduktiv. Das Angebot einer persönlichen Ebene und Auseinandersetzung (Zusammensetzung) versteht sich wohlgerne immer unter dem Anspruch, die Fähigkeit eigener Kompetenz beim Gegenüber zu fördern, und nicht etwa dahingehend, eine Struktur anzubieten, die den entsprechenden Menschen von dieser Auseinandersetzung entbindet. Die Kunst dieser Gratwanderung besteht darin, ein Angebot zu machen, welches gerade so viel Sicherheit und Vertrauen schafft, um jemanden zu befähigen, leichter die

Angsthürde eigener Aktivität zu überwinde - ohne jedoch in eine Position der Bevormundung oder der Überprotektion zu geraten. Die kritische Beleuchtung der eigenen Verhaltensweise und Gruppenstruktur ist dabei eine wesentliche Voraussetzung. Nicht nur für Neuankömmlinge ist das Innenverhältnis im Sinne einer Lern- und Vorbildfunktion wichtig. Auch für die Gruppe selbst ist es zweifellos entscheidend, ob sie nicht alsbald durch die Herausbildung informeller Strukturen eine innere Hierarchie manifestiert, die einer formalen Führer\*innenstruktur kaum nachsteht. Diese ist dann oft schwerer zu "knacken", weil es offiziell keine Führung gibt - sondern vielmehr der Anspruch einer formalen Gleichheit und Kollektivität hochgehalten wird, die jedoch kaum noch erfahrbar ist. Die Glaubwürdigkeit unserer libertären Bekundungen wird richtigerweise nicht nur von anderen an unseren realen Strukturen gemessen, sondern diese sind auch für uns entscheidender Maßstab eigener Fortschritte. Es geht an diesem Punkt um nichts weniger, als um unsere eigenen Emanzipationsprozesse, um die Fähigkeit, uns selbst und unsere eigene Rolle in Frage stellen zu können, überprüfen zu können, ob Positionen in unseren Beziehungen festgefahren sind oder Prozesse des Lernens und eine Förderung der persönlichen Kompetenz ermöglichen.

Resignation, Ein-Punkt- und Massenbewegung... Die Wichtigkeit struktureller Auseinandersetzung, in dem Bemühen, möglichst günstige Ausgangsbedingungen für emanzipative Prozesse zu schaffen, zeigt sich auch am Problem der Resignation. Neben der Angst, eigenständige Schritte in Richtung einer selbstbestimmten persönlichen und gesellschaftlichen Auseinandersetzung zu unternehmen, ist die negative Erfahrung des Scheiterns bei solchen Versuchen wesentlich dafür verantwortlich, dass viele Versuche nicht über die Ebene eines einmaligen Ansatzes herauskommen, um dann wieder in der Versenkung zu verschwinden. Es dürfte in diesem Zusammenhang hilfreich sein, nicht nur weit gesteckte utopische Ziele zu formulieren, die zwar moralisch und auf der "Radikalitätsskala" ganz oben angesetzt sind, aber für alle Beteiligten so fern sind, dass jedwedes Bemühen, diese Ansprüche umzusetzen, scheitern muss. Vielmehr ist es sinnvoll, Zwischenziele anzustreben, die nicht nur die Möglichkeit des Erreichens und damit des Erfolges und weiterer Motivation beinhalten, sondern die auch die gesamte Utopie nicht als versponnenen, idealisierten und letztlich unerfüllbaren Anspruch erscheinen lassen. Die Aufgabe besteht konsequenterweise dann darin, nicht mit einem erreichten Teilerfolg zufrieden zu sein, sondern diesen als erfolgreichen Zwischenschritt innerhalb eines größeren Zusammenhangs zu begreifen.

Die Crux sozialer "Ein-Punkt-Bewegungen" (Anti-AKW, Anti-Startbahn etc.) ist unter anderem, dass es oftmals nicht gelingt, eine dauerhafte und grundsätzliche Auseinandersetzung mit Macht und Herrschaftsstrukturen herbeizuführen, weil die Beschäftigung an der Oberfläche gesellschaftlichen Erscheinens bleibt. Nicht nur verlorene Konflikte, sondern sogar erfolgreich abgeschlossene Auseinandersetzungen, die sich quasi nur an dem gesellschaftlichen Symptom abarbeiten, führen zum Rückfall der Beteiligten ins "rein Private", sobald der Aktualkonflikt beendet erscheint. Ziel sollte sein, eine persönliche und positive Erfahrung in der Konfliktphase zu vermitteln, die nicht nur eine Ressource für andere kommende Auseinandersetzungen darstellt, sondern darüber hinaus die Sensibilität des oder der Betroffenen für die grundsätzliche Problematik gegenwärtiger gesellschaftlicher Strukturen schärft.

Bei der Diskussion emanzipativer Strategie geht es in diesem Sinne eben nicht immer um die Etablierung großer sozialer Bewegungen, sondern ebenso um die Frage, wie sich Libertäre innerhalb solcher Bewegungen verhalten. Die Größe und Breite einer Bewegung bringt nicht automatisch emanzipative Qualität. So bleibt es fraglich, wie es um die Qualität eines Emanzipations-Prozesses, das heißt die Veränderung, die diese Bewegung dauerhaft beim einzelnen Menschen erzielt, bestellt ist, wenn es sozusagen fast "zur Mode wird", auf eine bestimmte Demo zu gehen? Die Sogwirkung breiter Massenproteste mit dem "Gefühl, dabei zu sein", ist von der Wirkung her trügerisch und ambivalent. Einerseits wird durch die "massenweise Einbindung" ein Sicherheits- und ein Stärkegefühl vermittelt, andererseits verlaufen Erfahrungsprozesse in einem solchen Fall meist weniger individuell durchschau- und kontrollierbar ab. Positiv wirkende "gemeinsame Erfahrung" und ein stärkendes Gruppengefühl können fließend zur anti-emanzipativen Herdenerfahrung werden. Dieser Prozess tritt vor allem dann auf, wenn Entscheidungsprozesse im Zusammenhang mit "Massendemonstrationen" intransparent bleiben, unkontrollierte Führungsstrukturen die "Masse" lenken und der einzelne Mensch abgekoppelt von Entscheidungsprozessen wenig Möglichkeit hat, eigene Kompetenz zu erlernen. Bei großen Bewegungen wie am Beispiel der "Startbahn West" zeigte sich, dass ab einer bestimmten Quantität die Mobilisierungskraft massiv zunimmt (jede\*r möchte dazugehören, "weil eh schon alle mitmachen") und dadurch die Schwellenangst, "sich einzuklinken", sinkt. Die Gefahr, dieses Anwachsens an Breite mit einem Wachsen an Qualität im oben genannten Sinne zu verwechseln, liegt nahe. Aufgabe libertären Agierens in diesem Zusammenhang müsste sein, innerhalb dieser Dynamik Transparenz und Strukturen zu schaffen (oder zumindest einzufordern), die die Handlungskompetenz aller sicherstellen.<sup>84</sup> Gerade in sozialen Bewegungen oder BI's, die ab einer bestimmten Größe immer mehr zentralistische innere Strukturen entwickeln und die formal oder informell Führungsebenen herausbilden, ist es notwendig, eine diesen autoritären Tendenzen<sup>85</sup> entgegengesetzte Aktivität zu entwickeln. Dass wir uns mit diesen Bemühungen bei unseren Mitstreiter\*innen nicht immer beliebt machen, ist klar, sollte uns aber nicht abschrecken.

Gerade die periodisch und phasenweise auftretenden "Ein-Punkt-Bewegungen" fokussieren die Inhalte und Auseinandersetzung auf die jeweils im Vordergrund stehende Problematik. Notwendig ist jedoch eine Konfliktbearbeitung, die die gesellschaftliche Situation nicht reduziert, sondern in ihrer Komplexität wahrnimmt. Es gilt, die scheinbar nebeneinanderstehenden Themen in ihren Bezügen, Überschneidungen und auf dem Hintergrund der Herrschaftssituation an sich zu beurteilen.

Aber selbst wenn es gelänge, über einen längeren Zeitraum hinweg den Zusammenhang zum Beispiel von Lohnkämpfen und rassistischer Flüchtlingspolitik zu bearbeiten, so reichte dies nicht aus, um in emanzipativer

---

<sup>84</sup> Das muss nicht heißen alle Beteiligten, vor allem nicht in "heiklen Situationen", mit dem rigiden Hochhalten eines "Bezugsgruppenprinzips" zu nerven. Wenn staatliche Sicherheitsorgane mit ihren Schlagstöcken die Köpfe zu bearbeiten drohen, bewährt sich auch schon mal das Delegiertenprinzip, vorausgesetzt die Delegierten entscheiden in Kenntnis des Gruppenvotums beziehungsweise verantworten sich später für ihre Entscheidung.

<sup>85</sup> Asche aufs Haupt des Autors, dessen Rolle bei mancher Bewegung in diesem Sinne beileibe nicht frei von Zweifeln bleibt...

Hinsicht Kontinuität und Tiefenwirkung zu erzielen. Die in vielen politischen Gruppen immer noch übliche reproduzierte Trennung der Gesellschaft in "privat" und eben "politisch" erfasst die jeweiligen persönlichen Rahmenbedingungen nur unzureichend. Sinnvoll wären jedoch Gruppen, die nicht nur zweckpragmatisch und zielgerichtet als themenbezogene Arbeitsstruktur funktionieren, sondern die auch darüber hinaus die Alltagssituation ihrer Mitglieder berücksichtigen. Klar ist, dass nicht jede neue BI, die sich zu einem Problem zusammenfindet, diesem Anspruch gerecht zu werden braucht. Umso wichtiger jedoch sind die persönlicheren Zusammenhänge und Gruppenstrukturen, die Geborgenheit, aber auch libertären Anspruch aufrechterhalten.

Im Positiven bleibt festzustellen, dass die Anziehung und Attraktivität der Ein-Punkt-Bewegung oftmals weniger aus der inhaltlichen Bestimmung herrührt, sondern aus der Dynamik der sozialen Erfahrung - des Miteinander-Erlebens, Kämpfens und Agierens. Startbahn West, Gorleben und Wackersdorf stehen in diesem Sinne nicht nur für die jeweilige inhaltliche Thematik der Flughafenerweiterung, der Atommüllendlagerung und Wiederaufbereitung, sondern für das Erlernen einer über die jeweils aktuelle politische Auseinandersetzung hinausgehende Kontinuität an Sicherheit und das Erleben eigener Kraft in sozialen Bezügen, die die vorher vorhandenen Grenzen des sozialen Rahmens deutlich sprengten. Die Freude und Lust an der Kommunikation und am gemeinsamen Handeln mit anderen Menschen war (und ist) wichtigster Motor sozialer Bewegungen. Bei der Diskussion um emanzipative Dynamik ist es deshalb wichtig, die gemachten Erfahrungen in ihren sozialen und zwischenmenschlichen Wirkungen zu werten und nicht nur auf thematische Korrektheit und Stringenz hin zu beurteilen.

## **Alltag und eigene Strukturen... Sabotage freiwilligen Gehorsams...**

Die eigene Eingebundenheit in Funktionsgeflechte der Macht vollzieht sich vor allem in der sogenannten Alltagssituation. „Kämpferische Highlights“ und positive Erfahrung eigener Kraft und Stärke an einzelnen Punkten der Auseinandersetzung nach außen sind wichtige Faktoren in der Entwicklung emanzipativer Prozesse. Sie können jedoch nie eine Auseinandersetzung mit der Alltagssituation der oder des Einzelnen ersetzen. Die kritische Beurteilung eigener Verhaltensmuster in Bezug auf zum Beispiel sexistische oder rassistische Komponenten lassen immer noch und immer wieder zu wünschen übrig. Ganz zu schweigen von einem Umgang unter uns, der oft genug eher von technischem Zweckpragmatismus (Funktionalisieren) geprägt ist, als von sensiblem Umgang, der auch die Schwächen einzelner berücksichtigt. Es ist keine Seltenheit, dass die "Wertigkeit" eines Menschen stark von seiner (politischen) Leistungsfähigkeit abhängig gemacht wird. Das Leistungsprinzip bestimmt oft genug auch bei uns die Stellung und (informelle) Position innerhalb einer Gruppenstruktur. Leider ist es so, dass wir bei genauer Beleuchtung unseres eigenen Verhaltens und des Umgangs untereinander feststellen müssen, dass uns von der Gesellschaft, die wir bekämpfen, weitaus weniger unterscheidet als uns lieb ist. Und selbst in Bereichen

und Gruppen, bei denen kritische Auseinandersetzung praktiziert wird, zeigt sich, dass es offensichtlich leichter fällt, eine Negativ-Definition des Fehlverhaltens und der Grenzüberschreitung zu statuieren, als eine positive Beschreibung von dem zu geben, "was wir eigentlich wollen". Es muss jedoch klar sein, dass es um mehr gehen muss als eine "PC-Auseinandersetzung"<sup>86</sup> nach unseren Definitionen. Emanzipative Dynamik kann sich auf Dauer nicht nur über Abgrenzung entwickeln, sondern sie bedarf konstruktiver und selbstgelebter Ansätze, die in die Richtung weisen, in die es gehen soll. Am Beispiel "Sexismus" heißt dies, das es nicht nur gelingen sollte, zum Beispiel übergriffiges Verhalten, sei es verbal oder physisch, zu problematisieren und zu unterbinden, sondern eben auch die Ebene (notwendiger) Sanktion zu überschreiten. Die Frage stellt sich, in wie weit wir in der Lage sind, nicht nur Negativ-Wertigkeiten (Anti-sexistisch, Anti-patriarchal...) zu benennen, sondern Auseinandersetzungen zu führen und zu leben, die im durchaus gesellschaftskritischen Sinne Sexualität und Erotik positiv, aufgeschlossen und offensiv begegnen.

Emanzipative Prozesse, die konsequenterweise über die Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Einzelphänomenen hinausgehen und Bedeutung für das Alltagsverhalten und die Lebensumstände des einzelnen Menschen erhalten, verlaufen weniger schwierig, wenn sie von Gruppen unterstützt werden, die Wärme und Zuwendung sowie Respekt vor den persönlichen Schwierigkeiten der einzelnen Mitglieder aufweisen. Dabei ist es wichtig, dass die Akzeptanz und Wertschätzung immer auf die Förderung von Mitverantwortung und Eigeninitiative gerichtet sind, und nicht etwa Schwierigkeiten und mangelndes Selbstvertrauen durch "bemutternde" Rücksichtnahme stabilisieren. Die Sicherheit einer Gruppe darf nicht die angestrebte Sicherheit jedes oder jeder Einzelnen ersetzen, sondern muss sie fördern.

Entscheidendster Faktor für den Bestand emanzipativer Prozesse sind wir selbst. Wir sind selbst der beste Indikator für die Anfälligkeit unserer eigenen emanzipativen Dynamik gegenüber regressiven oder Momenten der Reintegration. Für Arroganz gegenüber anderen, die scheinbar noch nicht so weit und radikal sind und vielleicht noch am Anfang eines schwierigen Weges stehen, besteht kein Anlass. Alle angesprochenen Momente der Angst, des Rückzugs auf bekannte Sicherheitskonzepte, die entmündigende Wirkung haben, das Gefühl von Unsicherheit, Inkompetenz und Ohnmacht, die Lust, "am liebsten nur noch konsumieren zu wollen", und so weiter - all dies kennen wir zur Genüge von uns selbst. Glücklicherweise ist es nicht nur anstrengend und mühselig, den eigenen libertären Ansprüchen hinterherzuhinken und sich in diesem Unterfangen als schlechten Annäherungswert zu verstehen. Auch wenn emanzipative Prozesse mit einer Vielzahl von Widrigkeiten zu kämpfen haben, so bereitet es doch auch ein gerüttelt Maß an Spaß und Freude, auf dem Weg der Widerstandskultur einige Fortschritte zu erzielen. So wie die "Angst vor Freiheit" als Hemmnis der eigenen Entfaltung zu wirken vermag, so ist es möglich, im positiven, beflügelnden und motivierenden Sinne "die Freiheit zu spüren", neue Wege zu beschreiten und Erfahrungen zu machen. Die Freiheit, etwas in Frage zu stellen - nonkonform

---

<sup>86</sup> PC = Political correctness-, das richtige politische Verhalten. Begriff aus dem anglo-amerikanischen Raum, mit in meinen Augen dann zweifelhafter Wirkung, wenn er die Auseinandersetzung über Verhalten, auf die Erfüllung von Verhaltenskodizes reduziert.

gehen zu können, unorthodox zu handeln, sich und andere zu verunsichern und starre Strukturen zu erschüttern - bereitet eben nicht nur Anstrengung, sondern auch das Gefühl, der Herrschaft ein Stück weit entronnen zu sein.

Es geht damit auch um die Verweigerung vorausseilenden Gehorsams, um die Sabotage freiwilliger Unterwerfung im Alltag.

Unter dem Aspekt, dass es die Alltagskonditionierung ist, die Menschen unterwürfig macht, die Anpassungsverhalten täglich einübt und zementiert und auf deren Erfahrungshintergrund die Mobilisierung bei größeren Konflikten so schwierig verläuft ist es wichtig, den täglichen Erfahrungen automatischen Funktionierens zuwiderzuhandeln. Nicht nur Verhaltensexperimente<sup>87</sup>, die aufzeigen, wie sehr Einzelne unter Gruppenzwang und autoritärer Dynamik

---

<sup>87</sup> Ein eklatantes, aktuelles Beispiel für Alltags-Gehorsam und die erstaunliche Duldung gegenüber einer gesetzten Order ist ein durchgeführtes Experiment an der Universität in Münster: Die Studentinnen wurden eines mittags durch, an den Mensatüren angebrachte Schilder, aufgefordert, nach Deutschen und Ausländerinnen getrennt den Speisesaal zu betreten, damit, so ein verteilter Handzettel, ein "Arbeitskreis deutscher Studenten" feststellen könne, wie sehr die wachsende Zahl der Ausländer den Steuerzahler belaste, und damit die Studien und Essplätze der deutschen Studenten gefährde"... Schon die ersten Studentinnen lasen "kichernd bis gleichgültig" (Experimentleiter Kordes) die Handzettel und gingen nach Deutschen sortiert durch die Türen. Ein deutsch-koreanisches Pärchen erschien und trennte sich. (Sie: "Du musst rechts durch, bis gleich.") Ein afrikanischer Student schlich sich von der falschen zur richtigen Tür. Kam eine größere Gruppe, brauchte Kordes nur zu rufen: "Deutsche links, Ausländer rechts" und schon folgte die Herde. 800 passierten, die Ausweise präsentierend, "grinsend, murmelnd, gleichgültig, beflissen - aber aufbegehren tat kaum einer". Nur zwei Frauen und ein Mann empörten sich. "Eine zerriss den Handzettel " (nach Mainzer Allgemeine Zeitung 12.2.94). Die Studentinnen leisteten Folge, freiwillig, ohne Befehlsstruktur und harten Kommandoton, automatisch. Zwei weitere Versuche, die aufzeigen wie sehr Einzelne unter Gruppenzwang und autoritärer Dynamik manipulierbar werden, sind die von S.E. Asch und die - "berühmt" gewordenen - von Stanley Milgram. Bei Aschs Experiment, das "dazu dienen sollte, einige Wirkungen des Gruppendrucks auf die Urteilskraft des einzelnen aufzudecken, wurden die einzelnen Versuchspersonen gebeten, die Länge einer gegebenen Linie mit einer von drei ungleichen Linien zu vergleichen. Die Versuchsperson saß in einem Zimmer zusammen mit einer Gruppe anderer Personen, die alle dieselben Linien verglichen und identifizierten. Die anderen Personen waren Mitarbeiter des Versuchsleiters. Bei der Aufgabe, die verschiedenen Linien miteinander zu vergleichen, fand sich die Versuchsperson plötzlich in der Situation, dass ihrem Urteil von allen anderen Mitgliedern der Gruppe widersprochen wurde. Im Durchschnitt wurden 32%, also fast ein Drittel der Entscheidungen der Versuchsperson, unkorrekt. In diesen Fällen verleugneten die Einzelnen die deutlichen Aussagen ihrer Sinne, um sich ihren Nachbarn anzupassen,." (B.Moore "Die sozialen Ursachen von Unterordnung und Widerstand ", Suhrkamp V.) Spannend wird das Experiment in seiner Fortführung, als zwei Versuchspersonen gleichzeitig getestet wurden, und sich die Beurteilungsfehler auf 10,4% verringerten, sowie in einem anderen Fall, in dem die Versuchsperson von einem Mitarbeiter die richtige Antwort hörte, bevor sie selbst sprechen konnte-während die anderen falsche Antworten gaben. Hier verringerte sich die Quote auf 5,5%. Offensichtlich genügte,



manipulierbar werden beziehungsweise freiwillig Gehorsam leisten zeigen auf, dass diese Systeme auf Mitwirkung und Duldung angewiesen und somit auf dieser Ebene auch zu sabotieren sind. Es ist (hoffentlich) unser aller tägliche Erfahrung, dass es oft nur das entschlossene Eingreifen eines einzelnen Menschen ist, das eine ganze Verhaltenskaskade aus Gehorsam und Anpassung erschüttert, ja, zum Einsturz bringt. Im Alltag ist es meist nicht die "große Revolte", die zur Sabotage von Unterwerfung und Gehorsam führt. Schon eher ist es die Irritation und die Provokation, die zur Unterbrechung der Verhaltensmuster führt. Der Einsatz von Neugier auslösenden Paradoxien, Grotesken und "surrealen" Aktionen vermag oft mehr zu bewegen als das starre Festhalten an klassischer Agitation. Anarchistisches Ziel ist das Aufbrechen der inneren Hermetik der Menschen und das Aufheben der Deckungsgleichheit von System und Individuum...

Emanzipative Prozesse, die das Ziel verfolgen, Herrschaftsverhältnisse abzubauen und die Gesellschaft menschlicher zu machen sind nicht denkbar, ohne dass dies bei den einzelnen Beteiligten zu einem gestärkten Selbstwertgefühl und zu einer veränderten Selbstwahrnehmung, zu einer Bemächtigung der Individuen durch sich selbst führt. Doch Vorsicht - auch wenn es schon längst klar sein sollte: Gemeint ist nicht die Schaffung eines neuen, in sich geschlossenen "revolutionären" Wertesystems, das unter der Vorgabe der Emanzipation den "neuen Menschen" schaffen will und das verspricht, unsichere Menschen in sich aufzunehmen, zu adaptieren und dadurch scheinbar gestärkt in die Auseinandersetzung zu schicken. Derartige sektenartige Struktur funktioniert über Elite-Ansprüche, Schaffung eines eigenen Sprachkodex und maßgeblich über eine abschottende, hochselektive Wahrnehmung. Die gleichsam im geschlossenen System wirksame "Aufwertung" von Menschen, die, weil sie zur "kämpfenden Avantgarde" aufsteigen, einen neuen Wert verliehen bekommen, hat unter Umständen mörderische Brisanz. Es geht in diesem Sinne niemals um die Etablierung eines System, in dem sich die Menschen gegenseitig und ausschließlich selbst bestätigen, sondern um emanzipative Dynamik, die auf einem möglichst breiten offenen Austausch basiert, und deren

---

zumindest in dieser experimentellen Situation, die Intervention einer einzelnen anderen Person, um den "Druck" der Gruppe zu kompensieren. Auch bei Stanley Milgrams Experiment, dessen Ziel es war, herauszufinden, ab wann Testpersonen den Gehorsam verweigern, wenn die gegebenen Befehle zunehmend grausamer werden, zeigt sich ein hoffnungsfroher Aspekt unter dem sonst erschütternden Ergebnis: Die meisten getesteten Menschen verabreichten in der fingierten Atmosphäre eines "Versuchslabors" unter der Anweisung eines "wissenschaftlichen Versuchsleiters mit weißem Kittel" einer anderen Person (scheinbar) quälende Elektroschocks und malträtierten auch ein sich krümmendes, schreiendes "Opfer" unter dem Druck der Autorität weiter, bis zu einer "tödlichen" Schwelle. Jedoch rebellierten die meisten Versuchspersonen (schneller) gegen die Autorität des "Versuchsleiters", wenn ihnen ein anderer (im Experiment: ein zur Seite gestellter "Lehrer") den Rücken stärkte und sich weigerte den Befehlen Gehorsam zu leisten. Die gesellschaftliche Unterstützung stellte sich als das wirksamste Mittel heraus, die Regeln zu durchbrechen (Stanley Milgram, das Milgram-Experiment: Zur Gehorsamsbereitschaft gegenüber Autorität, Reinbek 1974) vergl. Michael Wilk, Der Malstrom, Trotzdem Verlag Grafenau, 1995, S. 84

Ziel eine Handlungskompetenz ist, die das Individuum befähigt, gegebenenfalls auch auf die Gruppe zu verzichten.

## IV. Sozial-ökonomische Bedingungen

Für die Bedingungen emanzipativer Prozesse und den sozial-ökonomischen Boden, auf dem sie sich entwickeln, ist das Verhältnis der Menschen zu Obrigkeit und Staat von erheblicher Bedeutung. Die sozialökonomischen Verschärfungen treffen die Menschen in einer Phase der (Noch-)Anbindung an das System, basierend auf einer Ebene grundsätzlicher Identifizierung, die zwar immer wieder durch bestimmte gesellschaftliche Phänomene und Ereignisse irritiert, aber doch selten grundsätzlich in Frage gestellt wurde. Es bedarf unter diesem Aspekt genauer Beobachtung und Analyse, wie weit ein Umbau der Gesellschaft und des Staates unter Ausnutzung alter (?) Einbindungsmechanismen reicht, und inwieweit dadurch neue Qualitäten im Verhältnis Mensch, Staat und Gesellschaft entstehen. Ein Wandel staatlicher Wirkmechanismen - gemeint ist hier speziell die Rolle als Versorgungsstaat mit ökonomisch-sozialer Garantienstellung, brächte veränderte Rahmenbedingungen emanzipativer Prozesse und ein verändertes Mensch-Staat-Verhältnis mit sich.

Rückblick: Der Knebel der Standortsicherung

Wir befinden uns im Jahre 1996/97 - die damalige Regierung Kohl schickt sich an, soziale Sicherungsmodelle weiter auszudünnen...

"Deutsche Bank AG, Frankfurt. Auch die Deutsche Bank hat in den ersten sechs Monaten dieses Jahres mehr verdient als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Der Gewinn vor Steuern stieg im Konzern um gut 24 Prozent auf 2,246 Milliarden DM, der 152 Millionen DM oder knapp 15 Prozent höher ist als im ersten Halbjahr 1995."<sup>88</sup>

Zu gleicher Zeit steigen Arbeitslosenzahlen auf Höchstniveau (ca. 4 Millionen offiziell, 6 Millionen seien arbeitssuchend). Massenarbeitslosigkeit, als Ergebnis stetig vorangetriebener Rationalisierungsprozesse, neuer Fertigungstechniken und der Verlagerung von Produktionsstätten ins Ausland, wird als Druckmittel zur Durchsetzung weitreichender staatlicher Deregulierungsmaßnahmen eingesetzt.

Vordergründig basierend auf dem Argument, die leeren Bonner (Sozial-)Kassen entlasten zu müssen, verschaffen die geplanten Änderungen in den Bereichen Arbeitsrecht, Rentenversicherung und Krankenversicherung der Kapital-/Arbeitgeber\*innenseite ein erhebliches Plus und belasten auf der anderen Seite Arbeitnehmer\*innen und Sozialleistungsbezieher\*innen im Milliardenrahmen.

Zu betonen ist, dass es sich bei dem sogenannten "Bonner Sparpaket" der Regierung Kohl aus dem Jahre 1996 nur um den Einstieg in einen seit geraumer Zeit geplanten und massenmedial vorbereiteten Destabilisierungsprozess handelte, der unter dem Motto "Standortsicherung Deutschland" weitreichende Eingriffe in die bisherige Tarif- und Sozialpolitik der BRD beinhaltete.

Die in den Bonner Gremien in Abwicklung befindlichen Inhalte waren relativ kurzfristige und im Rahmen gesetzlicher Regelungen liegende Möglichkeiten, auf

---

<sup>88</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung 27.7.96

die sozialpolitischen/ökonomischen Gegebenheiten Einfluss nehmen zu können. Im Gegensatz zu direkten Lohnsenkungen, dem natürlichsten Instrument der Profitmaximierung, unterlagen die genannten Pläne der Regierung Kohl nicht der Tarifautonomie, waren jedoch nicht nur probates Mittel zur Senkung der Lohnnebenkosten (zum Beispiel Einsparungen der gesetzlichen Krankenversicherungen, die durch erhöhte Eigenanteile der Versicherten ausgeglichen werden), sondern ebenso ein direkter Schritt in Richtung eines "Hire and Fire"-Arbeitsverhältnisses.<sup>89</sup> Eine weitere einschneidende Maßnahme im Rahmen des Sparpaketes betraf die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall.<sup>90</sup>

Die ebenso geplante Einschränkung von Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrente zeigten deutlich, wohin der Trend geht; in Zusammenhang mit der Reduzierung von Reha-Möglichkeiten trafen die Sparpläne an diesem Punkt einmal mehr die ohnehin benachteiligte Gruppe der Menschen mit Behinderungen, die fürderhin auf wesentlich direkterem Wege in die Arbeitslosen- und/oder Sozialhilfe abgeschoben werden sollten. Und auch auf diesem Sektor waren einschneidende Kürzungen in Vorbereitung, bis zum Jahr 2000 sollten insgesamt 19,3 Milliarden Mark bei ABM, Fortbildung und Umschulung eingespart werden, zum Beispiel der Abbau beschäftigungsfördernder Maßnahmen in den "neuen Bundesländern", die nach Schätzungen<sup>91</sup> rund 200.000 neue Arbeitslose zur Folge haben werden.

Eine immer wieder in die Diskussion gebrachte Kürzung der Sozialhilfe tat ein Übriges - ganz im Sinne des sogenannten Abstandsgebots - um Arbeitslosigkeit oder die Notwendigkeit, auf Sozialhilfe angewiesen sein zu müssen, als eine Drohung erscheinen zu lassen, dauerhaft auf ein wesentlich niedrigeres materielles und soziales Niveau herabgestuft zu werden.

---

<sup>89</sup> Gemeint ist, die Aufhebung des Kündigungsschutzes in Betrieben bis zu 10 Beschäftigten. Rund einem Drittel aller Beschäftigten wird damit der Kündigungsschutz entzogen. "Entgarantierung der Arbeit" als Gesamtkonzept, wurde so an diesem Punkt, durch eine gesetzliche Maßnahme umgesetzt. Diese Entscheidung soll unter der Regierung Schröder evtl. rückgängig gemacht werden.

<sup>90</sup> "Dem/der Durchschnittsverdienerin im Westen mit rund 4300 DM Bruttoeinkommen könnten künftig alleine bei der Lohnfortzahlung in den ersten sechs Wochen zusammen rund 1200 Mark gestrichen werden. Beim Urlaubs- und Weihnachtsgeld entgingen ihm/ihr zudem pro Krankheitstag mehr als 50 Mark; bei sechswöchiger Krankheit kommen da schnell über 1600 Mark zusammen."(J.Steffen, Referent b.d. Arbeiterkammer Bremen, in: Sozialismus 6-96, S. 2) Die geplante Entgeltfortzahlung von 100% auf 80% würde die Arbeitgeber um ca. 1,9 Milliarden DM/Jahrentlasten. Auch die anschließenden Leistungen der Krankenkassen sollen von 80% auf 70 % Krankengeld zusammengestrichen werden. Die Palette der Maßnahmen ist breit angelegt, sie reicht von der Anhebung der Altersgrenze auf 65 Jahre (wenn also eine Frau wie bisher mit 60 in Rente gehen will, muss sie dauerhafte Abschläge von bis zu 18% in Kauf nehmen, westliche Standardrente z.Z. ca. 2080.- D.M., entspr. 375 DM weniger!), über Kürzung der Dauer der Kuren (und höhere Eigenbeteiligung, 12 auf 25 DM/Tag), über die Beseitigung des Rechtsanspruchs auf Rehabilitationsmaßnahmen (Berufsfördernde Maßnahmen werden zur reinen "Kann-Leistung"), bis hin zur höheren Zuzahlung von Arzneien.

<sup>91</sup> Vergl. J. Steffen, Ebd.

"Wenn im Arsch der Unternehmer kein Platz mehr ist, gehen die Gewerkschaften auf die Straße" (ein ÖTV-Mitglied anlässlich der Bonner Demo vom 15.06.1996).

Die damalige "Opposition" der SPD und die Gewerkschaftsführung hatten den weitreichenden Entgarantierungsbestrebungen des Kapitals und der Regierung Kohl wenig entgegenzusetzen. Die Sozialdemokraten und der DGB griffen lediglich in die Mottenkiste früherer sozialer Befriedungsstrategie und appellierten an überkommene sozialpartnerschaftliche Ansprüche. Mit dem eingeforderten "Bündnis für Arbeit" und unter dem proklamierten Ziel, die Arbeitslosenzahl halbieren zu wollen, übersahen sie geflissentlich, dass die Kapitalseite an einer Reduzierung der Massenarbeitslosigkeit in der ökonomischen Situation postfordistischen Umbaus keinerlei Interesse hat. Durch das beschworene Bündnis wurde nicht nur auf ein überholtes Weltbild gebaut, sondern im gleichen Zug demobilisierend mit denjenigen kooperiert, die Monate später die soziale Demontage mit dem "Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung" vom 25. April 1996 und dessen Gesetzentwürfen vorantrieben. Die vordergründig aufgeregte Behauptung der Gewerkschaftsführung, Kapital und Kabinett seien mit diesem Programm aus dem Bündnis ausgestiegen, traf höchstens auf die Punkte der Lohnfortzahlung und des Kündigungsschutzes zu. Was die (im Bündnis) ebenfalls beabsichtigte Senkung der als zu hoch befundenen Staatsquote (Steuern und Beiträge sowie Gesamtsozialversicherungsbeitrag) anbelangt, muss davon ausgegangen werden, dass die Senkung der Sozialabgaben kaum durch Steuern, sondern nur durch Abbau der Sozialleistungen umgesetzt werden sollte. Gewerkschaften machten sich somit quasi zum Geburtshelfer der Sozialkürzungen. Öffentliche Lamentos als Auftakt für die notwendig gewordene Protestdemonstration in Bonn im Juni 1996 (der DGB sattelte sich auf eine vom "Bündnis gegen Sozialabbau" initiierte Demo auf) glichen in diesem Kontext dem Motto "haltet den Dieb". Die 350.000 Menschen in Bonn, für die die Demonstration nicht zuletzt als Ventil des Unmuts angeboten wurde, bekamen vor allem heiße Luft zu hören. Was auch sonst: Noch am 23.05.1996 mobilisierte der DGB unter der Parole "In Deutschland sind vier Millionen Menschen arbeitslos. Sechs Millionen suchen einen Arbeitsplatz. Darum brauchen wir ein Bündnis für Arbeit."<sup>92</sup>

Diese Mär vom "gemeinsamen Boot, in dem wir alle sitzen" pflegt noch immer die Ideologie der Gewerkschaften aus der besseren Zeit eines fordistischen Akkumulationsregimes, jener sagenhaften Zeit, in der Produktivitätsfortschritte und ökonomisches Wachstum eine Steigerung der Lohneinkommen zur Folge hatten und damit die Grundlage eines Massenkonsums schufen. Der Glaube an einen "immerwährenden Fortschritt und Wachstum" mit dem Gesicht eines humanen Kapitalismus und einem keynesianischem Staatsmodell, das nicht nur konjunkturstützend, sondern auch sozialabfedernd eingreift, verklärt den Blick auf eine sich im massiven Umbruch befindliche sozial-ökonomische Realität.

Das "gemeinsame Boot" gleicht einer Galeere, auf deren Oberdeck es sich die dort Sonnenden bequem machen, während im Unterdeck andere das Boot am laufen halten.

Ende Juli 1996 spricht der designierte Arbeitgeberpräsident Hundt offen und desillusionierend (für diejenigen, die noch Illusionen hatten) aus, worum es geht

---

<sup>92</sup> Intern. Information für die Demo, DGB

und wie wenig sich die Kapitaleseite vom Massenprotest beeindruckt zeigt: "Eine Stunde mehr Arbeit pro Tag sei zumutbar. Wer Löhne nicht senken wolle, müsse die Arbeitszeit erhöhen. Andernfalls gingen noch mehr Arbeitsplätze verloren. Für Auszubildende forderte er, die Arbeitszeit zu verlängern und die Vergütung zu senken. Dadurch könnten die Ausbildungszeiten verkürzt und die Betriebe entlastet werden. Das Sparpaket der Bundesregierung müsse so schnell wie möglich umgesetzt werden, reiche aber nicht aus. "Nichtleistung" müsse niedriger entlohnt werden."<sup>93</sup>

## **Knebel Sozialpartnerschaft**

Während Kapitaleigner unverblümt das Paradox "Arbeitsplätze durch Mehrarbeit" als Drohung einsetzen und damit auch noch Erfolg haben, steht die Gewerkschaftsführung dem von Kapital und Regierung Kohl betriebenen Abbau des Lohnniveaus und der sozialen Sicherungssysteme weitgehend hilflos gegenüber. Im Zweifel wird die Vergangenheit bemüht. So sollen sich die Gewerkschaftler\*innen der glorreichen alten Zeiten erfolgreicher Kämpfe erinnern.<sup>94</sup>

Die Reminiszenz an die Vergangenheit soll Mut machen. Erinnert wird an eine Zeit gewerkschaftlicher Aktivität, bei der sogar das Mittel eines breiten und lang andauernden Streiks positiv geschildert wird, aber eben nur, solange es in einem historischen Zusammenhang erscheint. Die Situation des Jahres 1996/97 stellt sich anders dar: Die mangelnde Konfliktbereitschaft ergibt sich nicht nur aus der bremsenden Position der Gewerkschaftsführung, sondern ebenso aus der mangelhaften Bereitschaft der sogenannten Basis, aktiv für weitergehende Maßnahmen einzutreten. Das angesichts der massiven und einschneidenden Maßnahmen erstaunlich reaktionsträge und phantasielose Verhalten der meisten Gewerkschaftler\*innen entspricht zunächst dem der allermeisten nicht gewerkschaftlich organisierten, aber ebenso betroffenen Menschen. Eine besondere Motivation, ausgehend vom Besitz des Gewerkschaftsbuches, ist nicht zu erwarten. Ein Gewerkschaftsapparat, der seine Mitglieder mehr oder weniger verwaltet und sozialpartnerschaftlich über Jahrzehnte an Unternehmerinteressen anband, ist offensichtlich unfähig, auf die veränderten Bedingungen eines Marktes zu reagieren, der zunehmend nicht mehr auf einen (gewerkschaftlichen) Mittler zwischen Kapital und Arbeit angewiesen ist. Die Rolle eines solchen Katalysators, die festgelegt ist auf die Erfüllung von Spielregeln eines Sozialstaates (zum Beispiel die Einhaltung des Betriebsverfassungsgesetzes und das Verbot

---

<sup>93</sup> Zit. n. Reuter, 26.7.96

<sup>94</sup> "1956/57 mussten Metallerinnen und Metaller für vertragliche Regelungen streiken. Der Streik dauerte über das Weihnachtsfest 1956 bis in das Jahr 1957 hinein. 114 Tage lang streikten die Metaller in Schleswig-Holstein. 16 Wochen dauerte dieser Arbeitskampf für die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall für gewerbliche Arbeitnehmer und war damit der längste Streik, den die IG Metall bisher geführt hat. Am 13. Februar wurde der Streik erfolgreich beendet. Die zentrale Frage der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall wurde tarifiert. 1969 wurde das Lohnfortzahlungsgesetz verabschiedet und trat zum 1. Januar 1970 in Kraft." (Für Arbeit und soziale Gerechtigkeit, DGB 96)

"politischer" Streiks), verträgt sich schlecht mit der steigenden Erfordernis eindeutiger und kämpferischer Parteinahme gegen zunehmende neoliberale Tendenzen und entgarantierte Arbeitsbedingungen.

Im exemplarischen Zeitraum eines "keynesianischem Staatsmodells", dem Deutschland der Nachkriegszeit (und dem damit verbundenen Herrschaftskonzept), waren Wachstum und Wohlstand zu fix aneinander gekoppelten Größen erklärt worden; unter den Bedingungen steigender Prosperität war es möglich (wenn auch unter harten Kämpfen), gewerkschaftliche Forderungen durchzusetzen, die sich wiederum sowohl als konsumfördernd als auch als gesellschaftsstabilisierend erwiesen. Gewerkschaften wurden somit zu einem der wesentlichsten Faktoren sozioökonomischer Steuerung innerhalb dieser kapitalistischen Gesellschaft. "Mit dem Fordismus begann auch die Ära der im weitesten Sinne "sozialdemokratisch" orientierten Reformparteien, die es sich zum Ziel setzten, mittels einer systematischen Wachstums-, Konjunktur- und Sozialpolitik eine allmähliche Verbesserung der Lebensverhältnisse breiter Schichten und damit eine strukturelle Milderung kapitalistischer Risiken, Abhängigkeiten und Ungleichheiten durchzusetzen." <sup>95</sup> Die Etablierung der vor allem sozialdemokratischen Vertreter\*innen der "Arbeit" auf gewerkschaftlicher und auf der Ebene der Parteien trug so nicht nur zum Ende einer "klassenbewussten Orientierung" bei, sondern wurde damit zum bezeichnenden Element eines reformierbaren und nach demokratischen Spielregeln funktionierenden Gesellschaftsmodells. "Die fordistische Regulationsweise beruhte entscheidend auf der Existenz von umfassenden gesellschaftlichen Großorganisationen, einem in weite gesellschaftliche Bereiche intervenierenden Staat, bürokratischen Massenparteien, Gewerkschaften, Unternehmer-, Bauern-, Ärzte - und sonstigen Interessen verbänden, die den Anspruch erhoben, die kapitalistischen Marktprozesse ebenso wie die gesellschaftlichen Strukturen und Entwicklungen durch zentralisierte Verhandlungssysteme politisch zu steuern. Die Legitimation dieses politischen Systems beruhte wesentlich auf seiner Fähigkeit, auf der Grundlage eines beständigen wirtschaftlichen Wachstums materielle Verteilungspolitiken zugunsten fast aller gesellschaftlichen Schichten zu betreiben. [...] Charakteristisch für sie ist ein hoher Grad an zentralisierter Normierung und Steuerung, eine fortschreitende "Durchstaatlichung" vieler Lebensbereiche und ein erhebliches Maß an bürokratischer, partei- und verbandsmäßiger Kontrolle der Lebensweisen, des politischen Verhaltens, der Interessenartikulation und der Interessendurchsetzung." <sup>96</sup>

Der wechselseitige Prozess sozialer Auseinandersetzung und politischer scheinbarer Verschmelzung "ehemals" antagonistisch gegenüberstehender Klassenfeind\*innen zu Sozialpartner\*innen wurde zudem ideologisch verbrämt und zum erstrebenswerten Ziel aller gesellschaftlich tragenden Fraktionen erklärt. Die autonom als Arbeitgeberverband und Gewerkschaft agierenden Tarifparteien regelten fürderhin nicht nur das Einkommensniveau der abhängig Beschäftigten, sondern sie bildeten die Basis für die Vorstellung einer gemeinsamen Interessenslage, die das Wort vom Klassengegensatz (besonders wichtig in der Zeit des "kalten Krieges" und der Systemauseinandersetzungen) zum Bestandteil einer scheinbar überwundenen, "frühkapitalistischen" Zeit werden lassen sollte.

---

<sup>95</sup> Hirsch, Der nationale Wettbewerbsstaat, Edition ID-Archiv, 1995, S. 79

<sup>96</sup> Ebd., S.79

Die Aufgabe des Staates innerhalb eines "keynesianischem Regulationsprinzips" ist es, sozial abfedernd zu agieren und ökonomisch steuernd einzugreifen, die "soziale Marktwirtschaft" mit dem Anspruch eines Wohlstandes für alle staatlich institutionell abzusichern.

Der Staat tritt als Garant einer Ordnung auf, die scheinbar all denjenigen, die in seiner Einflusszone leben, Vorteile bringt - steigende Konsummöglichkeit etablieren sich als Befindlichkeitsparameter ebenso wie ein Verständnis vom fürsorglichen (Wohlfahrts-) Staat, der im Zweifel für alles sorgt. Das Bild vom Staat, der nicht gegen die Masse seiner Bürger\*innen agiert und die Interessen weniger vertritt, sondern eines neuen (modernen) Staates, der demokratisch reformierbar und die Bedürfnisse aller in sich zu vereinen scheint, setzt sich in den Köpfen fest. Der keynesianische Staat schafft die ökonomisch-soziale Grundlage dafür, dass fürderhin mehr und mehr das Streben nach positiver gesellschaftlicher Veränderung an die Vorstellung von der Notwendigkeit der Einhaltung demokratisch-staatlicher Spielregeln gebunden wurde.

Die Erfahrung eines relativen Wohlstandes, vor allem in Zentraleuropa sozialdemokratisch "erkämpft" und staatlich gegen das "Außen" (sowohl konjunkturell als gebietshoheitlich) abgesichert, wirkt sowohl systemstabilisierend als auch antiemanzipativ in dem Maße, in dem Staat, Parteien, Unternehmerverbände zwangsläufig als Partner internalisiert werden.

Der "Strang, an dem alle gemeinsam den Karren aus dem Dreck ziehen sollen" legt sich gleichsam um den Hals all derjenigen, die sich vor dem Hintergrund sozial-ökonomischer Verschärfungen eigentlich wehren sollten.

## **Das Ende des sozialen Staates...?**

Die komplexen Ursachen einer seit den siebziger Jahren phasenweise verminderten Kapitalakkumulation und einem in ökonomischen Segmenten vorhandenen Rückgang der Profitrate führten zu einem, wenn auch nach Ländern und Sozialstruktur sehr unterschiedlichen, Einbruch im System sozialstaatlicher Garantien. Das unter dem Aspekt der Herrschaftssicherung hervorragend bewährte Modell der keynesianischem Gesellschaftsorganisation gerät in die ökonomische Krise, zumal die zur Finanzierung staatlicher Subventionsprogramme nötigen Volumina zusätzlich die sich verknappenden Budgets belasten. Die Ende der siebziger Jahre begonnene und über die achtziger Jahre intensivierte Strategie kapitalistischer Deregulierung erlangte mit dem der Zusammenbruch staatssozialistischer Regime des Ostblocks einen weiteren Radikalisierungsschub. Nicht nur der Wegfall der Systemkonkurrenz im ideologischen Sinne, sondern vor allem auch der gigantische frei werdende Absatzmarkt und das riesige Angebot an potentiell zur Verfügung stehender billiger Arbeitskraft beschleunigten den Einsatz neoliberaler Interventionen des Kapitals. Die auch in der BRD seit den siebziger Jahren steigende Massenarbeitslosigkeit steht als Indikator für eine sich permanent verschlechternde Situation auf dem Arbeitsmarkt, verbunden mit einem schleichenden Verlust jener in der Hochphase sozialstaatlichen Funktionierens erkämpfter Absicherungen. Noch über die achtziger Jahre hinweg (also zu einer Zeit, zu der sich zum Beispiel in England schon der Thatcherism austobte) gelang

es dem sozial-ökonomischen System der BRD, mit einem auf hohem Niveau funktionierenden Wohlfahrtsstaat die steigende Zahl der Arbeitslosen mittels staatlicher Maßnahmen wie ABM und Förderprogrammen teilzukaschieren. Die gewerkschaftliche Strategie - Arbeitszeitverkürzung gegen Arbeitslosigkeit - erfolgte voll innerhalb der Logik sozialpartnerschaftlicher Denkart. Die weitestgehend durchgesetzte 38,5-Stunden-Woche kann in diesem Sinne als letztes Zugeständnis der Arbeitgeberseite gewertet werden, die jedoch zunehmend arbeitsintensive Fertigungsprozesse ins Ausland verlagerte und im Inlandsbereich durch intensiviertere und rationalisierte Produktion kompensierte, ohne nennenswerte Zahlen an Arbeitsplätzen zu schaffen. Der endgültige Einbruch des Arbeitsmarktes und die Gelegenheit zu weitreichenden Deregulierungsmaßnahmen erfolgte durch den Anschluss der DDR, wodurch die Schließung und Privatisierung ehemals staatlicher Betriebe nicht nur schlagartig ein hohes Potential an Arbeitskräften freigesetzt wurde, sondern ebenso die enorme Belastung der öffentlichen Kassen dazu beiträgt, Argumentationshilfe staatlicher Sparmaßnahmen zu sein. War die Übernahme der DDR und die Privatisierung ihrer Wirtschaft nach außen hin unter der Prämisse erfolgt, eine möglichst schnelle Anpassung der Löhne und Gehälter an Westniveau zu erreichen, so wird nicht nur dieser Anpassungsprozess ständig prolongiert, sondern gleichzeitig das staatliche "Abfederungsprogramm" für arbeitslose und/oder auf Sozialhilfe angewiesene Menschen massiv ausgedünnt.

Wir erleben eine Zeit des Umbruchs, die gewohnte sozial-ökonomische Struktur eines keynesianischen Systems befindet sich im Umbau, der dazugehörige Staat, der integrativ stützend und abfedernd die Härten kapitalistischer Realität mildert, wird in weiten Bereichen zum aktiven Wegbereiter in der Durchsetzung neuer Konzepte.

Es wäre ein jedoch Fehler, vom endgültigen Ende der Versorgungsgesellschaft und des "Wohlfahrtsstaates" keynesianischen Musters zu sprechen. Die Tendenz, auf eine ausgedünnte Sozialfürsorge zurückzuweichen, ist eindeutig und klar erkennbar, findet jedoch in unterschiedlicher Ausprägung, abhängig vom Hintergrund der jeweiligen gewachsenen sozialökonomischen Struktur, statt.

Die USA, wo das Gesetz der Fürsorgereform von Präsident Clinton gebilligt wurde, übertreffen die Maßnahmen der BRD bei Weitem, wobei das Ausgangslevel der sozialen Versorgung im Vergleich zur bundesrepublikanischen bekanntermaßen weitaus niedriger anzusetzen ist.<sup>97</sup> Die neoliberalistische Politik

---

<sup>97</sup> "Das Gesetz, das von seinen zahlreichen Gegnern in der demokratischen Partei, den Kirchen und Sozialorganisationen als "unverantwortlicher Akt der Grausamkeit gegen die Armen" bezeichnet wird, überantwortet die Fürsorge für die Armen den Bundesstaaten. Gleichzeitig schreibt der Bund allerdings vor, dass die Fürsorgezahlungen auf höchstens 5 Jahre begrenzt werden, und dass jeder Fürsorgeempfänger nach zwei Jahren eine Arbeit annehmen muss. Die Nahrungsmittelhilfen werden deutlich gekürzt. Ohne staatliche Unterstützung müssen zukünftig auch die legalen Einwanderer auskommen, die bisher Sozialhilfe und staatlichen Krankenversicherungsschutz in Anspruch nehmen konnten. Aus der Bundeskasse werden den Staaten ab dem nächsten Haushaltsjahr nur noch stark gekürzte Pauschalbeträge zur beliebigen Verwendung überwiesen. Während der nächsten fünf Jahre sollen diese Veränderungen den "Bundeshaushalt um 56 Milliarden Dollar entlasten. Wissenschaftliche Institute und Kenner der Fürsorgeproblematik warnen, daß



der USA, die einerseits den Rückzug des Staates aus dem sozialen Fürsorgebereich durchexerziert und andererseits die Schaffung einer Klasse von "working poor" gewollt in Kauf nimmt, um die Ökonomie zu beleben, steht exemplarisch für die "scharfe" Variante im Versuch, sozialstaatliche und integrative Modelle kapitalistischen Funktionierens durch Formen enthemmter Ausbeutung und sozialer Entgarantierung zu ersetzen. Es ist jedoch fraglich, ob sich neoliberale Modelle auf Dauer, außer in ökonomischen Einzelsektoren, denen niedrigschwellige Entlohnung sowie "hire and fire"-Verhältnisse mittelfristige Marktvorteile verschaffen, auszahlen. Eine Vergleichsbilanzierung der verschiedenen neoliberalen Modelle der letzten Jahre gegenüber eher sozialstaatlich verfasster Ökonomie ist aufgrund der Verschiedenartigkeit der Akkumulationssysteme außerordentlich schwierig. Schon die unterschiedlichen Ausgangsverhältnisse diverser Ökonomien in Bezug auf die diktatorischen Bedingungen von Weltbank und Internationalem Währungsfond (so zum Beispiel das "Chicago Boy Modell Chiles") lassen eine quantitativ vergleichende Beurteilung (zum Beispiel mit dem britischen Thatcherism) kaum zu, obwohl sich abzuzeichnen scheint, dass sich zwar im Binnenverhältnis eine Umverteilung zugunsten der Besitzenden, jedoch im Außenverhältnis kaum jener erhoffte ökonomische Schub bewirken ließ. Im Gegensatz zu einem von neoliberalen Puristen geforderten "minimal state", der sich enthaltsam in Bezug auf die Steuerung ökonomischer Prozesse verhält, sieht die staatliche Strategie (unter anderem deshalb) realität anders aus: Der Staat greift sehr wohl ein, er spielt auf der Bühne der Umstrukturierung mit die wichtigste Rolle, er wird zum Transporteur der Deregulation, er schafft die Verknüpfung zwischen den Bedingungen der Produktion und Reproduktion, so wie er maßgeblich Sektoren der Bildung, "Gesundheit" und Kultur zu beeinflussen in der Lage ist. Globalisierte Ökonomie, verschärfte Konkurrenz der kapitalistischen Zentren, die Herausbildung der Handelszonen Nordamerika, Europa und Südostasien bewirken so weniger einen Rückzug des Staates aus Gesellschaft und Ökonomie (wie es neoliberalistische Theorie eigentlich vorsieht), als einen spezifisch anderen Umgang mit ihr. Die als durchgängiges Element der Politik erkennbare Ausdünnung staatlich-sozialer Garantienstellung unter der Ära Kohl, die unter der jetzigen Rot-Grün-Regierung kaum wesentliche Änderung erfahren dürfte, folgt der Dynamik einer auf internationale Marktverhältnisse rasierenden Ökonomie, die zu reagieren gezwungen ist, sollten sich die Ausbeutungsbedingungen in anderen ökonomischen Zentren so verbessern, dass die Attraktivität des eigenen Standortes gefährdet erscheint. Trotz der Internationalisierung der Wirtschaft sind die Verwertungsbedingungen nicht unabhängig von den jeweiligen (national-)staatlichen Gegebenheiten, wie auch staatliche Steuer- und Finanzpolitik niemals unabhängig von Weltmarktentwicklungen zu sehen ist.

Es gibt auf diesen Aspekt bezogen unterschiedlich stark ausgeprägte neoliberale Tendenzen, aber keine durchgängige neoliberale Strategie, die weltweit, im Sinne eines Automatismus, alle Systeme gleichermaßen trifft. "Die Behauptung, Regierungen hätten in entscheidenden Fragen der Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik angesichts der kapitalistischen Globalisierung überhaupt keine

---

die Reform mehr als eine Million amerikanische Kinder der Armut preisgeben und in den amerikanischen Städten eine Sozialkrise ungeahnten Ausmaßes auslösen werde." FAZ, 2.8.96

Spielräume mehr, konstruiert einen "Sachzwang Weltmarkt", der zumindest in dieser Schärfe vorhanden ist. Wie gezeigt ist das Kapital, was die Wahl seiner Standorte angeht, keinesfalls unbeschränkt flexibel. Der Akkumulationsprozess bedarf auch im globalen Maßstab einer lokalen, regionalen und nationalstaatlichen politisch-sozialen Einbettung, d.h. einer krisen- und konfliktvermeidenden Regulation politisch kalkulierbarer Verhältnisse, komplexer infrastruktureller Vorbedingungen, administrativer Organisationspotentiale und der - wenn auch unterschiedlich - qualifizierten und motivierten Arbeiterinnenschaft."<sup>98</sup>

Die eingangs beschriebenen Sparmaßnahmen der Regierung Kohl stellten somit zwar einen Schritt in Richtung einer staatlich forcierten Destabilisierung dar, sollten jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass staatliche Versorgung nach wie vor wichtiger Bestandteil staatlicher Politik ist. Wenn auch in reduzierter Form, blieb sie, auch nach den Kohl'schen Maßnahmen, im internationalen Vergleich auf relativ hohem Niveau bestehen. Weit davon entfernt, damit etwas beschönigen zu wollen - die Maßnahmen waren für viele die blanke Katastrophe und stellten eine massive Ausdünnung der sozialen und gesundheitlichen Absicherung dar, sie waren jedoch nicht das Ende des Versorgungsstaates. Der Ende des Jahres 1998 vollzogene Regierungswechsel in Richtung Sozialdemokratie wird sich in diesem Zusammenhang als alleiniges Ereignis kaum wesentlich auswirken, von der Rücknahme einiger Punkte (zum Beispiel Kündigungsschutz, Medikamentenkosten) einmal abgesehen. Im besten Falle ist die Bereitschaft auf Regierungsseite höher, auf sozialen Druck zu reagieren, da der Einsatz sozialer Sicherungskonzepte die klassische Domäne sozialdemokratischer Politik darstellt. Vor übertriebenen Erwartungen wird gewarnt, nicht nur Systeme staatlicher Sicherung gehören zum klassischen Repertoire der Sozialdemokratie, sondern ebenso die Neigung, den Erfordernissen des Kapitals im Konfliktfall Folge zu leisten.

"Moderne" Herrschaftssicherung, die okkupierend integriert und sich so als Staat den Menschen eben nicht entgegenstellt, sondern diese einzubeziehen sucht, hat sich in Form des "Sozialstaates" nur allzu gut bewährt. Es mag paradox anmuten: Gerade das gut funktionierende Herrschaftsmodell "Sozialstaat" ermöglicht seine Ausdünnung. Der nur marginale Widerstand gegen die vollzogenen Verschärfungen lässt sich nicht zuletzt durch den jetzt effektiv greifenden Faktor Einbindung und Entmündigung erklären. Der oder die traditionell obrigkeitshörige Deutsche begegnet den Plänen sozialer Kürzungen und staatlich forcierter ökonomische Verschärfung mit jener Ruhe, die gemeinhin als erste Bürgerpflicht staatlicherseits schon immer gerühmt wurde. In Frankreich trieben im Jahre 1995 staatliche Deregulierungsmaßnahmen große Teile der Bevölkerung auf die Straße und zwangen die Gewerkschaften zu ernsthaften Streiks gegen die Sparpläne Juppés. Die dreiwöchigen Auseinandersetzungen und Streiks waren bis dato der wohl breiteste und spektakulärste Akt des Widerstandes gegen die postfordistischen Produktions- und Vergesellschaftungsmodelle in Europa.<sup>99</sup>

In der BRD reichen die Widerstandsaktionen in Frankreich immerhin dazu, von Teilen der Gewerkschaftsobrigkeit zu bestimmten Anlässen als Drohung gegenüber

---

<sup>98</sup> Hirsch, Der nationale Wettbewerbsstaat, Edition ID-Archiv, 1995, S. 196

<sup>99</sup> Sie waren der vorläufige Höhepunkt einer Reihe von Kämpfen in den letzten Jahren (erinnert sei an die Unruhen im März '94 von vor allem Jugendlichen, die sich einem geplanten generellen Anfangsgehalt von 80% des Mindestlohnes entgegenstellten).

der Regierung hergenommen zu werden. Die Tagespolitik sah indes anders aus. Der krampfhafteste Versuch, an die alte sozialpartnerschaftliche Ebene anzuknüpfen, spiegelte sich in einer naiven Erwartungshaltung wider, wie sie im Entwurf des DGB-Grundsatzprogrammes 1996 zum Ausdruck kam: "Die Gewerkschaften erwarten auch von den Arbeitgebern und den politischen Verantwortlichen, dass sie alle Anstrengungen unternehmen, um die Vollbeschäftigung wiederherzustellen." Jedoch wird der oder die interessierte Leser\*in an einer anderen Stelle des Textes auf den Boden kapitalistischer Wirklichkeit heruntergeholt: "Vollbeschäftigung kann auf absehbare Zeit nicht bedeuten, dass für jede und jeden ein Arbeitsplatz im Sinne eines herkömmlichen Normalarbeitsverhältnisses zur Verfügung steht." Dass sich der Grundsatzprogramm-Entwurf in Dummlichkeiten ergeht ("Die soziale Marktwirtschaft ist besser als andere Wirtschaftsordnungen dazu geeignet, die Ziele der Gewerkschaften zu erreichen"), hat letztendlich wenig Relevanz. Wichtiger als die leeren Worthülsen der Gewerkschaftsbosse sind die realen Strukturveränderungen der letzten Jahre, denen sich die Einzelgewerkschaften und Beschäftigten auf dem Tarifsektor ausgeliefert sahen. Das Ausscheren von immer mehr Betrieben aus den von Arbeitgeberseite als unflexibel bezeichneten Flächentarifverträgen und der Abschluss von Einzelbetriebsvereinbarungen erfolgt bezeichnenderweise gegen den Willen der jeweiligen Gewerkschaften, die ihre Macht mehr und mehr schwinden sehen, aber, und das wirft ein deutliches Bild auf den Widerstandswillen der Betroffenen, immer öfter unter Billigung der Belegschaften, die in ihrer Not die Flucht nach vorn - in die unabsehbaren Tiefen des Anpassungsprozesses - angetreten haben.<sup>100</sup>

Für die BRD bedeutete der sich vergleichsweise spät, aber jetzt umso massiver abzeichnende Einstieg in den Ausstieg aus dem sozialpartnerschaftlichen Modell einen erheblichen Schritt in Richtung völlig veränderter Grundlagen im Bereich sozial-ökonomischer Regularien. Die eingeleitete Endinstitutionalisierung auf dem Tarifsektor, bedingt durch die Verbandsflucht vor allem großer Firmen aus dem Arbeitgeberverband, und die damit verbundene "Entmachtung" des Tarifpartners Gewerkschaft warf die Auseinandersetzung um Löhne, Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen vielerorts auf die Ebene der einzelnen Betriebe zurück. Belegschaften und Betriebsräte, die für eine innerbetriebliche Auseinandersetzung gut gerüstet wären, dürften mehr als rar sein. Jahrzehntelange Austragung der Tarifverhandlungen auf institutioneller Ebene und Streiks, die eher "von oben" beschlossen wurden, haben nicht gerade zur Stärkung von Kampfkraft und Selbstbewusstsein geführt. Mangelnde und sich weiter verschlechternde Organisation, Mitgliederschwund der Gewerkschaften (2,5 Millionen in den letzten fünf Jahren bis 1997, nicht einmal jede\*r Vierte ist organisiert) ließ die

---

<sup>100</sup> Die Beispiele machten Schule, eines der bekanntesten ist das sogenannte "Burda-Modell": „Die Betriebsvereinbarung des baden-württembergischen Druckereibetriebs des Burda-Konzerns, von 97 Prozent der Belegschaft unterschrieben und vom Betriebsrat gebilligt, sieht neben der Streichung diverser Zuschläge die Rückkehr von der 35- zur 39-Stunden-Woche vor; zwei Stunden werden gratis geleistet. Im Gegenzug verpflichtet sich das Unternehmen, die 1200 Arbeitsplätze in Offenburg zu halten, statt 400 Stellen zu streichen. Nun klagt die IG-Medien gegen die Vereinbarung." Spiegel, 33/96

Bedingungen gewerkschaftlichen innerbetrieblichen Widerstands, selbst bei gutem Willen, als schwierig erscheinen; darüber hinaus gelten trotz veränderter Rahmenbedingungen die Bestimmungen des Betriebsverfassungsgesetzes, das zum Beispiel Streikaufrufe einzelner Betriebsräte verbietet. Zynischerweise kann gesagt werden, dass die Auseinandersetzungen jetzt da gelandet waren, wo sie eigentlich schon seit Jahren hätten geführt werden müssen - innerhalb der Betriebe. Unter den genannten Bedingungen jedoch muss vorerst davon ausgegangen werden, dass Anpassung an Arbeitgeberforderungen die Regel und Widerstand die Ausnahme sein wird. Das Nachgeben von abhängig Beschäftigten gegenüber den massiven Drohungen von Arbeitgeberseite (entweder ... oder Entlassung...) war unter dem Aspekt einer um sich greifenden Entsolidarisierung, bei der sich jede\*r selbst am nächsten steht, zwar nachvollziehbar, aber im Sinne einer Kettenreaktion fatal - ganz zu schweigen von jenen, die sich schon gar nicht mehr verkaufen konnten, weil sie schon keinen Arbeitsplatz mehr hatten..

Der Faktor einer zunehmenden Entgarantierung von Arbeit, veränderte Regularien auf dem Arbeitsmarkt, sowie ein Staat, der die Tendenz zeigt, sich aus der sozialen Garantstellung zurückzuziehen - all das schafft neue Bedingungen im Makrokosmos der Machtstrukturen. Ebenen der Einbindung und Einbeziehung, die dazu führen, dass (staatliche) Macht nicht auf, sondern "durch die Menschen hindurch" wirkt, werden ausgedünnt, werden zur "privilegierten" Form von Herrschaft, die in dem Maße, wie sie die Einen einbezieht, die Anderen ausschließt und hier in ihrer "klassischen Struktur der Herrschaft von "oben nach unten" in Erscheinung tritt. Die qualitative Veränderung staatlicher Herrschaftsstruktur tritt vor dem Hintergrund sozial-ökonomischer Verschärfung deutlicher denn je zu Tage; wie weit im quantitativen Sinne die Tendenz zur Entgarantierung nun unter Rot-Grün reicht, ist noch nicht absehbar. Eine wesentliche Änderung ist kaum zu erwarten. In jedem Fall aber führen die beschriebenen Maßnahmen zur Zunahme von Bruchlinien an der Oberfläche eines im Abbau befindlichen sozialstaatlichen Versorgungssystems - mit offenen Konsequenzen. Die augenfällige Tendenz vieler Betroffener, mit Angst und Anpassung zu reagieren, ist ganz im Sinne derjenigen, die davon profitieren - nichtsdestotrotz führen die beschriebenen veränderten Herrschaftsregularien zu einer vermehrten "Entkoppelung" von Staat und Mensch, einem offen in Erscheinung tretenden Interessensgegensatz, der von der bisherigen Herrschaftsstrategie der Versorgung und Einbindung abweicht. Eine Interessensdivergenz ist per se eine der Voraussetzungen zum Entstehen eines emanzipativen Prozesses; das sichtbare Entgegenstehen staatlicher Maßnahmen gegen Bedürfnisse der Bürger\*innen beinhaltet das Risiko eines Widerstandes. In den Jahren 1996/97 wurden die Momente der "Entkoppelung" zwischen Kapital und Arbeit und zwischen Staat und Bürger\*in durch das Schüren von Angst mehr als kompensiert. Die vorgetragenen Beschwörungsformeln, wie die Lüge vom teuren Wirtschaftsstandort Deutschland, standen für die propagandistisch umgesetzte Strategie, gemeinsame Ebenen von Betroffenheit und Verantwortlichkeit zu internalisieren...<sup>101</sup> Nicht Lohnforderungen oder das

---

<sup>101</sup> Es ist kein Zufall, dass bei der Frage des Wirtschaftsstandorts, immer noch Löhne und Gehälter, sowie Fehlzeiten in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung geschoben werden, und nicht, was korrekter wäre, reale Lohnstückkosten im internationalen Vergleich. Hier würde sich zeigen, daß diese "weder übermäßig hoch sind, noch dass sie seit 1980 überdurchschnittlich stark gestiegen sind. Im Kreis der G5 sind Deutschlands

Eintreten für soziale Rechte sind das Problem, sondern dass der Propaganda von Wirtschafts- und Staatsvertretern geglaubt wird, die Betroffene zu Verantwortlichen erklärt. Das "gemeinsame Boot, in dem wir alle sitzen" ist immer noch hochwirksam, sitzt tief verinnerlicht in den Köpfen fest - trotz zunehmender Widersprüche.

## Menetekel Globalisierung?

Globalisierung, Neustrukturierung des Weltmarktes mit verschärften kapitalistischen Produktionsbedingungen, einhergehend mit einer sich durchsetzenden Liberalisierungs- und Deregulierungspolitik, unterzieht die existenziellen Rahmenbedingungen einer eigenen speziellen Dynamik. Was Anhänger\*innen eines neo-liberalen Pragmatismus frohlocken lässt, weil diese eine neue Ära prosperierender und wachsender Wirtschaft heraufziehen sehen, wirkt sich für andere katastrophal aus: Zunehmende soziale Ungleichheit, wachsende Verteilungskämpfe und soziale Konflikte, ansteigende Flucht- und Migrationsbewegungen.

Unter der Dynamik der Globalisierung scheint sich die Bedeutung nationaler ökonomischer Steuerungsregularien dahingehend zu verändern, dass zunehmend die staatlichen Rahmenbedingungen den Bedürfnissen eines global operierenden Kapitals untergeordnet und angepasst werden.

Schwierig ist es, zwischen realen Momenten ökonomischer Veränderung und der Fiktion eines bedrohlichen Szenarios zu unterscheiden, das die "Globalisierung" zum "übermächtigen" Faktor werden lässt, der jedwede herkömmliche Machtstruktur unterzuordnen scheint und der den Menschen zu verstehen geben will, sie seien einem unabwendbaren Schicksal gleichsam ausgeliefert.

"Globalisierung" wirkt somit dual - nicht nur auf der Basis realer Strukturveränderung, sondern ebenso auf ideeller, besser propagandistischer Ebene. Globalisierung dient damit als Drohung sowie als Brechstange zur Durchsetzung von Entgarantierung, Ausdünnung sozialer Sicherung und ebenso zur Durchsetzung von ökologisch unverträglichen Großprojekten. Der Weltmarkt, seine "Gesetze" und die Möglichkeit, Arbeitsplätze zu verlagern sind schon längst zum Todschlagargument und zur Universalwaffe in der sozial-ökonomischen Auseinandersetzung geworden.

„Allein der Markt regiert. Eine neue industrielle Revolution bricht an: Kapitalismus ohne Grenzen. Der weltweite Wettstreit um Jobs und Löhne wird das Leben radikal verändern. Hilflös stehen nationale Regierungen, die allein das Wohl ihres Landes im Auge haben, Konzernen und Anleger\*innen gegenüber, die längst global denken. Verliert die Politik ihre Macht?“<sup>102</sup> (Spiegel)

Alle sind unterworfen, alle müssen sich beugen, selbst die Regierungen (die "nur das Beste wollen") müssen sich unterordnen. Das ist bitter. Wenn schon die Mächtigen ohnmächtig sind - was soll der oder die Einzelne da noch ausrichten? Besonders bemerkenswert in der Darstellung des Spiegel: Der als solcher

---

reale Lohnstückkosten sogar am niedrigsten, den höchsten Wert hat Japan."

Frankfurter Rundschau, 31.7.96

<sup>102</sup> Spiegel, Nr. 39, )96

implizierte Interessengegensatz zwischen nationaler Regierung und Konzernen.  
Die BRD als Opfer einer Konzernverschwörung?

Die ökonomische Struktur der BRD, mit einer Vielzahl transnational operierender deutscher Konzerne, ist jedoch mitnichten "Opfer", sondern integraler Bestandteil weltwirtschaftlicher Prozesse. Entgarantierung, Destabilisierung und Abbau sozialstaatlicher Versorgung sind gewollt, entsprechen diesem Kontext und erfolgen keineswegs unter dem "Zwang der Verhältnisse" - wie den Untertanen glaubhaft gemacht werden soll.

Die Klage deutscher Industriemagnaten und Wirtschaftsführer über "unerträglich hohe Lohn- und Lohnnebenkosten" klingt angesichts des ökonomischen Potenzials der Unternehmen wie blanker Hohn. "Nicht nur liegen die Lohnstückkosten, die die gesamte Arbeitskostenbelastung umfassen (Quotient aus Lohnkosten pro Arbeitsstunde und Stundenproduktivität der Beschäftigten) in Deutschland 1995 niedriger als in allen anderen Industrienationen (USA, Japan, Großbritannien, Frankreich), sondern sie sind auch noch seit 1993 stärker gesunken als in drei der anderen Nationen."<sup>103</sup> Dass so schlecht die Bedingungen des Wirtschaftsstandortes für die Kapitaleseite nicht sein können, belegten schon die Entwicklungszahlen der Jahre 1980 bis 1990 der "alten" Bundesrepublik:

Weltmarktanteil	10,8 %	13,1 %
Profitrate	20 %	27 %
Arbeitslose	900.000	1,8 Mio.
Arme	1,2 Mio.	2,8 Mio.
Lohnquote	85 %	78 %
Sozialleistungsquote	33 %	29 % <sup>104</sup>

Dass Reichtum in der Gesellschaft der BRD ungleich verteilt ist und die Verfügung über Güter, Grund und Boden in den Händen einer Minderheit konzentriert liegt, ist beileibe nicht neu. "Fünf Prozent der privaten Haushalte besitzen mehr als ein Drittel des gesamten privaten Vermögens [...]. Die untere Hälfte der Gesellschaft besitzt dagegen nur knapp zehn Prozent aller privaten Vermögenswerte..."<sup>105</sup>

Deutlicher geht es kaum, der Prozess gesellschaftlicher Umverteilung schreitet zudem weiter voran: "Das verfügbare Realeinkommen der Selbstständigen stieg von 1980 bis 1995 im Vergleich zum Durchschnittseinkommen um 54,3 Prozent, während das der Arbeitnehmer um fast 10 Prozent sank."<sup>106</sup>

Entgarantierung und Ausdünnung des sozialen Netzes erfolgen nicht, um die in Not geratene deutsche Wirtschaft ("unseren Standort") gegenüber dem Druck des Weltmarktes zu verteidigen, sondern unter dem Gesichtspunkt, einen hochprofitablen Standort noch profitabler machen zu wollen. Nicht nur die Leistungen der sozialen Absicherung werden zurückgefahren, sondern die Kosten zur Erbringung dieser Leistungen werden zunehmend zu Ungunsten der abhängig Beschäftigten umverteilt - alles unter gleichzeitig steigenden Gewinnen der anderen Seite. "Und selbst bei Berücksichtigung der Summe aller gesetzlichen Sozialabgaben ergibt sich immer noch folgendes Bild:

---

<sup>103</sup> J.Huffschmid, n. Klartext, IG Medien Wiesbaden 3/96

<sup>104</sup> Quelle, Ebd.

<sup>105</sup> Spiegel 40, 1997

<sup>106</sup> Ebd.

Betrag die Arbeitgeberbelastung aus Steuern und Sozialabgaben 1979 noch 14 Prozent des Bruttosozialprodukts, so liegt sie 1995 nur noch bei 11,6 Prozent - wohlgernekt einschließlich des Solidaritätszuschlags und des neuen Arbeitgeberanteils an der Pflegeversicherung."<sup>107</sup> Im gleichen Zeitraum (1979-1995) stieg der Anteil der Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen am BSP von 16,1 auf 18,9 Prozent, während der Anteil der Nettolohn- und Gehaltssumme von 33,9 auf 28,2 Prozent zurückging.<sup>108</sup> Die deutsche Wirtschaft, die am Beispiel der Exporte seit Jahren einen der Spitzenränge belegt, konnte, trotz einer DM-Aufwertung und der damit verbundenen Preissteigerung der Produkte um ca. 30 Prozent in den letzten 6 Jahren, ihre Position und damit ihre Gewinne sichern.<sup>109</sup>

Das Streben nach Profitmaximierung und die gleichzeitige Minimierung der Unkosten ist an sich nichts Überraschendes - so sehr jedoch Ausbeutung auf der einen Seite hemmungslos im weltweiten Rahmen betrieben wurde, so sehr war auf der anderen Seite die "deutsche" Arbeitnehmer\*innenschaft im Rahmen sozialpartnerschaftlicher Gepflogenheiten vor härtester Ausbeutung geschützt und über soziale Sicherungssysteme vor dem tiefen Absturz relativ abgesichert. Neokolonialistische Wirtschaftsbeziehungen gereichten im Rahmen der "alten" Weltwirtschaftsordnung so nicht nur Banken und Großkonzernen zum Vorteil, sondern verschafften der Bevölkerung der Industrienationen das Privileg, sanfter ausgenutzt und gleichzeitig abgesichert zu werden, und zudem über ein relativ hohes Einkommen am Konsum der Warengesellschaft beteiligt zu sein. Festzustellen bleibt somit, dass sich die soziale Schere weiter öffnet, dass Reiche immer reicher und immer mehr Menschen ärmer werden. Die Zahl der Sozialhilfeempfangenden wuchs in der BRD von 1991 bis 1997 um 37 Prozent an.<sup>110</sup> Aber trotz zunehmender Entgarantierung und Ausdünnung der sozialen Sicherung ist Armut in Zentraleuropa etwas anderes als Armut in einem der Schwellenländer oder zum Beispiel in Südamerika. Die sozialen Auseinandersetzungen in Westeuropa sind unter diesen Voraussetzungen immer auch gekennzeichnet durch das Bemühen um Besitzstandswahrung. Unter dem Aspekt emanzipativer Ansätze heißt dies auch immer die zwangsläufige Auseinandersetzung mit dem Problem, dass der Kampf gegen soziale und ökonomische Verschlechterung die Gefahr beinhaltet, einfach nur die Privilegien "alter" internationaler Ausbeutungsgefälle beibehalten zu wollen. Auch wenn unter fortschreitender Globalisierung das Moment des Anpassungsdrucks weltweit spürbar ist, vollzieht sich die Umsetzung auf der Grundlage der vorhandenen Bedingungen. Die Folge ist eine zwar durch das gleiche Wirkmoment hervorgerufene, jedoch nach Qualität und Tempo durchaus unterschiedliche Veränderung sozialökonomischer Verhältnisse vor Ort.

Es ist in diesem Sinne richtig und wichtig, sich den gemeinsamen Momenten einer den Erdball umspannenden Veränderung zu widmen, die zum zweiten mal in diesem Jahrhundert das Gesicht des Kapitalismus einschneidend verändert - die aber, wie schon zuvor der Fordismus auch, zu einer Diversifizierung kapitalistischer Lebensbedingungen führen muss. Die Bedeutung der Frage, wie "verschärfte Bedingungen" an unterschiedlichen Orten, unter abweichenden

---

<sup>107</sup> F.U.Montgomery, Deutsches Ärzteblatt, 10/ März 97

<sup>108</sup> Ebd.

<sup>109</sup> Vergl. J.Huffs Schmid.

<sup>110</sup> n. Statistisches Bundesamt, Globus 98

Voraussetzungen zu durchaus verschiedenen Resultaten führen, ist immens. Nicht zuletzt an der Frage nach der Voraussetzung emanzipativer Bewegung wird deutlich, wie notwendig es ist, nicht nur an der Konstatierung neoliberaler Tendenzen und zunehmenden Globalisierungsdrucks und der damit verbundenen "allgemeinen Verschärfung kapitalistischer Lebensbedingungen" stehen zu bleiben, sondern sich den konkreten Voraussetzungen am jeweiligen Ort zu widmen. Die Folgen des Globalisierungsschubes bestehen mit Sicherheit in einer quantitativen Zunahme der Verlierer\*innen weltweit, über die Verteilung und Intensität von Elend und Leid ist damit noch nichts gesagt.

Die Globalisierung der Wirtschaft und die damit einhergehende Umstrukturierung des sozial-ökonomischen Gefüges weckt sowohl Befürchtungen bei denen, die um ihre gewohnte Sicherheit und Konsumkraft bangen, als auch möglicherweise sogar Hoffnungen und Illusionen bei denjenigen, die bisher am Rand der Produktions- und Warenzirkulation standen.

"Schneller als zuvor entsteht eine neue Topographie der Macht. Neue Länder steigen auf und mehren ihren Wohlstand - erst die Tigerstaaten Hongkong, Singapur, Südkorea und Taiwan, dann Mexico, Indien oder Brasilien; alte Imperien versinken im Meer der Mittelmäßigkeit- womöglich gehört Europa dazu."<sup>111</sup>

Die Betonung von "Ländern" sagt nichts aus über die Verteilung des Reichtums innerhalb dieser nationalen Strukturen (der letztendlich immer jenen ökonomischen "Eliten" zufließt), steht aber sehr wohl beispielhaft für die Art und Weise deutsch-europäischer Auseinandersetzung mit dem Thema. Befürchtet wird nicht nur ein ins ökonomische Hintertreffen geratender Standort Deutschland, sondern ein Zusammenbruch des sozialpolitischen Kontextes: Die Furcht vor dem Verlust gewachsener sozialökonomischer Strukturen und die Gefahr, der "Deklassierung" anheimzufallen, scheint begründet und wirkt als Disziplinierungsinstrument. Aber genau da besteht der Unterschied zum Beispiel zwischen Westeuropa und den Ländern des "Südens": Eben darin, etwas zu verlieren zu haben; was angestammtes Recht zu sein scheint, konsumieren zu können, sozial abgesichert zu sein und auch eine Rente und Versorgung im Krankheitsfall erwarten zu können - im Gegensatz zu denjenigen, die dies alles nicht oder nur sehr eingeschränkt für sich in Anspruch nehmen können. Die bei der Auseinandersetzung um den Standort Deutschland so in den Vordergrund gedrängte Lohnkostendiskussion lässt den oder die Mitbewerber\*in zum Beispiel aus Polen immer als Konkurrent\*in und nie als solidarische\*n Mitstreiter\*in erscheinen. Was sich für die einen als Bedrohung ihres Wohlstandes darstellt, ist für die anderen möglicherweise die, wenn auch trügerische, Hoffnung, Anschluss an die "Segnungen des Kapitalismus" zu finden, worunter genau jene Qualitäten verstanden werden, die jetzt perfiderweise postfordistisch gefährdet sind.

Globalisierung trifft somit auf unterschiedliche Opfer, spaltet sie weiter, entsolidarisiert und hetzt sie gegeneinander auf. Globalisierung ist also nicht nur ein Prozess, der reale ökonomische Bedingungen verändert, sondern ebenso die "Vorstellung, Phantasie, Angst und Hoffnung" von Menschen - eine Fiktion, die massenpsychologisch eine eigene Dynamik entwickelt.

Globalisierung, Weltmarkt und Standortvorteil sind die Schlagworte, die jedem Menschen "um die Ohren gehauen" werden, der sich öffentlich über Existenzsicherung, Lohnnebenkosten, geschweige denn Lohnerhöhungen, zu

---

<sup>111</sup> Spiegel, Nr. 39,1996



äußern wagt. Vorseilender Gehorsam in Sachen Lohnverzicht durch Belegschaften und Betriebsräte ist Ergebnis eines internalisierten "Wir-Gefühls", das an die trügerischen "gemeinsamen" Ebenen sozialpartnerschaftlicher Vergangenheit anknüpft. Arbeitgeberverbände und Kapitaleigner\*innen, die in geheuchelter Not bei steigenden Umsätzen und den seit Jahren höchsten Dividenden die Gefährdung "unseres" Standortes Deutschland beschwören, gleichzeitig die Zahl der Beschäftigten reduzieren, erscheinen im Kontext der Globalisierung als leidgeprüfte, "zwangsweise Handelnde", da sich den Gesetzen des Marktes niemand entziehen könne. Apokalyptisch lesen wir: "Schon im Jahr 2004, so prognostiziert der Internationale Währungsfond, werden die Entwicklungsländer mehr produzieren als alle Industrieländer zusammen. Und im Jahr 2020 wird Deutschland unter den sechs Wirtschaftsmächten nur noch auf Rang sechs rangieren, zwischen Indonesien und Südkorea und weit hinter der neuen Nummer eins, China."<sup>112</sup> Nicht nur ökonomisch und sozial, sondern auch ebenso im "nationalen Selbstverständnis" scheint Deutschland gefährdet. Die "Gelbe Gefahr" scheint einmal mehr das Spektrum des Bedrohlichkeitsszenarios zu beherrschen.

Der Wahrheitsgehalt und die Aussagekraft über die "Bedrohung des Abendlandes" bleibt jedoch fraglich, solange keine Aussagen gemacht werden über das, was angeblich produziert werden soll, über Verfügung und Verteilung der Waren und darüber, wer sie konsumiert. "Ein einziges Industrieland, die USA, stellt heute 27 Prozent des Weltsozialprodukts her. Die von der Weltbank als "reiche Staaten" definierten Industrieländer kommen zusammen auf knapp 80 Prozent der Weltwirtschaftsleistung, den Rest teilen sich die 64 "ärmsten Staaten" (5 Prozent), die 66 "armen Staaten der unteren Gruppe" (7 Prozent) und schließlich die aussichtsreichen 35 "armen Staaten der oberen Gruppe" (8 Prozent). Dazu passt, "dass sich das weltweite Wachstumsgefälle zwischen reichen und armen Ländern in den letzten Jahrzehnten nicht verringert, sondern vergrößert hat."<sup>113</sup> Der Verdacht liegt nahe, dass sich bei einer Erweiterung der Märkte, der fortgesetzten Industrialisierung einiger "Schwellenländer", kaum eine Umverteilung der Macht und des Reichtums ergäbe, sondern im Gegenteil eine Stabilisierung kapitalistischer Zentren die Folge wäre; diese blieben auch unter Globalisierungsbedingungen die gleichen.

Die forcierte Einbeziehung und Anbindung "neuer" Länder in die transnationalen Konzepte der Warenproduktion und -verteilung schafft die Voraussetzung einer in vielerlei Hinsicht flexibleren Kapitalakkumulation. Minimierung der Kosten durch die Möglichkeit, bestimmte Produkte unter günstigeren Bedingungen herzustellen, sowie die Chance, durch die Erschließung "neuer" Märkte Produkte profitabel absetzen zu können. Und ebenso - wie eh und je - beinhaltet die Einbeziehung und Ausweitung der Märkte unter Berücksichtigung modernster Fertigungs- und Kommunikationstechniken einen verschärften Anpassungsdruck für die "alten" Produktions- und Absatzzentren.

All dies ist im Prinzip nichts Neues, Internationalisierung der Produktion und des Verkaufs von Waren ist so alt wie der Kapitalismus. Neu ist die Rasananz des

---

<sup>112</sup> Ebenda

<sup>113</sup> Fischer-Weltalmanach, n. Trampert/Ebermann, Die neue Heimsuchung, Konkret 1/97

Prozesses einerseits und die Tatsache, dass es sich bei der Ausweitung der Märkte nicht mehr um nationale Strukturen handelt, die es zu erobern gilt, sondern um die Verknüpfung und Erschließung der jeweils günstigsten Option weltweit. Die Globalisierung von Fertigungsabläufen unter der Prämisse, den jeweiligen Standort den jeweiligen Erfordernissen gemäß wählen zu können, erfordert - unter Nutzung neuer Kommunikations- und Transporttechnologien - Netzwerkstrukturen, die ökonomisch ausschließlich den großen Multis zur Verfügung stehen. Als weltweit operierende Konzerne, deren Mitarbeiter\*innenstärke oft mehrere hunderttausende umfasst und deren Umsätze um die hundert Milliarden Dollar betragen (zehn Konzerne liegen weit darüber) stellen sie Machtfaktoren dar, die Wohl und Wehe ganzer Länder beeinflussen können. Nur sind es eben nicht die Nationalstaaten Westeuropas, Japans oder der USA, die sich "klaglos" den Bedürfnissen der Giganten zu beugen hätten - es sind die Länder der armen Regionen der Erde, die sich anpassen müssen oder aufgrund eines "Mangels an Ressourcen" aus der kapitalistischen Zirkulation herausfallen. Die ökonomischen und staatlichen Strukturen, in denen die Großkonzerne beheimatet sind, werden nicht zum Opfer einer Konzernpolitik, sind ihr nicht passiv unterworfen, sondern sie forcieren Prozesse wirtschaftlicher Liberalisierung und sozialer Entgarantierung. Die zunehmende Transnationalisierung des Handels, bei dem es also nicht mehr vorrangig darum geht, national begrenzte Ökonomien zu "erobern", sondern darum, arbeitsteilig vernetzt "rund um den Erdball" planen, produzieren und vertreiben zu können, beeinflusst die Funktion des Nationalstaates, basiert aber bis auf Weiteres auf ihm. Wichtig ist, die propagandistisch hochgepuschte "Zwangsläufigkeit" des Wandels als das zu bezeichnen, was sie vor allem ist: Als eine Möglichkeit, Konzepte sozialer und staatlicher Absicherung auszudünnen. Die Dynamik einer forcierten globalisierten Wirtschaft wird so zum Geburtshelfer der Sprengung teurer staatlicher Binnenkonzepte.

Die unter der Regierung Kohl durchgesetzte Ausdünnung sozialer Sicherungskonzepte, die unter der Rot-Grünen Folgeregierung nur zum geringsten Teil rückgängig gemacht werden, erfolgte nicht aus der "ökonomischen Not der Großunternehmen". Diese standen auch zuvor meist blendend da und sind nun, nach Freisetzung unrentabler Finnenanteile, Rationalisierungsprozessen und jahrelangen niedrigen Tarifabschlüssen, in der Lage, gestärkt aus der "Krise" hervorzugehen. Lohnverzicht und Akzeptanz entgarnter Prozesse erfolgten nicht zuletzt aus einer staatlich mitgeschürten Angst und Standorthysterie, die sich auch gegenwärtig nur schwer korrigieren lässt, zumal sie von Sozialdemokratie und Gewerkschaftsführung mit angeheizt wurde. Der Faktor, mit immer weniger Menschen und immer mehr Technik produzieren zu können hat, ebenso wie die Möglichkeit, Menschen verschiedenster Lohngruppen gegeneinander ausspielen zu können, prinzipiell nichts Zwangsläufiges an sich. Vielmehr sind diese Prozesse gewollt und entsprechen ureigenster kapitalistischer Dynamik. Anstatt sich in freiwilligem Gehorsam vor einer "allmächtigen Dynamik" zu ducken, fordern sie eigentlich Widerstand heraus, und es stellen sich hinter dem sich unangreifbar gebenden Geflecht internationaler Konzerne und Global Players die Fragen, die sich letztlich immer stellen: Die Frage nach der Macht, die Frage nach Sinn und Verteilung von Arbeit und nach dem gesellschaftlichen Reichtum.

Das, was gegenüber der Öffentlichkeit als Zwang ökonomischer Verhältnisse dargestellt wird, ist weitaus weniger ein schicksalhafter "Sich-fügen-müssen", sondern vielmehr die Chance, aus einer Staatskonzeption auszusteigen, deren

integrative und versorgende Bestandteile zu unprofitabel erscheinen. Zur Disposition gestellt wird somit auch ein Herrschaftskonzept, dessen soziale Sicherungsmaßnahmen systemstabilisierend wirken.

Regierungen und Kapital verfügen durch die "Globalisierung der Märkte" über ein hochwirksames Instrument und Argument zur Deregulierung. Inwieweit dieses genutzt und umgesetzt wird, ist jedoch nicht nur von den Erfordernissen dieses Globalmarktes und seiner Mechanismen abhängig, sondern ebenso von den nationalen Bedingungen des jeweiligen Machtzentrums. Die Gegebenheit, dass sich der Kapitalismus zunehmend transnational strukturiert, heißt nicht, dass er sich von seiner nationalen Basis abwendet. Im Gegenteil, ein global operierender Konzern bedarf weiterhin stabiler nationaler Strukturen, eines funktionierenden Staates mit regionalen und kommunalen Institutionen, im Bedarfsfall auch militärischer und polizeilicher Absicherung. Globalisierung ist somit mehr als Option auf die Beeinflussung bestehender Verhältnisse zu werten, weniger als automatische Notwendigkeit einer Adaption an Weltmarktbedingungen. Basis kapitalistischer Verwertung bleiben bis auf Weiteres national gefasste sozial-ökonomische Strukturen, deren jeweiliger Wandel eine spezifische Dynamik und Struktur erhält. Deregulierung und Entgarantierung sind so zwar durchgängig zu verzeichnen, wirken sich jedoch nach Ausmaß und Ausgangssituation sehr differenziert aus - eben nicht nur abhängig von den "theoretischen" Möglichkeiten der Profitmaximierung, sondern ebenso abhängig von Aspekten der Sicherheit, des Machterhalts, der Einbindung und letztlich auch vom Widerstand gegen verschärfte Ausbeutung.

Die Staaten hoher wirtschaftlicher Potenz haben, im Gegensatz zu den Ländern mangelnder wirtschaftlicher Attraktivität, die Möglichkeit, spezifischer auf den Globalisierungsprozess zu reagieren.

Die Konzepte "national"-ökonomischer Verbundsysteme am Beispiel des Euromarktes oder auch der NAFTA<sup>114</sup> werden durch Globalisierungstendenzen nicht aufgehoben, sondern von den beteiligten Staaten weiter mit Hochdruck betrieben. Regional protektionistische Züge sind dabei durchaus ein Merkmal im Kampf um Marktvorteile in der Auseinandersetzung zwischen den vorherrschenden kapitalistischen Zentren.

Die USA auf dem Amerikanischen Kontinent, Europa unter der Führungsmacht BRD und Japan in Fernost versuchen weiterhin, zur Stärkung ihrer Position regionale Einflussphären auszubauen und abzusichern. Das jeweilige Vorgehen ist dabei durchaus unterschiedlich: Steht bei der amerikanischen NAFTA die eher an ökonomischen Gesichtspunkten orientierte Freihandelszone deutlich im Vordergrund, so geht es in der EU auch um eine politisch-strukturelle Etablierung. Die sozioökonomischen Realitäten der verschiedenen Gesellschaftsmodelle weichen erheblich voneinander ab. Gewachsene Struktur staatlich-gesellschaftlicher Regularien, sei es das Verhältnis von Bürger\*innen und Staat oder auch soziokulturelle Bedingungen, führen zu unterschiedlichen Reaktionen auf die veränderten "globalisierten" ökonomischen Bedingungen. Inwieweit staatliche Konzepte zu Erfüllungsgehilfen der Deregulierungspolitik werden und von einer in Zentraleuropa in Bezug auf die Herrschaftssicherung bewährten Politik der sozialstaatlichen Garantenstellung abweichen, ist einerseits von der spezifischen "nationalökonomischen" Potenz, sprich, der wirtschaftlichen Position

---

<sup>114</sup> Nordamerikanische Freihandelszone, Wirtschaftsverbund

auf dem Weltmarkt, abhängig, als auch andererseits von dem zu fürchtenden sozialen Widerstandspotential. Zweifellos wachsen auch in den Staaten Zentral- und Nordeuropas die sozialen Ungleichheiten und es zeichnen sich verstärkt gesellschaftliche Differenzierungen und regionale Verwerfungen ab. In den Ländern mit einer "sozialpartnerschaftlichen" Tradition geht diese Entwicklung jedoch von einem im internationalen Maßstab sehr hohen sozialen Niveau aus. Das heißt, dass einerseits die strukturellen Sicherheitsnetze einen vergleichsweise hohen Standard besitzen und somit einen relativ breiten Spielraum zur Ausdünnung anbieten, und andererseits zur Zeit noch so viel "Netz" übriggelassen werden kann, dass der Sturz ins Bodenlose vermieden wird. Es verschärft sich die Polarisierung, aber ein völliges Auseinanderdriften der Sozialstruktur kann vorerst vermieden werden.

Die besonderen historischen Bedingungen, die zu einer speziellen Entwicklung des Kapitalismus in einigen europäischen Ländern geführt haben, sind nicht einfach auf andere Länder übertragbar. Die Tendenz, dass neoliberale Bestrebungen sich hier (von der Periode des Thatcherismus in Großbritannien einmal abgesehen) langsamer und modifizierter auf ökonomische und soziale Regularien auswirken als zum Beispiel in den USA, heißt noch nichts in Bezug auf den Ausgang des Rennens, auf den Sieg in der nächsten Etappe, im Kampf um Märkte und Gewinne. "Tatsächlich scheint sich das herrschende imperialistische Konkurrenzverhältnis zwischen verschiedenen kapitalistischen Gesellschaftssystemen zu entwickeln. Welches dieser Zentren sich letztendlich als dominierend durchsetzen wird ist durchaus offen. Offen ist allerdings auch, ob sich die regionalen Unterschiede im Zuge einer neoliberalen Globalisierungspolitik durchhalten lassen."<sup>115</sup>

Innerhalb der ökonomischen Rahmenbedingungen der BRD ist es durch hohe Produktivität und (trotz relativ hoher Löhne) niedrigen Lohnstückkosten möglich, hohe Gewinne zu erwirtschaften. Das System sozialer Absicherung wird, wenn auch ausgedünnt, weiter finanziert. Noch, denn genau diese Finanzierung wird zunehmend schwieriger, weil sie klassischerweise vom Beschäftigungsgrad abhängig ist. Sozialabgaben, Krankenversicherungsbeiträge und Rentenbeiträge werden bekanntermaßen hälftig von Arbeitgeber\*in und -nehmer\*in geteilt. Die im Rahmen moderner Produktionsverfahren und der Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland eingesparten Arbeitsplätze vermindern einerseits die Einnahmen des Staates und erfordern andererseits finanziellen Aufwand beim Einsatz sozialer Sicherung. Unter dem Gesichtspunkt reiner Profitmaximierung ist dies kein Problem, im Gegenteil: Schwieriger stellt sich dies bei der Frage des künftigen Finanzierungsmodus staatlicher sozialer Sicherungssysteme dar. Die Auseinandersetzung über die Korrelation von Profitmarge und Renten- und Gesundheitssystem sowie sozialer Mindestsicherung ist im Gange. Sie wird von Kapitaleseite vor allem mit dem Argument der Standortattraktivität (siehe oben), von Gewerkschafts- und SPD-Seite auf klassischer Grundlage alter sozialpartnerschaftlicher Parität geführt. Dreh- und Angelpunkt dieses Ansatzes ist und bleibt eine möglichst hohe Beschäftigungsrate, ein Ansatz, der bei steigender Produktivität und zugleich fallenden Beschäftigungszahlen reichlich antiquiert anmutet. Abschaffung von Überstunden und auch die Verkürzung der Arbeitszeit sind unter dem Aspekt, die anfallende Arbeit gleichmäßiger verteilen zu wollen,

---

<sup>115</sup> Joachim Hirsch, Die Restrukturierung des kapitalistischen Weltsystems, Die Beute 2/96

richtig gedacht - gehen aber, leider, ein wenig an den Bedingungen kapitalistischer Produktion vorbei. Was zählt ist ein möglichst hoher "Ausstoß" an Waren oder Dienstleistungen bei geringstmöglichem Kapitaleinsatz. Unter dem Einsatz von High-Tech-Fertigung und Slim-Produktion trägt die Möglichkeit, Kosten im Personalbereich einsparen zu können, in einem ähnlichen Maß zur Gewinnsteigerung bei wie die direkte Absatzsteigerung. Warum sollte unter dieser Prämisse auch nur ein Arbeitsplatz mehr geschaffen werden als unbedingt nötig? "Es geht längst nicht mehr um die Umverteilung von Arbeit, sondern um die Umverteilung von Arbeitslosigkeit - eben auch verdeckt in den neuen Mischformen von Arbeitslosigkeit und Beschäftigung, weil diese offiziell als "(Voll-)Beschäftigung" gelten (befristete, geringfügige, Teilzeit-Arbeit usw.). Dies gilt gerade auch für die sogenannten Beschäftigungsparadiese USA und Großbritannien, wo diejenigen, die in der Grauzone zwischen Arbeit und Nichtarbeit leben und sich oft mit Hungerlöhnen begnügen müssen, längst die Mehrheit bilden."<sup>116</sup> Mehr denn je herrschen die Gesetze des Marktes: Die Nachfrage nach Arbeitskraft ist gering - also sinkt der Preis.

Die Zahl derer, die bereit (und natürlich auch gezwungen) sind, sich für weniger Geld zu verkaufen, wächst. Das Festhalten an den alten Maximen eines Wohlstandes durch Vollbeschäftigung, wie sie zu Zeiten fordistischer Produktionsregularien Gültigkeit besaßen, wird heute zum Bremsklotz an der Entwicklung neuer Perspektiven. Die Tatsache, dass steigender Gewinn und Wirtschaftswachstum nicht neue Arbeitsplätze in den ökonomischen Zentren schaffen, sondern vielmehr wachsender Profit erst durch Abbau von Arbeitsplätzen ermöglicht wird, sollte eigentlich auch den letzten Anhänger\*innen sozialpartnerschaftlicher Denkart die Augen öffnen.

Es bietet wenig Perspektive, knapper werdenden Arbeitsbedarf zu womöglich schlechteren Löhnen auf möglichst viele Menschen zu verteilen. Das mentale Kleben an der überkommenen Regel der Vollbeschäftigung wird zur Schere im Kopf bei der Entwicklung und Neuformulierung neuer (und alter) Ziele. Die breite gesellschaftliche Akzeptanz einer Maxime, nach der der Wert eines Menschen entscheidend an seiner Leistungsfähigkeit und Produktivität gemessen wird, hat in Zeiten erheblich reduzierter Arbeitsplätze eine weitreichende (und sich nicht nur auf geringeres Einkommen beziehende) Konsequenz. Die Tendenz und Akzeptanz, gesellschaftliche Probleme, die sich aus der sich verschärfenden ökonomischen Situation ergeben, mittels sozialdarwinistischer Methoden zu lösen, wächst erheblich. Mit steigendem Frust darüber, die eigene Leistungsbereitschaft gar nicht mehr (oder nur noch schlecht bezahlt) unter Beweis stellen zu können, schwindet nicht nur das eigene Selbstwertgefühl, es wächst auch die Wut, die, nach altbewährtem Muster, gegen die Anderen gerichtet wird. Es sind nicht nur Ausländer\*innen und Flüchtlinge, die in bekannt rassistischer Manier als Bedrohung deutscher Arbeitsplätze herhalten müssen, sondern es sind zunehmend auch alte, kranke und behinderte Menschen, die mehr und mehr als unproduktiver Kostenfaktor gesehen werden. Das Bild sozialer Auseinandersetzung wird zunehmend durch eine Diskussion geprägt, in der Menschen vor allem im Kosten-Nutzen-Kontext erscheinen. Der grausame "Witz" von der "Abschussprämie für überfahrene Rentner" gewinnt immer realere Bezüge.<sup>117</sup>

---

<sup>116</sup> Ullrich Beck, Kapitalismus ohne Arbeit, Spiegel 20/1996

Solange es auch von den Betroffenen akzeptiert bleibt, dass der Wert von Menschen sich an ihrer Verwertbarkeit misst, besteht nicht nur die Gefahr sozialer Deklassierung und Ausgrenzung, sondern die Perspektive des Horrors: vom nicht vollwertigen über das minderwertige zum unwerten Leben erklärt zu werden.

Kürzungen bei Rentner\*innen, Einsparungen bei Hilfen für Kranke und Menschen mit Behinderung und verminderte Sozialhilfe auf der einen Seite bei gleichzeitig wachsenden Reichtum auf der anderen Seite erfordern die Infragestellung der Prinzipien Leistung und Wert genauso wie die Tatsache, dass ein großer Teil gesellschaftlicher Arbeit (fast ausschließlich von Frauen) sowieso unentgeltlich erfolgt.

Im Rahmen einer Perspektivendiskussion kann es also nicht mehr länger nur darum gehen, vorhandene Arbeitsplätze zu retten, Überstunden umzuverteilen und sich möglichst teuer zu verkaufen.

Um nicht falsch verstanden zu werden: Es ist absolut richtig, all dies zu tun, und es wäre schon ein Fortschritt, würden die betrieblichen Auseinandersetzungen konsequent geführt und nicht - wie schon so oft - im sich anpassenden, vorauseilenden Gehorsam beigelegt.

Trotzdem ist es nicht genug, denn all dies nützt denjenigen, die aus den Zirkularen der Verwertung herausgeschleudert wurden, zu alt oder nie leistungsfähig genug waren, wenig. Es gilt, die Verknüpfung von Wert und Produktivität zu entkoppeln, die Definitionen sowohl von Wert als auch von Arbeit neu zu fassen und auf dieser Grundlage eben nicht nur über die Verteilung von Arbeitsplätzen, sondern vor allem auch über die egalitäre Verteilung von gesellschaftlichem Reichtum nachzudenken.

Die Notwendigkeit, die Auseinandersetzung nicht auf die materielle Ebene zu begrenzen, sondern ebenso auf den Moral- und Wertebereich der Gesellschaft auszudehnen, zeigt sich auch an den in den letzten Jahren stattgefundenen sozialen und ökonomischen Kämpfen.<sup>118</sup>

Neben der Hoffnung auf eine wachsende Distanz vieler Menschen gegenüber einem Staat, der zunehmend soziale Entgarantierung durchsetzt und zumindest

---

<sup>117</sup> "Beispiel Herzoperationen: kompliziert und teuer. Sollte man nicht darüber nachdenken, solche Operationen nur noch bis zum 65. Lebensjahr vorzunehmen?" (Irmtraud Gürkan, Verwaltungsdirektorin Uniklinik FfM, FAZ, 7.2.96)

<sup>118</sup> Seien es die, von den drohenden Zechenstilllegungen betroffenen Kumpel, die ungewohnt forsch das Bonner Regierungsviertel heimsuchten und Beamtinnen sowie Parlamentarierinnen unangenehm nahekommen, oder die Bauarbeiterin Berlin die für Furore sorgten; es zeigte sich (bei allem Respekt für das entschlossene Vorgehen) nicht nur wie schnell der Spuk mit faulen Kompromissen und unter Intervention der Gewerkschaftsführung zu beenden war, es zeigte sich auch ein selten gesprengter Rahmen ureigenster Interessen und Besitzstandswahrung. Die Richtigkeit (un)konventionellen Vorgehens und Notwendigkeit Direkter Aktionen, kann nicht über ein Defizit inhaltlicher Art hinwegtäuschen, wie es zum Beispiel in den Auseinandersetzungen um den Einsatz ausländischer Bauarbeiter auf Berliner Baustellen zum Ausdruck kam. Hier mischte sich mehr als einmal die richtige Forderung nach Mindestlohn (der allerdings wesentlich höher liegen müsste als der diskutierte) und Arbeitssicherheit (für alle am Bau Beschäftigten) mit latenter oder auch offener Fremdenfeindlichkeit.

partiell seine integrative, "versorgende" Potenz unterminiert, wächst begründet das Unbehagen und die Angst, dass der Charakter einer möglichen Reaktion auf sozialen Abbau zunehmend mehr von Egoismus, als von Solidarität geprägt sein könnte. Das Hemd, welches bekanntlich näher sitzt als die Hose, droht zur mentalen Zwangsjacke zu werden, die Spannbreite der Verhaltensmöglichkeiten könnte sich leicht auf die Reichweite der Ellenbogen begrenzen.

Die sozial-ökonomische Verschärfung und ein Wandel staatlicher Funktion werden auf Dauer zu einer veränderten Wahrnehmung und zu einem anderen Akzeptanzverhalten der Bürger\*innen gegenüber dem Staat führen. Ob es dabei "nur" um Besitzstandswahrung geht, oder um mehr, ob letztendlich die Frage nach gerechteren Produktions- und Verteilungsaspekten und somit auch um die Frage nach gerechten globalen Lebensbedingungen gestellt wird, ist nicht zuletzt von der psycho-dynamischen Verarbeitung abhängig.

## **Konsequenzen und Intervenierungsansätze**

Mit dem partiellen quantitativen und qualitativen Rückzug aus der Garantstellung des Staates bei sich gleichzeitig verschärfender ökonomischer Situation verändern sich die Rahmenbedingungen im Mensch-Staat-Verhältnis. Es entstehen Spannungen und Risse im gesellschaftlichen Gefüge, die jedoch nicht automatisch zur Grundlage emanzipativer Prozesse werden. Die Diversifizierung der sozial-ökonomischen Struktur, sowohl im Sinne vertikaler Veränderung (Kapitalkonzentration, steigende Armut, geringfügige und Teilzeitarbeit) als auch in Bezug auf horizontale Modifikation (urbane "attraktive" Standorte, Global Cities, Ballungszentren, periphere Gebiete) führen zu einer fortschreitenden Destabilisierung gewohnter und als halbwegs sicher empfundener Umgebung. Angst vor sozialem Absturz und die Furcht davor, selbst einem Desintegrationsprozess anheim zu fallen, führen mehrheitlich zu Anpassungs- und Verteidigungsmechanismen vielfältiger Art. Die seltenen Fälle eines sich entwickelnden breiten Widerstandes, zum Beispiel gegen die Vernichtung tausender von Arbeitsplätzen, sind meist getragen von dem Bestreben, den sozial-ökonomischen Status quo ante wiederherzustellen. Die Enttäuschung über einen Staat, der sich in den Augen vieler genau in dieser Situation seiner Verantwortung entzieht, lässt zwar vordergründig Distanz und Misstrauen gegenüber staatlichen Organen wachsen, führt aber seltenst zur grundsätzlichen Infragestellung der Herrschaftsmechanismen - ganz zu schweigen von der Entwicklung humaner libertärer Alternativstruktur. Anstatt sich dieser Auseinandersetzung zu stellen, wünschen sich viele nur den alten "Vater Versorgungsstaat" zurück, der den sozialen Frieden, und damit die eigene Position, sichern möge - und/oder sie rufen nach jenem starken Staat, der sie protegiert und schützen soll, notfalls auch gegen die Anderen, die Nichtdeutschen, die Mafia, die Kurden, oder wer auch immer gerade aktuell als Bedrohungsmoment aufgebaut wird. Enttäuschung wird in diesem Sinne selten aufklärerisch (sprich: als das Ende einer Täuschung) verarbeitet, sondern führt zu einer vermehrten Zuwendung zur bewährten Struktur, die sich zwar wahlmüde, aber letztendlich doch in der Stimmabgabe für die jeweils geeignetste erscheinende Partei zu erschöpfen droht.

Die potentielle "Gefahr", dass sich innerhalb der aufbrechenden Risse des Sozialgefüges und einer etwaigen wachsenden Distanz gegenüber staatlicher Regulation emanzipative Ansätze verbreitern und an Struktur gewinnen könnten, scheint durch die autoritäts- und versorgungsgewohnte Struktur der meisten Betroffenen auf ein kalkulierbares Maß reduziert zu sein. Diejenigen, die staatliche Entgarantierung forcieren, bauen darauf, dass das Denken und Handeln der Betroffenen, trotz erheblicher Irritation, nicht aus dem gewohnten Rahmen ausschert, andere Wege sucht, letztendlich unkalkulierbarer und eigenständiger wird. Es ist kaum verwunderlich, dass die meisten derjenigen, die jetzt zum Beispiel von Arbeitsplatzverlust oder Lohnminderung bedroht sind, ihr Heil in der Anpassung und nicht im offenen Widerstand suchen. Nicht nur mangelnder Erfolg, vielmehr unzureichende Erfahrung auf der Ebene konfrontativer Auseinandersetzung sowie der Mangel an sozial tragender Struktur, der die Isolation und die Angst des oder der Einzelnen überwindbar erscheinen lässt, sind oftmals Elemente, die zur Entstehung weitergehender emanzipativer Prozesse nötig wären.

Die partiell veränderten Rahmenbedingungen und die ansatzweise Entflechtung von Mensch und Staat, die sich unter der Entgarantierungstendenz abzeichnet, die - wenn auch nur begrenzte - Distanz zwischen Menschen und Staat an bestimmten Problempunkten, treffen auf eine gesellschaftliche Grundstruktur, die nach wie vor über Einbindung und Identifikation der oder des Einzelnen mit dem Gesamtsystem funktioniert. Die Methode, soziale Sicherungssysteme kostengünstig auszudünnen, gefährdet auf Dauer diese Ebenen der Einbindung und Identifikation erheblich, doch noch kann darauf vertraut werden, dass Momente des Widerstandes (bei noch wirkender "alter" Denk- und Handlungsstruktur der Betroffenen) relativ beschränkt bleiben. Dies mag eine Zeit lang funktionieren, solange Mindestgarantien und vor allem die Angst, dieses "wenige" an verbleibender Sicherheit eventuell auch noch zu gefährden, die Menschen in verunsicherter Starre abwarten lassen, was passiert (Die Momente des Widerstandes hinken sozusagen, was die Radikalität der Veränderung anbelangt, deutlich inadäquat hinterher). Auf Dauer jedoch könnte ein zu radikales Vorgehen auf Seiten der "Entgarantierer" den noch tragfähigen Konsens einer Gesellschaft gefährden, die Polizei und Justiz nur im Ausnahmefall gegen Streikende und Protestierende einzusetzen pflegte. Konnte bisher getrost darauf vertraut werden, dass sich die meisten (der wenigen aktiv Protestierenden) selbständig und mit der Schere im Kopf den eigenen Aktionsradius beschneiden, so könnte dies in Zukunft weniger gut funktionieren.

Es gilt zu intervenieren, nicht nur, weil wir selbst Betroffene sind, sondern auch, um nicht denen Raum zu geben, die Risse im gesellschaftlichen Gefüge mit rassistischen und autoritären Inhalten füllen, die schnelle Lösungen anbieten auf Kosten derer, die ausgegrenzt oder von Ausgrenzung bedroht sind. Emanzipative Ansätze entwickeln sich nicht automatisch aus gesellschaftlichen Spannungen heraus; ein sensibler Umgang mit der Angst vor neuen (nicht autoritären) Perspektiven bedarf eines ansatzweise tragfähigen sozialen Gerüsts Strukturen, die im persönlichen und menschlichen Bereich Sicherheit vermitteln - eine Sicherheit, die nicht erdrückt und neue Abhängigkeiten schafft, sondern Handlungsebenen erschließt. Aspekte einer Widerstandskultur, die sich, wie schon oft gefordert, eben nicht nur an den Frakturlinien des gesellschaftlichen Funktionierens entwickeln darf, sondern vor allem auch im Bereich des "normalen" sozialen (Alltags-)Gefüges. Die kritische Überprüfung "unserer"



zwischenmenschlichen Beziehungen und Gruppenstrukturen hat an Notwendigkeit nichts eingebüßt. Erwartung von emanzipativem Verhalten wird schnell zur arroganten Überforderung, wenn nicht eigene Bereitschaft zum sozialen Handeln dieser Erwartung erfahrbar zur Seite gestellt wird. Die Auseinandersetzung mit Widerstandsperspektiven muss somit die strukturellen Veränderungen ökonomischer Faktoren berücksichtigen, ohne dabei die sozialpsychologischen Ebenen und deren Durchwirkung zu vernachlässigen.

Just-in-Time-Produktion zum Beispiel hat nicht nur fatale Auswirkungen durch die Möglichkeit, "überflüssige" Stellen abzubauen, sie macht das ökonomische System auch angreifbarer und verwundbarer. Die Blockade der nahtlos verknüpften Produktion-Transport-Produktion-Komplexe durch französische und später spanische Transportarbeiter\*innen 1996/97 brachte die Gefahr erheblicher (teurerer) Verzögerung zum Beispiel bei der Endmontage deutscher PKWs. Verdichtete ökonomische Systeme werden so rationeller, aber auch in jeder Hinsicht empfindlicher gegenüber Störungen, die nur durch reibungslosen Ablauf zu vermeiden sind. Proteste bewirken in diesem Zusammenhang eine kaskadenartige Verkettung von Folgeproblemen, bleiben nicht regional begrenzt, sondern wirken analog der ökonomischen Verflechtung sogar transnational. Die Dynamik und Komplexität ökonomischer Verzahnung, die nötig ist, um Rationalisierung, Outsourcing, Slim- und Just-in-Time Produktion umzusetzen, macht das System angreifbarer und empfindlicher gegenüber Störungen. Inwieweit Irritationen des sensiblen Geflechts globaler Ökonomie künftig zu unserem Repertoire von Kampfmaßnahmen gehören, wird sich zeigen. Fest steht, dass die Verwundbarkeit des Systems keinesfalls abgenommen hat. So utopisch der Gedanke an eine durchaus auch international kooperierende und aufeinander abgestimmte soziale Bewegung sein mag - auszuschließen ist es nicht, dass in fernerer Zukunft Streiks, Blockaden und Besetzungen mehr als lokal-regionalen Bezug haben. Neben der Bearbeitung des globalen, verzahnten Charakters der ökonomischen Struktur und seiner sozialen Bezüge (Global-Citys, Regionalentwicklung etc.) wäre eine stärkere Verflechtung bisher meist voneinander getrennt vollzogener Ansätze vonnöten. Die in den Jahren 1996/97 stattgefundenen Arbeitskämpfe wiesen zum Beispiel keine Bezüge zu den gleichzeitigen Auseinandersetzungen in Gorleben auf. Die Frage stellt sich, inwieweit es mittelfristig gelingt, die verschiedenen Aspekte sozial-ökonomischer Auseinandersetzung zusammenzuführen. Nötig wäre dies schon, um das immer wieder praktizierte Auspielen der einzelnen Fraktionen gegeneinander zu verhindern. So muss der oft ins Feld geführte und gegen uns verwandte scheinbare Konflikt zwischen Ökonomie und Ökologie, der als Arbeitsplatz- und Standortargument eingesetzt wird, um zum Beispiel beim Ausbau des Frankfurter Flughafens die Position der Betreiber\*innen zu stärken, von uns intensiver bearbeitet werden. Die ebenso notwendige Einbeziehung kommunaler und regionaler Strukturen ergibt sich hierbei nicht nur aus strategischen, sondern auch aus sozial-emanzipativen Gesichtspunkten. Die Bezugnahme auf die Bedingungen vor Ort und die Verankerung in den existierenden sozialen Strukturen sieht über die blanken inhaltlichen Aspekte hinaus. Emanzipative Ansätze ergeben sich damit zum Beispiel bei der Regionalentwicklung. Die Entwicklung des Rhein-Main-Gebietes zeigt in diesem Sinne exemplarisch die verschiedenen Ebenen und Ansatzmöglichkeiten emanzipativer Intervention. Das Spektrum der zu bearbeitenden Themen reicht in seiner Vielfalt von ökologischen (AKWs,

Flughafen, Verkehr, Verschmutzung, Lärm) über ökonomische (Arbeitsplatzabbau, Entgarantierung) hin zu sozialen (Wohnsituation, Sanierung) und zur Sexismus- und Rassismus Ebene (Arbeitsbedingungen in der Prostitution, Abschiebepaxis am Flughafen). All diese Themen, die in ihrer Wichtigkeit einander nicht nachstehen, sind nur unter Berücksichtigung der speziellen Geschichte und den sozialen Gegebenheiten der Region zu bearbeiten. Die besondere Bedeutung eines libertären Ansatzes bestünde darin, die oft genug nebeneinander existierenden Ansätze theoretisch und praktisch zu verzahnen und ihnen damit eine wesentlich höhere sozial-emanzipative Potenz zu verleihen. Gelingt dies nicht, werden auch künftig die einzelnen Elemente gegeneinander ausgespielt, zumindest stünden auch fürderhin die einzelnen Ansätze weiterhin nebeneinander, statt sich synergetisch zu ergänzen.

## **V. Das Beispiel eines sozialökologischen Konflikts: Flughafen Rhein-Main**

"Wenn man über Frankfurt fliegt, sieht man, dass da und dort noch Platz ist [...]. Wenn der politische Wille besteht, wird man das Gelände für die vierte Bahn finden." J.Grendel, Lufthansa-Sprecher

### **Die Ausgangslage...**

Seit der Chef der Lufthansa AG, Jürgen Weber, Ende 1997 die Forderung nach dem Bau einer weiteren Start- und Landebahn am Flughafen Rhein-Main aussprach, entbrannten die Diskussionen um die Bedeutung des Airports in vielerlei Hinsicht neu. Die jeweils zu einem Drittel in Besitz von Bund, Land Hessen und Stadt Frankfurt befindliche Flughafenaktiengesellschaft (FAG) als Betreiberin des Flughafens trommelte für den Ausbau, ebenso wie die schon erwähnte Lufthansa, deren Flottenhauptstandort Frankfurt ist.

Hauptargument der Ausbaubefürworter\*innen sind die Kapazitätsprobleme der vorhandenen Bahnsysteme.<sup>119</sup>

Spätestens im Jahre 2005 seien die Möglichkeiten am Flughafen endgültig ausgereizt, tönt es unisono von Betreiber- und Fluggesellschaftsseite. Wohl

---

<sup>119</sup> Mit 430.000 Starts und Landungen ließen sich bis zu 60 Millionen Passagiere durch die Terminals schleusen. Durch den Bau und die Inbetriebnahme des Terminal 2 sowie dazugehöriger weiterer "betonierter Logistik" soll die dazu nötige Infrastruktur "landseitig" bis zum Jahre 2000 zur Verfügung stehen. Der Zusammenschluss aller in Deutschland ansässigen Fluggesellschaften BARIG (Board of Airline Representatives) (ordert jedoch mit Verweis auf die steigende Nachfrage, die eine Steigerung von 74 auf 80 Flugbewegungen pro Stunde zur "reinen Kosmetik" werden lasse, eine erhebliche Ausweitung der Start- und Landekapazität. "Für den nächsten Sommerflugplan gibt es in den Spitzenzeiten Wünsche für 104 Slots (Start und Landungen) pro Stunde, machbar sind aber nur 76." (FR 8.11.97)

wissend, dass der Flughafen als ökologische Katastrophe eine sowieso industriell und infrastrukturell überbelastete Region wie das Rhein-Main-Gebiet in unzumutbarer Weise weiter malträtirt und ein Ausbau weit über die bestehenden Grenzen hinaus erneut wie in früheren Zeiten Widerstand hervorrufen könnte, argumentieren die Befürworter\*innen des Ausbaus mit ökonomischen Sachzwängen, vorzugsweise mit dem Faktor "Arbeitsplätze".

Angedroht werden Konsequenzen, die in der gegenwärtigen sozialökonomischen Situation keulenartig auf das Bewusstsein der betroffenen Menschen der Region wirken sollen: Wenn die Nachfrage nicht ausreichend befriedigt werden könne, sei Stagnation - schlimmstenfalls Rückgang - die Folge.

Gegenwärtig kann von Rückgang und Stillstand nicht die Rede sein, befindet sich der Flughafen Rhein-Main doch, trotz massiver Konkurrenz, im stetigen Aufwind.

Nach einem internationalen Vergleich des Jahres 1997 befindet sich der Flughafen weltweit auf Rang acht bezogen auf das Fluggastaufkommen - im Frachtbereich belegt er einen siebten Rang und ist damit in dieser Kategorie der größte Europas.

Die von den Flughafenbetreiber\*innen entfachte Diskussion entspringt nicht nur einem realen Bedürfnis der Flughafenutzer\*innen nach Kapazitätserweiterung. Sie kann als Versuch gewertet werden, frühzeitig und in einer momentan anscheinend günstigen Situation (Arbeitsmarktlage) Propaganda für den Ausbau zu machen und gleichzeitig das Widerstandspotential an den in die Diskussion geworfenen "Standorten" für eine neue Start- und Landebahn zu testen.

## Die Vorgeschichte...

Die Angst der Flughafenbetreiber\*innen vor offenem und breitem Widerstand sowie vor eventuellen langwierigen und kostspieligen Klageverfahren erwächst aus der inzwischen fast historisch zu nennenden Geschichte des Flughafenausbaus.

Seit den schweren Auseinandersetzungen um den Bau der Startbahn West sind siebzehn Jahre vergangen - die Räumung des Hüttendorfs 1981 als Zeitpunkt genommen. Die Chefs der Flughafenbetreiber\*innen und -nutzer\*innen haben auf die Faktoren Zeit und Vergessen gesetzt, bevor sie seit Ende 1997 massiv an das "Tabuthema" "Flughafenausbau außerhalb seiner Zäune" herangingen. Trotz dieses langen Zeitraumes sind die Menschen der Region bezüglich weiterer ökologischer Belastung hochsensibilisiert. Dies hat seinen Grund nicht zuletzt darin, dass die FAG seit der Inbetriebnahme der Startbahn West 1984 nie aufgehört hat, die Bürger\*innen des Flughafenumlandes mit weiteren Ausbaumaßnahmen zu konfrontieren.<sup>120</sup>

---

<sup>120</sup> Zu nennen sind nicht nur der Terminal 2 im Norden mit all der dazugehörigen Infrastruktur, sondern auch der über Jahre betriebene Ausbau von Cargo-City (Frachtumschlag) im Süden, angrenzend an die US-Air-Base. Damit verbunden waren großräumige Baumfällaktionen, die den "Restpuffer" des verbliebenen Waldes in Richtung Mörfelden-Walldorf weiter ausgedünnt haben. Im Norden angrenzend an die beiden Terminals erstreckt sich zurzeit eine der größten Baustellen der BRD: der Bau des Schnellbahnhofs (Köln-FfM) verschmilzt nahtlos mit der Modernisierung des Frankfurter Autobahnkreuzes.

Trotz der spürbaren Unruhe im Flughafenumland, die jeder weitere Einschnitt ins ökologische Gefüge immer noch verursachte, ist die ökonomische Potenz des Flughafens so groß - und die personellen Verflechtungen der Regierung mit Betreiberaufsichtsräten derartig eng verwoben - dass bisher keine hessische Landesregierung je daran gedacht hat, den Expansionsbestrebungen der Flughafenbetreiber\*innen spürbare Grenzen zu setzen. Im Gegenteil: Eher wurden Auseinandersetzungen provoziert oder in Kauf genommen, die mit der brutalen Räumung des Hüttendorfs auf der Trasse der 18 West im Jahre 1981 ihr größtes Ausmaß annahmen - und die dann mit der sinnlosen Erschießung zweier Polizisten auf einer Erinnerungsdemonstration aus diesem Anlass 1987 nicht nur dem Leben der Beamten ein Ende setzten, sondern ebenso den Aktivitäten der "Reste" einer ehemals breiten sozialen Bewegung gegen den Ausbau des Flughafens. Zuvor waren, ein halbes Jahr vor den Schüssen, auf den "1. Libertären Tagen" in Frankfurt am Main die teilweise erstarrten und ritualisierten Formen abgehobener Macho-Militanz kritisiert und eine zunehmende soziale Isolierung unsererseits diagnostiziert worden. Was später von manchen als die Tat eines einzelnen "Durchgeknallten" bezeichnet wurde, wurde in der Folge auch als Ergebnis struktureller oder auch moralisch-philosophischer Mängel auf unserer Seite diskutiert. Die nach den Schüssen einsetzende Verfolgung und Kriminalisierung reduzierte die Aktivitäten der Rest-BI fast vollständig auf die Ebene der Prozessbeobachtung. Die "militanten" Startbahngegner\*innen, die über Jahre die Demonstrationskultur auch über das Rhein-Main-Gebiet hinaus geprägt hatten, sahen sich in Vereinzelung und politische Defensive zurückgedrängt. Eine Bewegung, die vor allem in der Zeit des Hüttendorfs und der anschließenden Auseinandersetzung um die Startbahn West zu einer in der BRD eher seltenen Mischung aus jenen "Lang- und Grauhaarigen" zusammengewachsen war, die es den staatlichen Organen schwer machte, in der üblichen Manier von "teile und herrsche" (sprich: kriminalisiere die "kleine radikale Minderheit" und umsorge den "bürgerlichen" Teil) zu verfahren, war nicht ohne eigenes Verschulden weitgehend am Ende.

Schon in den siebziger Jahren waren vereinzelte Bürger\*innen vor allem aus dem direkten Flughafen-Umland aktiv, um sich mit den Auswirkungen des Luftbetriebs auseinanderzusetzen: Lärm durch startende und landende Flugzeuge, schwindende, teilweise zerstörte Waldbestände, eine stetig wachsende Luftverschmutzung und nicht zuletzt der gestörte Schlaf durch Nachtflüge (aktuell bis über 120 pro Nacht) trugen dazu bei, das Problembewusstsein auf lokal-regionaler Ebene zu schärfen und die klassischen Grenzziehungen durch Partei, Gewerkschaft und Kirchen zu überwinden. 1979 stimmten die mittlerweile gegründeten Bürgerinitiativen des Umlandes noch einer Verlängerung der beiden Parallelbahnen mehr oder weniger zu, in der Hoffnung, der damals bereits diskutierte Bau einer dritten Bahn (18 West) ließe sich so vermeiden. Ein Trugschluss, wie der weitere Verlauf beweisen sollte. Der Bau des Hüttendorfs im Startbahnwald wurde als reaktiver Akt des Ungehorsams von den Bürgerinitiativen gegen die weitere Forcierung des Ausbaus gesetzt. Diese "direkte Aktion" übte eine faszinierende Anziehungskraft auf viele Menschen aus, die sich als "radikal" definierten. Zu diesem Zeitpunkt schlossen sich auch die (meist großstädtischen) Linken, die vorher in den BI's oft nur um ihren Wohlstand besorgten "Kleinbürger\*innen" aus Mörfelden-Walldorf am Werk gesehen hatten, der sich enorm verbreiternden Protestbewegung an.

Ohne an dieser Stelle die zahlreichen Konflikte und Schwierigkeiten im Inneren der Bewegung verleugnen zu wollen ist feststellbar, dass die gewonnene Vielfalt des damaligen Widerstandes, bezogen sowohl auf die Unterschiede der beteiligten Personen (Alter, soziale Herkunft, ursprüngliche politische Heimat), als auch die Vielfalt der Aktivitäten (Hüttendorf, Volksbegehren, Initiativen allerorten) anwuchs - nicht zuletzt deshalb, weil immer wieder unter großen Mühen und vielen Auseinandersetzungen von allen beteiligten Fraktionen Spaltungen vermieden werden konnten. Die Zeit um den Bau des Hüttendorfes und die anschließende Verteidigung des Waldes war unter emanzipativen Aspekten ungeheuer wertvoll. Diese für viele Aktivist\*innen einzigartige Entwicklung bot ein ungeahntes Maß an Möglichkeiten eigener Erfahrungen und gemeinsamen Lernens. Die unterschiedlichsten Fähigkeiten flossen in die Bewegung ein und bildeten die Basis einer Bewegungsvielfalt, die vor allem durch die Bereitschaft faszinierte, Menschen anderer sozialer Herkunft als Bündnispartner zu tolerieren. Auch wenn diese Lernprozesse, wie schon bemerkt, immer wieder durch große Schwierigkeiten belastet waren, führten sie bei den unterschiedlichsten Menschen zu einer gemeinsamen Ebene gegenseitiger Achtung, die über lange Zeit starken Belastungen standhalten konnte. Die Menge der Menschen und die kreative Wut dieser bunten Mischung brachte die regierenden Sozialdemokrat\*innen in Bedrängnis.

Holger Börner, damaliger SPD-Ministerpräsident, musste zu den Hochzeiten des Startbahnkonfliktes 1981 den Altvorderen Willi Brandt als Ratgeber einfliegen, um sich seines Beistands in einer Zeit zu versichern, in der große Teile der Region gegen den Ausbau rebellierte und ca. 150.000 Menschen in Wiesbaden auf die Straße gingen, um ihre Interessen zu manifestieren. Eine Blockade des Airports über Stunden, die von Polizei und BGS-Einheiten weggeknüppelt werden musste, und die sich etablierenden militant-friedlichen "Sonntagsspaziergänge" trieben den materiellen und politischen Preis der Flughafenerweiterung in die Höhe. Es ging nicht mehr nur um die Notwendigkeit einer neuen Startbahn; es ging darüber hinaus um "Staatsräson".

1984 wurde die Startbahn in Betrieb genommen - eine vieltausendköpfige Menge demonstrierte wie üblich im Tränengasnebel des Startbahnwaldes. Der Staat und die FAG hatten sich durchgesetzt. Zwar waren die Regierenden vorsichtiger geworden - auf einen dritten Block C des AKW in Biblis wurde ebenso wie auf den Plan, eine Wiederaufbereitungsanlage in Nordhessen zu bauen, verzichtet - nichtsdestotrotz starteten die Flugzeuge nun über den Köpfen der Menschen der südlichen Anliegergemeinden. Mit der Inbetriebnahme der Startbahn West klinkten sich viele resigniert aus der Protestbewegung aus - manche, um sich verstärkt der Arbeit in der grünen Partei zu widmen, die sich gerade anschickte, mit den Gegner\*innen von eben an der ersten rot-grünen Koalition zu basteln - andere zogen sich ins Private zurück. Die Integrationskraft des Staates und das begierig von den Grünen aufgenommene Angebot der Beteiligung an der Staatsmacht wurden in ihrer komplementären Wirkung als einer der wirksamsten Beherrschungsmechanismen sozialer Bewegungen etabliert.

Ein Teil der Bewegung machte weiter, vornehmlich diejenigen, für die die Teilnahme am Protest an der Startbahn Bestandteil eines sozialen und politischen Bezugssystems geworden war, auf das sie nicht verzichten wollten. Es war vor allem dieser Teil der zerfallenen Protestbewegung, der sich jetzt, wie in den Jahren zuvor auch, mit dem Flughafen und seiner Bedeutung über ökologische Aspekte

hinaus beschäftigte. So hatten sich schon relativ früh Arbeitsgruppen der Gesamt-BI (AG Frieden) dem militärischen Aspekt des Flughafens zugewandt. Die Bedeutung der US Air Base (Gateway to Europe) wurde nicht nur im Kontext des Startbahn-West-Baues, sondern grundsätzlich problematisiert. Die Funktion des größten militärischen Frachtflughafens der US-Streitkräfte außerhalb der USA mit Drehscheibenfunktion im Spannungsfall wurde damals kritisch analysiert.<sup>121</sup>

Der Tod von sechs Menschen 1983 anlässlich einer Flugschau auf dem militärischen Teil des Frankfurter Flughafens - ein Starfighter war in der Nähe des Waldstadions abgestürzt und hatte zum Tod der Frankfurter Familie Jürges geführt (während wir auf dem Airport demonstrierten) - wie auch im Jahre 1985 der Tod Günter Sares bei einer antifaschistischen Demonstration in Frankfurt brachte eine Verschärfung der Auseinandersetzung mit sich. Militante Aktionen im Rhein-Main-Gebiet nahmen zu, während die theoretische Auseinandersetzung über Sinn und Unsinn bestimmter Widerstandformen chronisch hinterherhinkte.<sup>122</sup> Auch wenn die Schüsse an der Startbahn 1987 tatsächlich eine isolierte Einzelaktion mit fatalen Folgen waren, so besteht doch ein innerer Zusammenhang mit der (nicht zu einem produktiven Ergebnis geführten) Militanzdebatte. Die Tatsache, dass diese Ereignisse bis zum heutigen Tage nur mangelhaft aufgearbeitet wurden, ließ es umso notwendiger erscheinen, dass - zehn Jahre später - nicht nur wieder gegen einen erneuten Flughafenausbau mobilisiert wird, sondern dass, sozusagen von Anfang an, besagte Fehler vermieden werden sollten.

Nachdem 1997 bekannt wurde, dass die Flughafenbetreiber eine neue Offensive zur Durchsetzung einer oder mehrerer Flugbahnen planen, schlossen sich am 5.

---

<sup>121</sup> Die Auseinandersetzung mit dem militärischen Teil des Frankfurter Flughafens wurde bereits durch die 1982 durchgeführte Unterzeichnung des "Host Nation Support Wartime"-Abkommen notwendig. Die BRD erklärte sich in diesem Abkommen u.a. zum "Aufbau und zum Unterhalt umfassender Unterstützungseinrichtungen" bereit (vergl. FAZ; 23.2.82). Die militärischen Aspekte des Frankfurt Airport führten so zu einer Sensibilisierung und weitergehenden Aktivitäten in der "Friedensbewegung am Beispiel des Pershing/Nato-Doppelbeschlusses.

<sup>122</sup> Die Erfahrung eines Staates, der Großprojekte mittels bloßer Gewalt durchzusetzen suchte, führte nicht nur zu dem beschriebenen Versuch, mittels der Gründung einer eigenen grünen Partei, die als verloren gegangen empfundene Demokratie zurückzuholen, sondern auf Seiten derer die sich für klüger hielten, zu der nicht minder naiven Strategie, vornehmlich mittels militanter Aktionen die Konfrontation mit dem Staat zu suchen. Die wachsende integrierende Potenz des Staates wurde unterschätzt, so wie die eigene Stärke überschätzt wurde. Der resultierende Schwund an Breite der Bewegung konnte nicht aufgehalten werden, die folgende Steigerung an Militanz verschärfte zwar die Auseinandersetzung mit der Polizei, führte jedoch im gleichen Maß zu zunehmender Schwierigkeit der Rechtfertigung gegenüber der Bevölkerung. Die wachsende Isolation der militanten Fraktion war nicht nur Ergebnis einer wachsenden Pressehetze, sondern zu einem guten Teil auch selbstverschuldet. Sie war Ergebnis mangelnder Selbstkritik bezüglich einer abgehobenen Strategie, die immer weniger auf die Möglichkeit der Vermittlung, als vielmehr auf egozentrierter Eigendynamik basierte. Der emanzipatorische Aspekt zivilen Ungehorsams und/oder gezielter bewusster Grenzüberschreitung und militanter direkter Aktion geriet zusehends ins Hintertreffen gegenüber Machogehabe und Gruppendruck.

März 1998 unter dem Namen "Bündnis der Bürgerinitiativen gegen die Flughafenerweiterung - für ein Nachtflugverbot" vierzehn Initiativen zusammen, um mit vereinten Kräften an der Koordination des Widerstandes zu arbeiten. Das Spektrum erinnerte an "alte Zeiten" und reichte von BUND-Ortsgruppen über Stadtteilinitiativen bis zum außerparlamentarisch definierten libertären Flügel. Anwesend waren des Weiteren zahlreiche Grüne, integere Einzelpersonlichkeiten sowie auch Vertreter\*innen des parlamentarischen Geschehens. Diese waren allerdings nicht offizieller Bestandteil des Bündnisses. Dieses wuchs im folgenden Jahr stetig an, Anfang 1999 wurde die dreißigste Initiative gegründet.

Die verschiedenen Gruppen begannen mit eigenen Publikationen und Veranstaltungen, verstärkt in die Auseinandersetzung mit den diversen Ausbauvarianten zu gehen. Abgelehnt wurden prinzipiell alle - so wird es wohl hoffentlich nichts werden mit der deutlich erkennbaren Strategie der FAG, verschiedene Möglichkeiten der Erweiterung auf einmal zu diskutieren und dann darauf zu setzen, dass die jeweils am schlimmsten Betroffenen nach dem St.-Florians-Prinzip darauf hoffen mögen, der liebe Nachbar werde der Dumme sein - nur man selbst nicht. Zwei Varianten des Ausbaus wurden letztlich von Betreiber\*innenseite optioniert:

1. Eine neue Bahn im Norden, nördlich der Terminals und der A3, die evtl. den Bau eines eigenen Terminals nach sich ziehen könnte und/oder umständlich mittels Brücken über die Autobahn an die bestehende Infrastruktur angebunden werden müsste. Diese Variante würde mindestens 150 ha im Frankfurter Bannwald (erst seit 1995 als solcher geschützt) zerstören - bekanntlich ist Frankfurt nicht mehr reichlich mit Waldfläche gesegnet. Ebenso ist dieses Gebiet eines der wichtigsten Trinkwassergebiete Frankfurts.

2. Die Umwandlung des 15 km vom Flughafen Frankfurt entfernten Amerikanischen Militärflughafens Wiesbaden-Erbenheim in einen Zivilflughafen. Mit der Auslagerung von Kurz- und Mittelstreckenjets sowie Geschäftsfliegern nach Wiesbaden könnten die freiwerdenden Kapazitäten in Frankfurt für weitere internationale Flüge genutzt werden. Die Wiesbadener Bevölkerung, die jahrelang gegen den Militär-Lärm opponierte, bekäme die volle Wucht der Belastungen zu spüren. Ob die Amerikaner\*innen gewillt sind, ihre Militärmaxime den Ausbauplänen unterzuordnen, ist wahrscheinlich nur noch eine Frage des Ablösepreises.

Es ist zu vermuten, dass die nach außen als Alternativen dargestellten zwei Möglichkeiten, beide von der FAG gewollt, verwirklicht werden sollen. Trotzdem werden, aus strategischen Gründen, die Ausbauvarianten in dichter Folge und von verschiedenster Seite als mehr und minder möglich gehandelt. Hierbei wird in der Regel die jeweils "den Ort betreffende Variation" von den entsprechenden Lokalpolitiker\*innen heftig in Frage gestellt, um dann - meist - eine der anderen Möglichkeiten zu präferieren. Die Fronten laufen hierbei quer durch Parteien (und Gewerkschaften), selbst Grünen-Politiker\*innen variieren lediglich das Thema, wenn sie den weiteren Ausbau des ICE-Netzes fordern und sich dabei darüber im Klaren sein müssten, dass jede Kapazitätsverlagerung auf die Schiene Luft schafft für weitere Interkontinentalflüge. Die Haltung der nicht zuletzt aus dem "Startbahnzusammenhang" hervorgegangenen Grünen spottet im übrigen jeder Beschreibung; auf dem Landesparteitag 1998 in Marburg wurde lediglich ein weiterer Ausbau außerhalb der Grenzen des jetzigen Flughafengeländes verworfen - weitergehende Anträge, die eine Begrenzung der Flugbewegungen beinhalteten,

wurden abgeschmettert. Trotz dieses eindeutigen Nichtverhaltens wurden die Grünen erneut für viele Menschen zum Hoffnungsträger in Sachen Flughafen; eine Tatsache, die nur als Ansporn für ein verstärktes Engagement auf dem außerparlamentarischen Gebiet gesehen werden kann.

Grundsätzlicher Widerstand gegen alle Ausbaupläne war und ist, trotz (oder besser: eben wegen) der bisherigen Geschichte des Flughafens, nicht selbstverständlich. So konnten gegen die Erweiterungsmaßnahmen der letzten Jahre nur vergleichsweise wenige Menschen mobilisiert werden. Was zur Zeit die Gemüter erregt sind zu erwartende weitere massive ökologische Einschnitte in eine sowieso schwer gebeutelten Region, sind die Perspektiven auf noch schlechteren Schlaf, noch schlechtere Luft, noch mehr Lärm und noch weniger Wald. Die Angst vor weiterer Verminderung ökologischer Ressourcen trifft offensichtlich den Nerv der geplagten Bevölkerung.<sup>123</sup> Trotz der in dieser Erhebung deutlich zu Tage tretenden Bedeutung des Faktors Ökologie kann es nicht ausreichend sein, sich ausschließlich mit den Umweltfolgen des Flughafens auseinanderzusetzen. Es kann als sicher angenommen werden, dass sich die Beurteilung der für wichtig empfundenen "Probleme" schon in den letzten Jahren angesichts der ca. 6 Millionen Arbeitslosen (die inoffiziellen mitgerechnet) deutlich in Richtung der Arbeitsplatzproblematik verschoben hat.

Die Strategie der Betreiber\*innen, das Thema Arbeitsplätze als vorrangigstes Argument ins Feld der öffentlicher Auseinandersetzung zu führen um die Bürgerinitiativen in die Rolle der "Arbeitsplatzvernichter" zu drängen, trägt dieser aktuellen Entwicklung Rechnung und zwingt zu verstärkter Auseinandersetzung mit dem "Faktor Arbeit".

In der Frankfurter Neuen Presse vom 11.12.1997 antwortet FAG Chef Becker auf die Frage nach dem Ort der neuen Start- und Landebahn bezeichnenderweise: "Ich führe die Diskussion anders, es macht keinen Sinn, die Region mit der Frage zu verunsichern wo wir die Startbahn bauen. Wir müssen uns vielmehr vor Augen halten, dass der Frankfurter Flughafen der Motor für wirtschaftliche Prosperität im Rhein-Main-Gebiet ist. Zwischen 1980 und 1996 haben wir 22.000 neue Arbeitsplätze am Flughafen geschaffen. 163.000 Arbeitsplätze hier und im Umland hängen direkt vom Flughafen ab. Jetzt stelle ich die Frage an die Region: Welche Phantasie hat diese Region? Welche Branche oder welches Unternehmen ist in der Lage, in die Bresche zu springen und diesen Wohlstand zu regenerieren, wenn der Flughafen im Jahr 2005 eben nicht mehr in der Lage ist, seinen Ausbau nachfragegerecht zu regenerieren?"

Aus diesem Statement und den eingangs genannten Zahlen wird klar, dass die Betreiber\*innen des Airports nicht aus einer Schwäche-, sondern aus einer Position einmaliger Stärke heraus argumentieren, die sich eben aus der Tatsache ergibt, dass

---

<sup>123</sup> Die Umweltproblematik ist (und bleibt wohl) seit Jahrzehnten einer der Spitzenreiter auf der Sensibilitätsskala der Menschen dieser Region: "Als derzeit größtes Problem der Rhein-Main-Region werden von den Rhein-Main Bürgern (ohne Antwortvorgabe) mit Abstand am häufigsten 'Wohnungsnot' (46%) und 'Umweltverschmutzung' (44%) gesehen. Es folgen 'Verkehrsprobleme' (34%) und mit Abstand 'Kriminalität'(17 %)". Ein Problem, das in den alten Bundesländern an zweiter Stelle steht (42%) und in den neuen Bundesländern sogar an Nummer 1 (93%) ist der "Arbeitsplatzmangel", ein Problem, das die Rhein-Main-Region kaum (?) kennt. (10%)." Image-Studie Rhein-Main, Umlandverband Frankfurt 1993



der Flughafen der mit Abstand größte Arbeitgeber der Region, ja, ganz Hessens ist. Während andere Großbetriebe des Ballungsraums, zum Beispiel Hoechst und Opel-Rüsselsheim, von grob jeweils ca. 50.000 Beschäftigten auf ca. je 30.000 rationalisiert haben, also geschrumpft sind, stieg am Rhein-Main-Flughafen von 1980 bis 1996 die Anzahl der Arbeitskräfte von 32.000 auf 54.000 an.<sup>124</sup> (Selbst wenn unterstellt wird, dass die Zahlen übertrieben oder geschönt sein könnten - der Flughafen ist ökonomisch zweifellos eine der "tragenden Säulen" des Rhein-Main-Gebietes. Eine Auseinandersetzung mit dem Flughafen muss folglich über seine Bedeutung als reine Transportdrehzscheibe (zivil und militärisch) und über die damit verbundene ökologische Belastung hinausgehen.

Dass knappe Arbeitsplätze als argumentative Brechstange zur Durchsetzung von Sozialabbau oder, wie in diesem Fall, zur ungehemmten Expansion industrieller beziehungsweise infrastruktureller Interessen eingesetzt werden, ist nicht neu. Ebenso wenig, wie die propagandistische Darstellung der Flughafenbetreiber\*innen, dass es ihr sozial-ökonomisches Interesse sei, Arbeitsplätze zu schaffen. Das Gegenteil ist der Fall, am Flughafen wie sonst auch, Profitmaximierung erfolgt in der Regel über Einsparung und nur im Ausnahmefall über die Einstellung von Menschen.<sup>125</sup> Um so wichtiger ist es, die falsche und simplifizierende Argumentationskette "Expansion = Arbeitsplätze = Wohlstand" auf ihren Wahrheitsgehalt zu überprüfen - und sich weniger um die Schaffung neuer Arbeitsplätze bei letztlich immer weniger gesellschaftlich notwendiger Arbeit Gedanken zu machen - als vielmehr darüber nachzudenken, wie die Machtstrukturen geändert werden könnten, die Arbeit und Reichtum in dieser Gesellschaft verteilen. Dabei ist es erforderlich, über den direkten Bereich des Flughafens hinaus zu denken. So führt die Entstehung von Arbeitsplätzen am Flughafen selbst in ihrer Wirkung auf andere Produktionsstandorte zu durchaus unterschiedlichen Resultaten. Schon im direkten Flughafenumfeld sind die Ergebnisse mindestens ambivalent: So ist bis jetzt nicht eindeutig erfasst, wie viele Arbeitsplätze zum Beispiel durch den Bau von Cargo-City an anderer Stelle wegrationalisiert werden konnten. Der Flughafen ist eben nicht schlicht "Jobmaschine" (SPD-Fraktionsvorsitzender Armin Clauss), schafft nicht nur Arbeit, er vernichtet sie an anderer Stelle. Sein Wachstum erfolgt sozusagen auf Kosten der anderen "nichtexpansiven" Sektoren, steht in direktem Zusammenhang mit Rationalisierung, Slim-Produktion und Just-in-Time-Vertrieb, die ohne die Funktion des Airports so gar nicht machbar wären.

Der Airport ist nicht nur in seiner Funktion als größter "Luftbahnhof" und Umschlagplatz von Bedeutung, sondern er steht "indirekt" als Knoten- und Vernetzungspunkt international operierender Firmen und Banken an zentraler Stelle in der Entwicklung des Rhein-Main-Gebietes zu einem der Zentren internationaler und imperialer Arbeitsteilung. Nicht nur die Tendenz, Management, technologische Entwicklung und Forschung in den Metropolen zu belassen und

---

<sup>124</sup> Zahlen bezüglich Airport: FAZ 19.11.97

<sup>125</sup> "Die FAG realisierte 1992 bis 1996 ihre Produktivitätssteigerung von ca. 30% mit im wesentlichen gleichgebliebener Mitarbeiterinnenzahl, erklärte FAG-Chef Bender stolz bei seiner Vertragsverlängerung, (laut FAZ 21.12.96) Offensichtlich wird mit "gespaltener Zunge" geredet: Nach innen und gegenüber den Aktionären wird die günstig niedrige Beschäftigtenzahl betont, nach außen der Flughafen als Jobmaschine gepriesen." (AKU-Wiesbaden, Erklärung 1996)

einfachere Produktionssektoren in Billiglohnländer auszulagern erfordert ein höheres Maß an internationaler Fracht- und Kommunikationsstruktur. Die Gesamtentwicklung einer auf Slim- und Just-in-Time-Produktion und -Distribution basierenden Ökonomie (keine Lagervorhaltung, sondern direkte und personalarme Produktion) erfordert eben eine auf möglichst geringe Reibungsverluste ausgerichtete Vernetzung.<sup>126</sup>

Die Bedeutung des Rhein-Main-Flughafens ist in jeder Beziehung zentral. Hier kumulieren beispielhaft die verschiedensten und doch ineinander verzahnten Faktoren gegenwärtiger gesellschaftlicher Entwicklung. Er ist nicht nur logistisches Zentrum der "Global"-Region Rhein-Main und damit tatsächlich ein lokale Arbeitsplätze schaffendes, prosperierendes Element, sondern er trägt im selben Moment dazu bei, eine Weltwirtschaftsordnung zu forcieren, die aus ihrer inneren Logik Arbeitsplätze wegrationalisiert und die in Ländern außerhalb des relativen Wohlstandsgürtels der nördlichen Hemisphäre zur Zerstörung der Subsistenzwirtschaft und damit dazu beiträgt, die dort lebenden Menschen zu Billigarbeiter\*innen in den Produktions- und Tourismuszentren zu degradieren. Der "Motor der Region" vergiftet nicht nur in ökologischer Hinsicht mit seiner Philosophie des "höher, schneller, weiter" die Atmosphäre, sondern er treibt eine Maschinerie an, in deren Getriebe Entgarantierung und verschärfte Ausbeutung von Menschen als Maxime gilt.

Auch wenn sich die Arbeits- und Produktionsbedingungen der Metropole aktuell ebenfalls zu Ungunsten der Menschen verändern, so unterscheiden sie sich doch erheblich von denen, die außerhalb der "Festung Europa" ihr täglich Brot verdienen müssen. Das Privileg besserer sozialer Absicherung und gehobener Konsummöglichkeit (dazu zählen dann auch die eingeflogenen Blumen aus Peru ebenso wie der Billig-Sex-Urlaub in Thailand) müssen geschützt werden vor denen, die es schaffen, Hunger und Elend zu entkommen, oder vor denen, die vor den Folter- und Totschlagsregimen flüchten müssen. So wundert es kaum, wenn eine offene (oder zumindest stille) Übereinkunft darin besteht, "deutscher Wohlstand" stünde nur Deutschen zu, auch wenn dieser zum Teil Ergebnis internationaler Ausbeutung ist. Das Internierungslager für Flüchtlinge, die Anwendung der BRD-Ausländergesetze inklusive Deportationen in Folterstaaten sind Alltag am Frankfurter Flughafen,<sup>127</sup> sind Normalität, die einer

---

<sup>126</sup> "Die sogenannte 'Personenbezogene Flughafennähe' ist Standortkriterium aller Unternehmen mit intensiven beziehungsweise regelmäßigen internationalen Geschäftsverbindungen. Dazu zählen Niederlassungen internationaler Großfirmen, Vertriebszentralen ausländischer Produkte genauso wie exportorientierte Branchen. Außerdem sind Organisationen und Institute zu nennen, die in stetem Austausch mit europäischen/ internationalen Partnern stehen (Forschung und Produkt-/Verfahrensentwicklung)." Untersuchung zur flughafenbezogenen Ansiedlungs-Nachfrage, UVB-Frankfurt, 1987

<sup>127</sup> Seit Jahren ist es üblich, dass Kindern und jugendlichen Flüchtlingen zur Abschätzung des Alters an der Flughafenklinik medizinisch völlig überflüssige Röntgen-Untersuchungen der Handwurzelknochen durchgeführt werden. Ebenso werden Flüchtlinge, die nach teilweise wochenlangem Zwangsaufenthalt abgeschoben werden, z.T. sediert, gefesselt und mit Klebeband geknebelt. Ein Flüchtling kam durch eine sedierende Spritze, die ihm durch einen Flughafenarzt verabreicht wurde und durch besagte Knebelung ums Leben. Er erstickte im Flugzeug bei seiner Abschiebung.

Auseinandersetzung bedarf, und zwar in einer Dringlichkeit, die der Aktualität der ökologischen Frage keinesfalls nachsteht.

Es geht also nicht nur darum, am Beispiel der geplanten Expansion des Rhein-Main-Flughafens einer weiter zunehmenden ökologischen Belastung entgegenzutreten, beziehungsweise dem Ist-Zustand des Flughafens eine Minderbelastung abzurufen, sondern ebenso darum, die Normalität der "Maschinerie Airport" an dem Punkt in Frage zu stellen, an dem sie Ausbeutung, Sexismus und Rassismus transportiert und verdinglicht.

## **Das Mediationsverfahren: Neue Befriedungsstrategien...**

"Das Ziel sollte sein, Protest in Diskussion zu verwandeln....."

Auf Seiten der Hessischen Landesregierung und der Flughafenbetreiber\*innen führte die Gründung der Gesamtbürgerinitiative zu schlimmen Befürchtungen. Nicht nur wegen der im Februar 1999 stattfindenden Landtagswahl sollten die Konflikte möglichst gering gehalten werden. Sorge bereitete die mögliche Weigerung breiter Teile der Bevölkerung, einen weiteren Flughafenausbau klaglos hinzunehmen, vor allem vor dem Hintergrund einer möglichen längerfristigen (Re-)Organisierung der zahlreichen Flughafenkritiker\*innen in BI's und anderen unabhängigen Gruppen. Vermieden werden sollte eine erneute Auseinandersetzung von den Dimensionen um die Startbahn West, ein Schreckgespenst, das, obwohl die Konflikte damals letztlich zugunsten der Flughafenbetreiber\*innen entschieden wurden, noch deutliche Präsenz in den Köpfen der anderen Seite hat. Flughafenbetreiber\*innen und Landesregierung griffen deshalb frühzeitig zu einer Strategie mit verteilten Rollen. Die FAG setzte massiv auf das beschriebene Arbeitsplatzargument, während die Landesregierung auf ein bislang wenig erprobtes Verfahren setzte, das eine neue Dimension im Umgang mit Widerstand gegen ein Großprojekt darstellt.

Die Landesregierung rief aus oben genannten Gründen schon früh einen "Gesprächskreis Flughafen" ins Leben, der schon bald ein sogenanntes Mediationsverfahren anregte. In den "Erläuterungen zur Beschlussvorlage"<sup>128</sup> der Mediation wird klar, worum es geht und was gefürchtet wird:

"In Deutschland stoßen bauliche Großprojekte und insbesondere große Verkehrsvorhaben in den letzten beiden Jahrzehnten zunehmend auf massiven Widerstand. Auseinandersetzungen und Konflikte zwischen den unterschiedlichen Interessengruppen sind die Regel. Wie die heftigen Auseinandersetzungen um den Bau der Startbahn 18 West des Frankfurter Flughafens und auch um den Münchener Flughafenneubau im Erdinger Moos zeigen, gilt dies für Flughäfen in besonderem Maße. Typischerweise stehen sich in solchen Situationen einzelne Betroffene, Bürgerinitiativen, Umweltverbände, Unternehmen, Politik und Verwaltung als Konfliktparteien gegenüber. Konventionelle Planung und Entscheidungswege haben sich in diesen Konstellationen als wenig geeignet erwiesen, konfliktentschärfend zu wirken."

---

<sup>128</sup> "Mediation - eine Zukunftsregion im offenen Dialog. Vorschlag für das weitere Verfahren im Zusammenhang mit der Diskussion um den Flughafen Frankfurt am Main, Erläuterungen zur Beschlussvorlage", 1998, S.3

Nach dem allgemeinen Vorspann wird das Papier noch wesentlich konkreter: "Gerade der Frankfurter Flughafen hat wegen der gewalttätigen Konflikte im Zusammenhang mit der Startbahn 18 West einen erheblichen Symbolcharakter und ist demzufolge mit großer Emotionalität, verbunden. Weit über die örtliche beziehungsweise regionale Betroffenheit hinaus hat gerade dieses Projekt Folge Wirkungen mit gesellschaftlicher Dimension erzeugt. Bezeichnenderweise hat daher bereits eine Äußerung des Lufthansa-Vorstandsvorsitzenden zu Gunsten einer Kapazitätserweiterung des Flughafens ausgereicht, um reflexartige Reaktionen sowohl im politischen wie im gesellschaftlichen Raum auszulösen. Und dies, ohne dass eine konkrete Absichtserklärung der Betreiberin des Flughafens, der Flughafen AG, für einen Ausbau vorläge. Bei einer solchen durch große Multipolarität der Interessen gekennzeichneten Ausgangslage scheint eine rein administrativ-verwaltungstechnische Behandlung des Themas nahezu aussichtslos. Vielmehr sind angesichts der bereits jetzt emotionsgeladenen Diskussion und vor dem historischen Hintergrund der Auseinandersetzung um die Startbahn West erhebliche Spannungen bis hin zu erneuten Gewalttätigkeiten nicht auszuschließen."<sup>129</sup>

Abgesehen von der Frechheit, den Betroffenen vor allem "Emotionalität" und "reflexartige Reaktionen" zuzuschreiben, Verhaltensweisen, die außerhalb rationaler und vernünftiger Ebenen liegen, spricht schon aus den ersten Zeilen der Vorlage die tiefsitzende Sorge um einen sich anbahnenden Konflikt, der, ähnlich wie der um die Startbahn 18 West, politisch-sozialen Sprengstoff bergen könnte.

Das vorgeschlagene Mediationsverfahren ist keine Erfindung der hessischen Landesregierung, sondern ein seit Anfang der siebziger Jahre vor allem im angelsächsischen Raum entwickeltes Verfahren zur Lösung gesellschaftlicher Konflikte, speziell entwickelt zur Regulation spannungsgeladener Interessensdivergenzen zwischen Bürger\*innen und Regierungen.

Das Mediationsverfahren wird im Vorschlagspapier als "informelles Verfahren ohne normative Regelungen"<sup>130</sup> beschrieben. Mit diesem Verfahren ließe sich in bestimmten Situationen eher ein konsensuelles Ergebnis erzielen als mit einer einseitigen hoheitlichen Maßnahme. Offen wird mit der Einbeziehung der Bürger\*innen in das Procedere geworben: "Mit der frühzeitigen Einbeziehung der Bürgerinteressen wird auch der gesellschaftlichen Bewegung weg vom Obrigkeitsstaat eher Rechnung getragen."<sup>131</sup> Proklamiert wird, dass es anders als bisher möglich wäre, die "selektiven Verhandlungsprozesse zwischen Verwaltung und Vorhabenträger" auch für bisher nicht vertretene Interessensgruppen zu öffnen. Das Papier wirbt für Sympathie bei den Betroffenen, stellt es doch die Möglichkeit einer relevanten Einflussnahme in Aussicht, ohne jedoch zu verschweigen, worum es eigentlich geht: "Dies soll zum einen der Verwaltung helfen, ihren Auftrag zur neutralen Gemeinwohlorientierung und zum optimierenden Ausgleich aller rechtlich relevanten Interessen besser zu erfüllen, zum anderen die Akzeptanz umstrittener Maßnahmen fördern."<sup>132</sup> Damit ist letztlich die Katze aus dem Sack: Was vordergründig als "kooperative Konfliktbewältigung" angepriesen wird, dient letztlich zur Durchsetzung bestimmter Vorhaben, die unter Einsatz klassischer zentral-staatlicher Planungskompetenz auf spürbar steigende

---

<sup>129</sup> Ebd., S.3

<sup>130</sup> Ebd., S.5

<sup>131</sup> Ebd., S.5

<sup>132</sup> Ebd., S.5

Widerstandsbereitschaft bei den betroffenen Bürger\*innen stoßen würden. Der Köder, der dazu dienen soll, die Beteiligung an einem Mediationsverfahren schmackhaft zu machen, ist die in Aussicht gestellte sogenannte "win-win-Situation". Gemeint ist ein angestrebtes Ergebnis, in dem es keine Verlierer\*innen geben soll, sondern eben nur Gewinner\*innen. "Das Ziel von Konfliktvermittlung ist also, nicht die Betroffenen zur Interessensaufgabe zu bringen, sondern ihre Positionen verrückbar zu machen, d.h. die verschiedenen Interessen soweit wie möglich zu befriedigen, ohne dass es nur Verlierer oder Gewinner gibt, sondern jeder einen (Teil-)Gewinn verbuchen kann."<sup>133</sup>

Ein auf den ersten Blick verlockendes Angebot - was sollte auch schlecht an einer Gesprächsrunde sein, die unabhängig von der Landesregierung, unter der Leitung dreier Mediatoren zusammen mit einer 20-köpfigen Mediationsgruppe (4 Bürgerinitiativen, 4 kommunalen Vertreterinnen, 2 Menschen der Wirtschaft, 2 aus Umweltverbänden, sowie je ein Mensch aus FAG, Flugsicherung, Gewerkschaft, Bundesverkehrsministerium, Hessischem Ministerium für Wirtschaft, Hessischem Ministerium für Umwelt, Vertreter\*innen der Airlines, Lufthansa) über die Zukunft des Frankfurter Flughafens berät? Die vorgegebenen inhaltlichen Ziele der Runde stellten sich jedoch keineswegs so ergebnisoffen dar, wie es eigentlich sein sollte: Das Mediationsverfahren soll klären, "unter welchen Voraussetzungen der Flughafen Frankfurt dazu beitragen kann, die Leistungsfähigkeit der Wirtschaftsregion Rhein-Main im Hinblick auf Arbeitsplätze und Strukturelemente dauerhaft zu sichern und zu verbessern, ohne die ökologischen Belastungen für die Siedlungsregion außer Acht zu lassen."<sup>134</sup>

Die ökonomischen Expansionsinteressen der FAG werden von vorne herein als primäre Ziele, ökologische Bedingungen als sekundäre "Kann-Bestimmungen" definiert. Im Gegensatz dazu fordern die BI's, das Interesse der Menschen an der Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse hinsichtlich ihrer Gesundheit ins Zentrum zu rücken und von dort aus die Entwicklung einer (Wirtschafts-)Region zu bestimmen und nicht umgekehrt.

Die Zielbestimmungen in den "Erläuterungen zur Beschlussvorlage" sprechen eine noch klarere Sprache: "Das Mediationsverfahren soll klären, unter welchen Voraussetzungen der Flughafen Frankfurt dazu beitragen kann, die Leistungsfähigkeit der Wirtschafts- und Siedlungsregion Rhein-Main dauerhaft zu sichern und zu verbessern."<sup>135</sup>

Das klare Primat der Ökonomie ließ die Bürgerinitiativen und die Umweltverbände aufhorchen und machte selbst diejenigen misstrauisch, die das Angebot der Landesregierung zum "ergebnisoffenen Dialog" nicht von Anfang an als durchsichtiges Manöver sahen, sich möglichst konfliktarm über die Anfang 1999 stattfindende Wahl zu retten. Nicht nur der offen durchscheinende Anspruch, den Flughafen als ökonomisches Zentrum auszubauen, wie sie in den Papieren zur Mediation zum Ausdruck kam, trug zu einer Verunsicherung der Bürgerinitiativen bei. Teile der Regierung, namentlich Wirtschaftsminister Klemm, traten frühzeitig und offen für einen Ausbau des Airports ein. Gleichzeitig betonte der

---

<sup>133</sup> Ebd., S.5

<sup>134</sup> Presseinformation Hessische Landesregierung, "Mediation eine Zukunftsregion im offenen Dialog" 13.Mai 1998, S.2

<sup>135</sup> "Mediation - eine Zukunftsregion im offenen Dialog. Vorschlag für das weitere Verfahren im Zusammenhang mit der Diskussion um den Flughafen Frankfurt am Main, Erläuterungen zur Beschlussvorlage", 1998, S.7

Ministerpräsident gebetsmühlenartig die Ergebnisoffenheit des Mediationsverfahrens, war jedoch gezwungen, klarzustellen, dass das Ergebnis der Mediation in keinem Falle bindend für die künftige Beschlusslage der Regierung sei. Das Mediationsverfahren, das im Übrigen "nicht öffentlich" tagt und dessen Ergebnisse nur von der Mediationsleitung nach außen getragen werden sollen, wurde von immer mehr Menschen als das wahrgenommen, was es letztlich war - eine Farce und ein Taschenspielertrick, ins Leben gerufen, um den Konflikt weg von der Straße und hin zum abgehobenen Verhandlungstisch zu verlagern. Da nutzte es auch wenig, wenn als einer der Mediatoren Pfarrer Öeser berufen wurde, ein ausgewiesener Gegner des Flughafenausbaus, der in der Geschichte des Widerstands eine zentrale Rolle gespielt hatte, der sich jedoch durch seine Bereitschaft, am Mediationsverfahren teilzunehmen, nicht etwa als einbindendes Element bewährte, sondern vielmehr persönlich in eine immer größer werdende Isolation gegenüber den Bürgerinitiativen geriet. Es war zu offensichtlich geworden, "dass es der Landesregierung längst nicht mehr um ein "ob", sondern nur noch um das "wie" der Expansionsabsichten der FAG geht."<sup>136</sup> Von über zwanzig Bürgerinitiativen blieb nur eine an der von der Landesregierung ausgelegten Leimrute kleben, alle anderen verweigerten, aus den genannten Gründen, die Teilnahme am Mediationsverfahren. Als auch noch alle großen Umweltverbände unter ähnlicher Argumentation die Mediationsrunde verließen, war die Enttäuschung auf der anderen Seite deutlich spürbar - ohne die ausgewiesenen Gegner des Ausbaus war das Mediationsverfahren zwar formal noch durchführbar, aber letztlich war es, für alle offensichtlich, sinnlos geworden.

Es bleibt jedoch feststellbar, dass sich der Entscheidungsprozess der Nichtteilnahme bei den Betroffenen über viele Wochen streckte und mit vielen Auseinandersetzungen verbunden war. Der glückliche Ausgang dieses Klärungsprozesses wirft die Frage auf, was gewesen wäre, wenn die Vorgaben der Regierung nicht derartig plump und durchsichtig gewesen wären, sondern sich mehr an die formalen Vorgaben für Mediationsverfahren gehalten hätten? Diese riefen seit Anfang der 80er Jahre in den USA "einen regelrechten Mediationsboom, der vor allem auf die hohe Erfolgsquote dieser Verfahren zurückzuführen ist",<sup>137</sup> hervor - wobei nicht ungenannt bleiben sollte, dass in der USA Konflikte oft mit finanziellen Mitteln beigelegt wurden, sprich, die Gegner\*innen bestimmter Projekte wurden ausbezahlt (oder anders gesagt: bestochen). Auch bei den Verfahren in den USA geht es nicht darum, dass der oder die Mediator\*in Konflikte durch Schiedsspruch schlichtet oder entscheidet, sondern "vielmehr die Gesprächs- oder Konsensbereitschaft der verschiedenen Konfliktparteien zu stärken." Wesentlicher Unterschied zu dem am Flughafen praktizierten Vorgehen ist, dass die "bei diesen Verfahren vereinbarte Einstimmigkeitsregel [...] jeder Partei de facto ein Vetorecht einräumt".<sup>138</sup>

Laut Hans Joachim Fietkau, Psychologe am Wissenschaftszentrum für Sozialforschung in Berlin (WBZ), konnten allein bei den 1986 durchgeführten 136 Mediationsverfahren 103 mit einer einvernehmlichen Übereinkunft der

---

<sup>136</sup> Presseerklärung des AKU-Wiesbaden, Mitgl. der BI's gegen die Flughafenerweiterung, 17.8.98

<sup>137</sup> Holtkamp/Schubert, "Verhandlungslösungen in Mediationsverfahren", Gegenwartskunde 4, S. 424

<sup>138</sup> Ebd.

Konfliktparteien beendet werden. Diese annähernd 80% haben allerdings nach der Analyse US-amerikanischer Sozialwissenschaftler spezielle Bedingungen:

- " - Religiöse oder ideologische Grundkonflikte sollten nicht zur Verhandlung stehen;
- die Machtungleichgewichte zwischen den Akteuren dürfen nicht zu groß sein;
- bei den Verhandlungen darf es sich nicht um ein reines Nullsummenspiel handeln."<sup>139</sup>

Unschwer ist zu erkennen, dass im Falle der geplanten Flughafenerweiterung für die Bürgerinitiativen weder das Machtgleichgewicht noch die Möglichkeit besteht, aus der Mediation mit einem Erfolg hervorzugehen. Zu ersterem stellte die Landesregierung klar, dass sie eine Mediationsrundenentscheidung nicht als bindend betrachtet, zum zweiten ist klar, dass jeder weitere Ausbau des Flughafens den Interessen der Ausbaueegner\*innen zuwiderläuft. Unter der Maßgabe "nordamerikanischer" Kriterien handelte es sich bei dem Flughafen-Verfahren um ein reines "Akzeptanzmanagement", das wesentliche Bedingungen eines klassischen Mediationsverfahrens gar nicht erfüllt. Die Entscheidung der Bürgerinitiativen, nicht am (Schein-)Mediationsverfahren zur Erweiterung des Frankfurter Flughafens teilzunehmen, war in diesem Sinne nicht nur ein reines Fernbleiben, sondern der darüber hinausgehende Versuch, ein derartiges Procedere zu sabotieren. Die Antwort auf den klar erkennbaren Versuch, die BI's von der Ebene des direkten Widerstandes und der Verbreiterung der Bewegung abzubringen, konnte nur darin bestehen, genau auf diesem Wege fortzufahren.

## **"Beteiligung als Akzeptanzmanagement"**

Trotzdem bleibt die Frage, was von Mediationsverfahren im Allgemeinen, und dies nicht nur als Mittel zur Durchsetzung von Projekten gegen den Willen der ansässigen Bevölkerung, zu halten ist. Sozialwissenschaftler\*innen ergehen sich seit den Erfolgen der Mediationsverfahren in den USA im spekulativen Diskurs über die Möglichkeit, diese auch in der BRD zum festen Bestand einer Palette von Verhandlungs- und Vermittlungsverfahren, vornehmlich im Umweltbereich, zu machen. Interessanterweise wird dabei sowohl von einer wachsenden Politik- und Parteiverdrossenheit, als auch von einer steigenden Unwilligkeit der betroffenen Bürger\*innen ausgegangen, den Entscheidungen von Behörden klaglos und ohne Widerstand Folge zu leisten. "Der Bürger ist also politisch selbstbewusster geworden, versteht sich gegenüber Politik und Verwaltung nicht mehr als Untertan, sondern erwartet die Berücksichtigung seiner Interessen durch den Leistungsstaat und verlangt nach mehr Mitsprache, wo es um seine Interessen geht. Andererseits wird der Bürger zunehmend sensibler gegenüber den Belastungen und Risiken, die von politischen Entscheidungen oder administrativen Maßnahmen ausgehen, und er reagiert darauf mit zunehmenden Misstrauen und Widerstand."<sup>140</sup> Die zunehmende partielle Distanz der Bevölkerung gegenüber staatlichen administrativen Ebenen, die sich nicht mehr durch die Beeinflussungsmöglichkeit

---

<sup>139</sup> Susskind/Mac Mahon, 1990 zit. n. Ebd.

<sup>140</sup> Zilleßen Horst, in: Umweltpolitik als Modernisierungsprozess, Leske + Budrieh, Opladen 1993, S. 87

einer alle vier Jahre stattfindenden Wahl überbrücken lässt, lässt es notwendig erscheinen, über neue Möglichkeiten der "Bürgerbeteiligung" in Sachen Demokratie nachzudenken. "Viele Bürger haben offenbar mit der repräsentativen Demokratie ihre Probleme [...]. Die wichtigste Beteiligungsmöglichkeit ist zwar die Ausübung des Wahlrechts. Da immer wieder von Wissenschaftlern und Bürgern Zweifel geäußert werden, ob es bei den allgemeinen, freien und geheimen Wahlen überhaupt etwas zu wählen gibt, kommen auch die Wahlen in die Diskussion. Der Nicht-Wähler erscheint als der besonders reflektierte Zeitgenosse. Die "Partei der Nichtwähler" hat immer mehr Anhänger, so ist nach den Wahlen in den Zeitungskommentaren zu lesen."<sup>141</sup> Die "partielle Entfernung" der Menschen gegenüber dem Staat und seiner "demokratisch legitimierten" Exekutive wird unabhängig von ihrer Genese, sei es stupides Desinteresse oder aktive kritische Distanz, als heikel und dem Funktionieren des Staates abträglich eingestuft. Der Verlust an Einbindungs- und Übereinstimmungsebenen, die das moderne Herrschaftssystem auszeichnen, das nur in Ausnahmen auf offen repressive Instanzen (Polizei/Militär/Knast) zurückgreift, wird gefürchtet. Es gilt, jedweder kritischer Distanz gegenüber dem Staat, die unter libertären Aspekten als Ansatz eines emanzipativen Prozesses dienen könnte, frühzeitig mit Einbindungsversuchen zu begegnen.

Propagiert wird, unter dem Eindruck eines eben in diesem Sinne nicht genügend funktionierenden Parteiensystems, die "Demokratisierung aller Lebensbereiche".

"Angesichts einer seit den 70er Jahren vorausgesagten "partizipativen Revolution" glaubten die meisten wissenschaftlichen Beobachter, den Bürgern mehr Beteiligungsmöglichkeiten anbieten zu müssen, als in der Parteiendemokratie vorgesehen sind. [...] Durch Beteiligung der Bürger an Personen und Sachfragen soll in beschränktem Rahmen direkte Demokratie verwirklicht werden. Dem schlossen sich auch die etablierten Parteien, trotz jahrzehntelanger breiter Ablehnung direktdemokratischer Elemente in den 90er Jahren an."<sup>142</sup> Die Debatte über "Konzepte institutioneller Modernisierung"<sup>143</sup> erfolgen in der politikwissenschaftlichen Auseinandersetzung aus diesem Grund unter den Stichworten "kooperativer Staat"<sup>144</sup>, "informales Verwaltungshandeln"<sup>145</sup>, "Vermittlungsfunktion des Staates"<sup>146</sup> und "Modernisierung des Staates".<sup>147</sup> Mag sein, dass der eine oder die andere wissenschaftliche Autor\*in von der heren und liberalen Vorstellung getragen ist, den bislang in Umwelt-Konfliktfällen durchaus hierarchisch agierenden Staat demokratisch wandeln und so den regierten Menschen wieder näher bringen zu können. Bei sehr gutem Willen könnte unterstellt werden, dass diese Politik- und Verwaltungswissenschaftler\*innen innerhalb der engen cerebralen und institutionell gesteckten Grenzen einen

---

<sup>141</sup> Naßmacher Hildrud, "Mehr Bürgernähe durch neue Beteiligungsmöglichkeiten", Politische Bildung H. 1/98, S. 62

<sup>142</sup> Ebd.

<sup>143</sup> Übertitel von: Zilleßen Horst, "Die Modernisierung der Demokratie im Zeichen der Umweltproblematik", in: Umweltpolitik als Modernisierungsprozess, Hrsg. Prittwitz Volker, Leske+Budrich, Opladen 1993, S. 81

<sup>144</sup> Ritter 1979, zit. in Ebd.

<sup>145</sup> Bohne 1984, zit. in Ebd.

<sup>146</sup> Ellwein/Hesse 1987: 55, zit. in Ebd.

<sup>147</sup> Hesse 1999: 13ff, zit n. Ebd.



reformistischen Ansatz verfolgen, der auch einem breiten Bedürfnis in der Öffentlichkeit Rechnung trägt. "Sie sind Ausdruck einer Entwicklung, die ein Verständnis von Staat und Verwaltung herbeiführt, das deren Autonomie und "souveräne" Handlungsfähigkeit mehr und mehr in Zweifel zieht, und die einer 'Enthierarchisierung der Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft' [Scharpf 1991a] mündet."<sup>148</sup> Nur Unbedarfte empfinden jedoch fröhlich-ungetrübtes Frohlocken, wenn in diesem Zusammenhang von einer Enthierarchisierung gesprochen wird, denn schon bald wird klar, worum es vor allem geht: "Der Staat kann seine wachsenden Aufgaben nur dann erfüllen, wenn er die gesellschaftlichen Akteure, betroffene oder sich betroffen fühlende Einzelpersonen und Organisationen in die Vorbereitung politischer oder administrativer Entscheidungen einbezieht"<sup>149</sup>. Was sich aus der Perspektive starrer, klassischer Verwaltungstechnokraten geradezu "revolutionär" ausnimmt, stellt sich bei kritischer Betrachtung als der Versuch dar, einerseits Konfrontation zu vermeiden und andererseits die betroffenen Bürger\*innen und deren Widerstandspotential erneut staatlich einzubinden. "Das Mediationsverfahren ist die Weiterentwicklung der umstrittenen Akzeptanzforschung der siebziger Jahre, die etwa am Frankfurter Batelle-Institut (es ging um die Durchsetzung des AKW-Wyhl) von der Anti-AKW Bewegung Ende der siebziger Jahre schließlich entlarvt werden konnte: Sie soll nämlich herausfinden, mit welchen Techniken und PR-Argumenten Konzerne die Akzeptanz großtechnischer Anlagen bei der Bevölkerung erhöhen oder senken können."<sup>150</sup> Erkennbar wird, dass es bei der weitergehenden Beurteilung von Mediationsverfahren auf ihre gesellschaftliche Wirksamkeit nicht nur um die Funktion als Akzeptanzmanagement in einzelnen sozial-ökologischen Konfliktfällen geht. Im gesamtstaatlichen Kontext gesehen, beabsichtigt die Einrichtung von Mediationsverfahren auch eine erhöhte An- und Einbindung der Menschen an einen Staat, der zumindest partiell seine okkupierende Durchdringungskraft und Akzeptanz bei den Bürger\*innen verloren hat oder zumindest zu verlieren droht. Neben der Funktion, spezielle Projekte (zum Beispiel die Flughafenerweiterung) möglichst konfliktarm durchzusetzen, geht es auch immer um "Akzeptanzmanagement" im Gesamtsystem. Mediationsverfahren sind in diesem Sinne Teil einer Befriedungsstrategie, die die Funktion hat, Konflikte zu entspannen und entstandene Risse im Funktionssystem des Staates zu kitten. "Dieses Erleben (der Mediation, Anm. d. Verfassers) kann der verbreiteten Staats- und Politikverdrossenheit entgegenwirken und demokratiefördernde Wirkung zeitigen. Es geht um eine Neubelebung von Bürgerengagement in die Angelegenheiten des Staates und um den Aufbau langfristig harmonischer Beziehungen zwischen gesellschaftlich relevanten Interessengruppen."<sup>151</sup> "Wichtig ist, dass die sich zu Wort meldenden Bürger nicht zurückgewiesen, sondern als Teil der Aktivdemokratie betrachtet werden. Das Ziel sollte sein, Protest in Diskussion zu verwandeln..."<sup>152</sup>

---

<sup>148</sup> Zilleßen Horst, Ebd., S. 81

<sup>149</sup> Ebd.

<sup>150</sup> Ditfurth Jutta, "Feuer in den Herzen, gegen die Entwertung d. Menschen", Konkret Lit. Verlag Hamburg, 1997, S. 443

<sup>151</sup> Barbian Thomas, "Meditation bei Umweltkonflikten, Überlegungen zur erfolgreichen Anwendung", Sowi 22, 1993, S. 160

<sup>152</sup> Naßmacher Hildrud, "Mehr Bürgernähe durch neue Beteiligungsmöglichkeiten", Politische Bildung H. 1/98, S. 73

Die auf diesem Hintergrund stattfindenden Mediationsverfahren sind als Großversuche zu werten, bei denen Psycholog\*innen, Sozial- und Politikwissenschaftler\*innen<sup>153</sup> eine Doppelrolle als "teilnehmende Beobachter\*innen"<sup>154</sup> spielen. Ihnen kommt neben ihrer Funktion als forschenden und den Prozess analysierenden Wissenschaftler\*innen die Rolle der "neutralen Dritten" zu, die zwischen den Konfliktparteien mittels ihrer spezifischen Fähigkeiten "im Bereich der Prozessgestaltung/Rhetorik, aber auch in den Bereichen sozialer und politischer Kompetenz"<sup>155</sup> Positionen einnehmen, die von allen Beteiligten akzeptiert werden. Der zentralen Figur des Mediators obliegt vor allem die Steuerung eines Annäherungsprozesses, der beinhaltet, gemeinsam an der Erarbeitung eines Zieles zu arbeiten, das für alle Beteiligten akzeptabel erscheint und für alle einen Gewinn darstellen soll. Diese von den Befürworter\*innen der Mediationsverfahren immer wieder proklamierte "win-win-Situation" setzt voraus, dass es so etwas wie eine gemeinsame Interessensebene neben den offensichtlichen Interessensgegensätzen geben könnte. Schwierig wird es, wenn die Interessen der "Konfliktparteien" zu sehr gegeneinanderstehen, und eine gemeinsame Ebene nur mittels cerebral-emotionaler Akrobatik und auf allgemeinstem Niveau (wir sind doch alle Menschen..., wir leben doch alle von..., sind doch gemeinsam...) herzustellen ist. Fast alle Autor\*innen sehen in diesem Fall (neben dem zu großer Machtunterschiede) den wichtigsten Grund für das eventuelle Scheitern eines Mediationsverfahrens.

Das Perfide an einem Mediationsverfahren ist jedoch, dass es für viele schwierig ist, von vorneherein auf die Unvereinbarkeit der Interessen zu verweisen - ohne "nicht zumindest einmal versucht zu haben", miteinander zu reden. Die sozialpsychologische Wirkung des Mediationsverfahrens beginnt in diesem Sinne schon, bevor das eigentliche Procedere beginnt. Wer möchte sich schon nachsagen lassen, dass er oder sie nicht gesprächsbereit sei? Wer sich von vorneherein von dem Mediationsangebot distanziert, läuft Gefahr, als engstirnig und unkooperativ zu gelten, während sich die Gegenseite die Attribute verhandlungswillig, offen und demokratisch ans Revers heften kann.

Sollte eine Mediationsrunde zustande kommen, beginnt die Phase der psychologischen und gruppendynamischen Prozesse, in deren Verlauf nicht nur das zu erörternde Ergebnis, sondern eben die Dynamik des "Miteinander-Erarbeitens" den wesentlichen Punkt darstellt. "Ein Beispiel: Die Entwicklung eines "Wir-Gefühls" gilt vielen als Grundprinzip von Mediationsverfahren, das die Entwicklung der inhaltlichen Zusammenarbeit - und ein produktives Ergebnis der Mediationsrunde-fördern soll."<sup>156</sup> Dieses "gemeinsame Miteinander", das ja wohlgerne in einer speziellen, herausgehobenen Atmosphäre stattfindet, soll

---

<sup>153</sup> Prominente wie Pfarrer Öeser sind eher die Ausnahme

<sup>154</sup> bewusst männlich, weibliche Mediatoren gibt es bislang in der BRD laut Frank Klaus (Institut Kommunikation und Umweltplanung, Dortmund) nicht.

<sup>155</sup> Hans Joachim Fietkau, WBZ, "Ausbildung und Training von Mediatoren", aus "Mediation als politischer und gesellschaftlicher Prozess", Loccumer Protokolle 73/93, S. 75

<sup>156</sup> Karin Pfungsten, "Betrachtungen zum Einsatz psychologischer Forschungsansätze in Mediationsforschung und Praxis", aus "Mediation als politischer und gesellschaftlicher Prozess", Loccumer Protokolle 73/ 93, S. 217

nicht nur die Wahrnehmung des "Gegners" zum "Gegenüber" verändern, sondern letztlich die eigene Position aufweichen. Explizit geht es in den Beschreibungen des Mediationsverfahrens "nicht um die Aufgabe der eigenen Position", sondern darum, die Interessen des "Gegenüber" zu verstehen und zu "respektieren" und die eigene "Position verrückbar zu machen". Das Mediationsverfahren greift damit direkt in das Konfliktverhalten widerstandsbereiter Menschen ein, indem es Einfluss nimmt auf die Sicht der Dinge, auf die Ebene der Wahrnehmung ebenso wie auf die Verarbeitung von Information und Erfahrung. Veränderungen, gegen die vielleicht nichts zu sagen wäre, wenn sie unter bestimmten Bedingungen stattfänden, zumal es sich - losgelöst betrachtet - um ganz normale psychodynamische Prozesse handelt, wie sie in jeder Gruppe oder Beziehung stattfinden können. Deutlich sichtbar sind die Verfahrens- und Gesprächstechniken, wie sie auch zum Beispiel im Konflikttraining der Partnerschaftstherapie Anwendung finden.

Ganz anders jedoch stellen sich die Dinge dar, wenn es sich eben nicht um Partner\*innen, Beziehungsebenen und Konflikte auf (zumindest formal) egalitärer Ebene handelt, sondern um Differenzen und Interessenwidersprüche zwischen Oben und Unten, zwischen staatlicher Exekutive und Bürger\*innen. Es könnte auch so ausgedrückt werden: Durch die Aktivitäten einer "neutralen" Mediator\*in werden egalitäre Sprach- und Verhandlungsstrukturen in einem speziellen Rahmen geschaffen oder zumindest angestrebt, die aber in keiner Weise durch die gesellschaftliche Realität gedeckt sind. Gleichberechtigung (im Idealfall Machtgleiche) wird somit, bezogen auf die Mediationssituation, zur Fiktion im besten Sinne - ohne dass sich etwas an der umgebenden Herrschaftssituation geändert hätte. Die gegebenenfalls veränderte Sicht der eigenen Interessen und der eigenen Position wäre unter diesen Bedingungen die Folge einer mehr als fraglichen Dynamik, beruhend auf fiktiven Voraussetzungen. Unter emanzipatorischen Kriterien sind die künstlichen Bedingungen innerhalb einer Mediationsrunde nicht nur zweifelhaft, sondern schädlich, eben weil sie die eigentlichen Macht- und Herrschaftsbedingungen, die neben der Auseinandersetzung um das jeweilige Projekt eine entscheidende Rolle spielen, nicht aufdecken und bearbeitbar machen, sondern verschleiern.

In jedem Fall bedeutet die "Professionalisierung" des Konfliktes und die angestrebte "kooperative" Konfliktbewältigung, dass die Austragungsebene verändert wird. Sie wird sozusagen auf ein "höheres Niveau" gehoben, und dies sowohl auf Makro- als auch auf der Mikroebene emanzipativer Bedingungen. Nicht mehr direkte Aktion und direkter Widerstand, der wiederum weiteren Erfahrungsspielraum für andere Menschen und vor allem das Spüren der eigenen Kraft bedeuten würde, sondern die abgehobene und den Menschen entrückte Diskussionsrunde soll zum Austragungsort gesellschaftlicher Konflikte werden. Und genau darum scheint es zu gehen: Demonstrationen, Besetzungen, Streiks und Aktionen, die eine Sabotage geduldigen gesellschaftlichen Funktionierens darstellen, könnten als undemokratisch und deshalb inadäquat abgewertet werden, während das Mediationsverfahren als kooperativ und demokratisch, als die sozusagen kultivierte Ebene der Konfliktbewältigung dargestellt wird.

Mediationsverfahren setzen auf verschiedenen Ebenen an:

- Individualpsychologisch und gruppenspezifisch, durch veränderte Wahrnehmung bei den Teilnehmer\*innen in der Mediationsrunde selbst, die

Teilnehmenden werden zudem noch durch die Exklusivität ihren MitstreiterInnen entrückt.

- Durch die Diskreditierung der direkten Protest- und Widerstandsebene führt die Teilnahme an Mediationsverfahren zu einer Erschwerung oder bei Verzicht zu dem Verlust an eigener Erfahrung von eigener Stärke und Widerstandspotential, weiterhin ist die Verbreiterung einer Bewegung über die Beteiligung an direkten Protestaktionen erschwert.
- Gesamtgesellschaftlich schaffen Mediationsverfahren neue Ein- und Anbindungsebenen an die staatliche Exekutive - genau an den Punkten, an denen offener Dissens "droht" und antistaatlich- antihierarchische Ansätze entstehen könnten.

Mediationsverfahren als Konfliktmanagement nehmen in den letzten Jahren an Bedeutung zu. Ob eine Müllverbrennungsanlage in Bielefeld 1987, das Abfallwirtschaftskonzept in Neuss 1992, Sondermülldeponie in Arnsfeld 1991, der Bau des Großflughafens Berlin - Mediationsverfahren dienen immer öfter als Regulationsinstrument gegenüber sich anbahnenden Auseinandersetzungen. "1993 fanden bereits mehr Mediationsverfahren statt als in den beiden Jahren zuvor: Neun Verfahren, von denen sich fünf mit der Suche nach Standorten für neue Deponien oder Müll Verbrennungsanlagen befassen."<sup>157</sup> Inwieweit sich Mediationsverfahren tatsächlich und auf Dauer etablieren, bleibt abzuwarten. Fest steht, dass sie unter den genannten Bedingungen einer fixierten Machtungleiche, die die entsprechende politische oder administrative Ebene weiter unabhängig vom Ausgang eines Mediationsverfahrens entscheiden lässt, für die meisten Bürgerinitiativen und Verbände auch ohne weitergehenden emanzipativen Anspruch unattraktiv bleibt. Die Forderung von reformistischer Seite, den Staat im administrativen Bereich zu "öffnen" und zu "demokratisieren", setzt eine kaum wahrnehmbare Bereitschaft und Flexibilisierungswilligkeit voraus, die sich höchstens unter dem Nachweis der Wirksamkeit von Mediationsverfahren unter dem Konfliktmanagementkriterium einstellen könnte. Eine nachweisbar kürzere, billigere Abwicklung und Durchsetzung von ökologisch katastrophalen Großprojekten mittels Mediationsverfahren könnte eventuell Bewegung in die starren staatlichen Strukturen bringen - wäre jedoch im selben Moment schlagender Beweis für die Kritik am Verfahren.

---

<sup>157</sup> Quelle nicht mehr auffindbar (bitte um Hinweis)

#### Literatur/Quellen:

- Agnoli Johannes, Cajo Brendel, Ida Mett, "Die revolutionären Aktionen der russischen Arbeiter und Bauern - Die Kommune von Kronstadt", Karin Kramer Verlag, Berlin
- AKU, Arbeitskreis Umwelt Wiesbaden, Presseerklärung, 1998
- Barbian Thomas, Meditation bei Umweltkonflikten, Überlegungen zur erfolgreichen Anwendung, Sowi 22, 1993
- Beck Ullrich, Kapitalismus ohne Arbeit, Spiegel 20/1996
- Bergfleth Gerd, Kritik der Emanzipation, Konkursbuch, 1978,
- Bohne 1984, zit.n. Zilleßen Horst, Umweltpolitik als Modernisierungsprozess, Leske+βudrich, Opladen 1993
- Broue Pierre, Temine Emile, Revolution und Krieg in Spanien, suhrkamp 1975
- Canetti Elias, Masse und Macht, Fischer 1980
- Cantzen Rolf, Weniger Staat - mehr Gesellschaft, Trotzdem Verlag 1997
- Cantzen Rolf, Weniger Staat-mehr Gesellschaft, Trotzdem Verlag. 1997
- Descartes n. Sandvoss Ernst, Geschichte der Philosophie, B. 2, dtv 1989
- Descartes Rene, Meditationes de prima philosophia. Erste Meditatio 2.
- Descartes, Methode des richtigen Vernunftgebrauchs
- DGB, Für Arbeit und soziale Gerechtigkeit 1996
- Ditfurth Jutta, "Feuer in den Herzen, gegen die Entwertung d. Menschen", Konkret Lit. Verlag Hamburg, 1997
- E. Benda, Der Rechtsstaat in der Krise, Stuttg.72 zit.n. Cobler Ellwein/Hesse 1987, zit. n. Zilleßen Horst, Umweltpolitik als Modernisierungsprozess, Leske+βudrich, Opladen 1993
- Engels Friedrich, Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, Marx-Engels Studienausgabe, Fischer 1976
- Erläuterungen zur Beschlussvorlage "Mediation - eine Zukunftsregion im offenen Dialog. Vorschlag für das weitere Verfahren im Zusammenhang mit der Diskussion um den Flughafen Frankfurt am Main", 1998
- FAZ Frankfurter Allgemeine Zeitung
- FAZ, 2.8.96
- FAZ, 23.2.82
- FAZ, 7.2.96)
- Fietkau Hans Joachim, WBZ, "Ausbildung und Training von Mediatoren", aus "Mediation als politischer und gesellschaftlicher Prozess", Loccumer Protokolle73/93
- Fischer-Weltalmanach, n. Trampert/Ebermann, Die neue Heimsuchung, Konkret 1/97
- Foucault Michel, Dispositive der Macht, Merve 1978
- Foucault Michel, Freiheit und Selbstsorge, Materialis 1985
- Franfurter Rundschau 8.11.97
- Frankfurter Rundschau, 31.7.96
- Fromm, Erich, Die Furcht vor der Freiheit, dtv 1993

Goldman Emma, Gelebtes Leben, Karin Kramer Verlag, Band 3,  
 Greiffenhagen Martin, Emanzipation, Hoffmann u. Campe, 1973, S.8  
 Gronemeyer Marianne, Die Macht der Bedürfnisse, rororo 88  
 Guerin Daniel, Anarchismus, Edition Suhrkamp, 1967 S. 83  
 Haug Wolfgang / Wilk Michael, Der Malstrom, Trotzdem Verlag  
 Grafenau 1995  
 Herbert Marcuse, Der eindimensionale Mensch, Luchterhand, 1976  
 Hesse 1990, zit. n. Zilleßen Horst, Umweltpolitik als  
 Modernisierungsprozess, Leske+Budrich, Opladen 1993  
 Hirsch J., Die Restrukturierung des kapitalistischen Weltsystems, Die  
 Beute 2/96  
 Hirsch Joachim, Der nationale Wettbewerbsstaat, Edition ID-Archiv,  
 1995  
 Holtkamp/Schubert,, "Verhandlungslösungen in Mediationsverfahren",  
 Gegenwartskunde 4  
 Horkheimer M. / Adorno Th., Dialektik der Aufklärung  
 Horkheimer Max, Sozialphilosophische Studien, Fischer 1972  
 Horst Zilleßen, in: Umweltpolitik als Modernisierungsprozess, Leske +  
 Budrich, Opladen 1993  
 Huffs Schmid J, n. Klartext, IG Medien Wiesbaden 3/96  
 Image-Studie Rhein-Main, Umlandverband Frankfurt 1993  
 M.A.Z., Mainzer Allgemeine Zeitung  
 Marcuse, 1968, zit. n. M. Gronemeyer, Die Macht der Bedürfnisse,  
 rowohlt 1988  
 Marx Karl, Frühschriften, n. Gerd Bergfleth, Kritik der Emanzipation.  
 Konkursbuch Nr 1, 1978  
 Marx Karl, Frühschriften, n. Gerd Bergfleth, Kritik der Emanzipation,  
 Konkursbuch Nr 1, Verlag Gehrke & Poertner, 1978  
 Marx Karl, Zur Judenfrage, Fischer 1972, Marx-Engels  
 Studienausgabe, fischer 1976  
 Marx/ Engels, Das Kommunistische Manifest, 1848  
 Marx/Engels, "Feuerbach", Fischer 1972  
 Mathiesen Thomas, Die lautlose Disziplinierung, AJZ 1985  
 Michail Bakunin zit. n. Daniel Guerin, Anarchismus, ed. suhrkamp  
 Michail Bakunin, Staatlichkeit u. Anarchie, 1866  
 Montgomery F.U., Deutsches Ärzteblatt, 10/März97  
 Moore Barrington, Ungerechtigkeit, Die sozialen Ursachen von  
 Unterordnung und Widerstand , Suhrkamp 1985  
 Mühsam Erich, Befreiung der Gesellschaft vom Staat, Kramer Verlag,  
 Berlin  
 Narr W.-D., Ist Emanzipation strukturell möglich? Bemerkungen zur  
 kostenlosen Inflation eines Werts, in Emanzipation, Greiffenhagen  
 1973  
 Naßmacher Hildrud, "Mehr Bürgernähe durch neue  
 Beteiligungsmöglichkeiten", Politische Bildung H. 1/98  
 Naßmacher Hildrud, Mehr Bürgernähe durch neue  
 Beteiligungsmöglichkeiten, Politische Bildung H. 1/98  
 Offensiv-Konzept der CDU, Bonn, 1975  
 Orwell George, Mein Katalonien,

Pfingsten Karin, "Betrachtungen zum Einsatz psychologischer Forschungsansätze in Mediationsforschung und Praxis", aus "Mediation als politischer und gesellschaftlicher Prozess", Loccumer Protokolle 73/ 93  
Presseinformation Hessische Landesregierung, "Mediation eine Zukunftsregion im offenen Dialog" 13.Mai 1998  
Rechtspolitischer-Kongreß der SPD, zitiert nach Bundestag, 1975, Zit. n. S. Cobler  
Ritter 1979, zit. n. Zilleßen Horst, Umweltpolitik als Modernisierungsprozess, Leske+Budrich, Opladen 1993  
Rommelspacher Birgit, Dominanzkultur, Orlanda, 1995  
Sandvoss Ernst, Geschichte der Philosophie, Band 2, dtv 1989,  
Schwarzer Faden, Vierteljahresschrift für Lust und Freiheit, Trotzdem Verlag, Grafenau  
Spiegel 40, 1997  
Spiegel, 33/96  
Spiegel, Nr.39,1996  
Stanley Milgram, Das Milgram-Experiment: Zur Gehorsamsbereitschaft gegenüber Autorität, Rowohlt Reinbek 1974  
Statistisches Bundesamt, Globus 98  
Stoffen J., Sozialismus 6-96  
Susskind/Mac Mahon, 1990 zit. n.  
UVB-Frankfurt, Untersuchung zur flughafenbezogenen Ansiedlungsnachfrage, 1987  
Zilleßen Horst, Umweltpolitik als Modernisierungsprozess, Leske+Budrich, Opladen 1993

Michael Wilk, (1956), Schmied, Arzt, Psychotherapeut, Mitarbeit im Anarchistischen Forum Wiesbaden, dem Arbeitskreis Umwelt (AKU), langjährige Aktivität in der Bewegung gegen die Erweiterung des Frankfurter Flughafens und in der Anti-AKW Bewegung, Mitarbeit bei der Zeitschrift Schwarzer Faden, Trotzdem Verlag Genossenschaft, zahlreiche Veröffentlichungen, Interviews